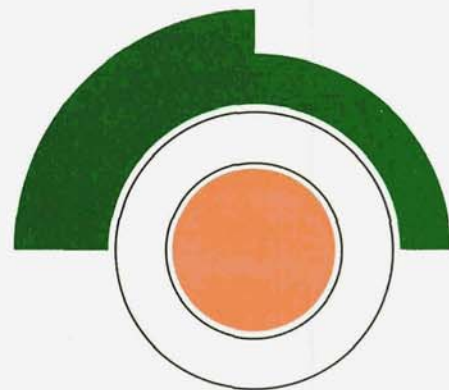


# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 3



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 25. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 8. 2. 1994

## WORT UND WIDERWORT

### Ist Entwicklungspolitik allein eine Sache des Bundes?

Im Rahmen einer solidarischen Weltinnenpolitik komme es letztendlich darauf an, Entwicklungszusammenarbeit auf allen Ebenen und in allen Bereichen der Politik in der „Einen Welt“ als Prinzip anzuerkennen. Sie würde damit zur Querschnittsaufgabe allen verantwortlichen, gesellschaftlichen Handelns. Landespolitik habe dabei eine impulsgebende und auch koordinierende Funktion im Rahmen der Landeshoheit. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Reinhold Hemker**. Der CDU-Abgeordnete **Norbert Giltjes** bekräftigt, in Nordrhein-Westfalen bemühten sich zahlreiche entwicklungspolitische Aktionsgruppen und Nichtregierungsorganisationen, Projekte in der sogenannten Dritten Welt durchzuführen, die Lebensbedingungen der Menschen dort zu verbessern und zu informieren. Dieses Engagement sei wichtig, um das Bewußtsein für die Probleme anderer Länder wachzuhalten und bedürfe der Unterstützung auf allen Ebenen. Der F.D.P.-Abgeordnete **Dr. Horst-Ludwig Riemer** unterstreicht, eine sinnvolle und erfolgreiche Entwicklungshilfepolitik benötige Strukturen und Zielsetzungen. Deshalb sei es notwendig, sowohl zwischen Bund und Ländern, aber auch zwischen den Bundesländern die Vielzahl der entwicklungshilfepolitischen Maßnahmen zu koordinieren und Arbeitsteilung wahrzunehmen. Es gelte aber auch, regionale, fachliche und projektorientierte Schwerpunkte in der Entwicklungshilfe zu setzen. Die Grünen-Abgeordnete **Bärbel Höhn** betont, Entwicklungspolitik auf Bundesebene habe auf Großprojekte gesetzt und dadurch langfristig nicht die Situation in den betroffenen Ländern verbessert. Die wirtschaftliche Abhängigkeit der Länder des Südens von denen des Nordens sei vergrößert worden. Von daher müsse Entwicklungspolitik neu definiert werden. Dazu gehöre auch, sie zu dezentralisieren. (Seite 2)

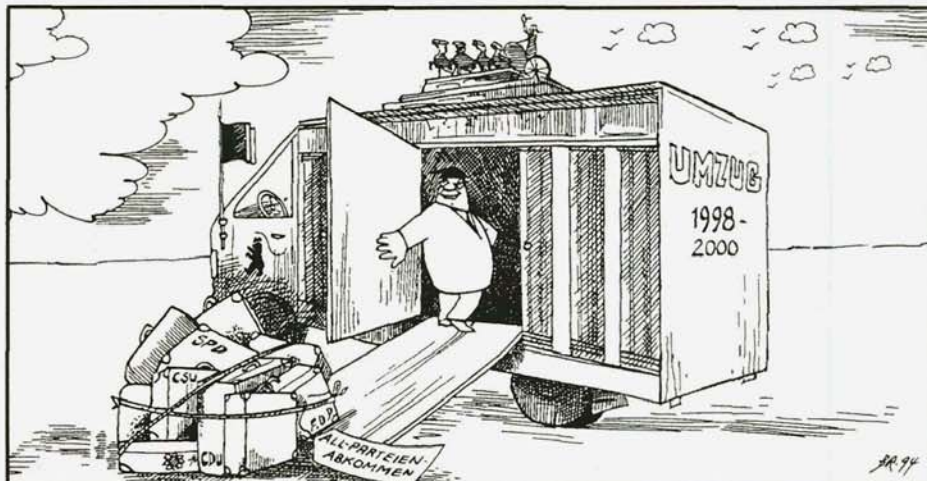
### Versagen des Managements trägt zu Stahlkrise bei Kritik an Subventionswettlauf

Die Fraktionen im Landtag haben in einer Aktuellen Stunde zur Krise der Stahlindustrie auf Antrag der SPD den Subventionswettlauf in Europa und Deutschland kritisiert. Die Politiker sprachen sich ferner gegen direkte Finanzspritzen für die NRW-Stahlkonzerne aus.

Kritik wurde am 3. Februar auch an den Unternehmen Thyssen und Krupp-Hoesch laut. Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) erklärte dazu, die Stahlkonzerne hätten noch nicht alle Möglichkeiten für Kooperationen und Absprachen ausgeschöpft. CDU-Fraktionschef Dr. Helmut Linssen bot der Landesregierung Zusammenarbeit an. Es dürfe aber keine Bevorzugung der Stahlindustrie geben.

Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) sah ein „eindeutiges Versagen des Managements“. Er nehme das nicht entgegen, daß die Unternehmen meinten, wenn sie Schwierigkeiten hätten, lade man das alles bei der Politik ab. Loke Mernizka (SPD) ergänzte, es brenne im ganzen Lande. Man habe auch die Verpflichtung, die anderen Brennpunkte der wirtschaftlichen Misere zu sehen.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) meinte, die Manager von Krupp-Hoesch und Thyssen versuchten „mit unnachahmlicher Kalkül- und Schnäuzigkeit“ die Folgekosten ihrer privaten Produktion zu sozialisieren.



„Wir ha'm bald alle Koffer in Berlin!“

Zeichnung: Bernd Bruns (NRZ)

## Die Woche im Landtag

### Rundfunk

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muß seine Organisationsform reformieren, damit er das neue Medienzeitalter intakt erreicht. (Seite 5)

### Behinderte

Ein Diskriminierungsverbot zugunsten Behinderter soll nach dem Willen der SPD in die neue Bundesverfassung. Die übrigen Fraktionen sprachen sich dagegen aus. (Seite 11)

### Extremismus

Über Extremismus von rechts und links sowie fremdenfeindliche Straftaten hat der Verfassungsschutz im Hauptausschuß berichtet. (Seite 15)

### Obdachlose

Obdachlose nehmen Hilfsangebote nicht immer an. Eine Unterkunft im Container oder kältesichere Schlafsäcke können sie vor dem Erfrieren bewahren. (Seite 19)

### Olympia

Auf dem Weg zu den XVII. Winterspielen in Norwegen wurde erstmalig das olympische Feuer in den Landtag getragen. (Seite 22)

### Lebensraum

Die Stadt als Lebensraum steht nach Angaben der Landesregierung Mitte der 90er Jahre vor der größten Herausforderung seit dem Wiederaufbau nach dem Krieg. (Seite 25)

## WORT UND WIDERWORT

# Die „Eine Welt“ kann nur gemeinsam überleben

Von  
Reinhold Hemker

Entwicklungspolitik als eigenständiges Politikfeld müßte eigentlich längst der Vergangenheit angehören. Letztendlich kommt es im Hinblick auf sustainable development (= langfristige, tragfähige, ökologisch ausgerichtete Entwicklung) im Rahmen einer solidarischen Weltinnenpolitik darauf an, Entwicklungszusammenarbeit auf allen Ebenen und in allen Bereichen der Politik in der einen Welt als Prinzip anzuerkennen.

Sie würde damit zur Querschnittsaufgabe allen verantwortlichen, gesellschaftlichen Handelns. Landespolitik hat dabei eine Impuls gebende und auch koordinierende Funktion im Rahmen der Landeshoheit. Das gilt insbesondere für die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Menschen in NRW im Kontext der Arbeit von Partnern und Partnergruppen in Afrika, Asien und Lateinamerika. Projektförderung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit hat dabei im Gegensatz zur Bundesebene auf Landesebene nur eine ergänzende Funktion. Landespolitik soll verstärkt solidarische und bewußtseinsbildende Lernprozesse fördern. Die notwendigen auf „sustainable development“ ausgerichteten Politikfelder sind im Ge-

Von  
Norbert Giltjes

Entwicklungszusammenarbeit ist zweifelsfrei Bundesangelegenheit. Dennoch, auch die Entwicklungshilfepolitik der Bundesländer, die auf freiwilliger Grundlage betrieben wird, hat einen beachtlichen Stellenwert erreicht. In Nordrhein-Westfalen bemühen sich zahlreiche entwicklungspolitische Aktionsgruppen und Nichtregierungsorganisationen, Projekte in der sogenannten Dritten Welt durchzuführen, die Lebensbedingungen der Menschen dort zu verbessern und darüber zu informieren.

Dieses Engagement ist wichtig, um hier das Bewußtsein für die Probleme anderer Länder wachzuhalten und bedarf Unterstützung auf allen Ebenen. Nordrhein-Westfalen unterstützt diese Bemühungen mit mehr als 30 Millionen Mark pro Jahr. Außerdem sind Bildung und Weiterbildung bedeutsame Felder entwicklungspolitischer Arbeit. Sie fallen in den Bereich originärer Zuständigkeit der Länder.

Daher ist Entwicklungshilfepolitik nicht allein Sache des Bundes, sondern auch der Länder, der

Von  
Dr. Horst-Ludwig Riemer

Wenn man auf die formale Zuständigkeit abhebt, muß man die obige Frage eindeutig bejahen: Der Bund ist für die Entwicklungspolitik zuständig! Dennoch haben außerhalb dieser formalen Zuständigkeit die Länder in der Vergangenheit sehr viel eigene Entwicklungsarbeit geleistet — und ich meine, sie haben sie zu Recht geleistet, und sie sollten sie auch für die Zukunft beibehalten. Denn unabhängig davon, ob aus humaner Solidarität oder aus sonstigen moralischen Verpflichtungen Entwicklungshilfe zu leisten ist, muß man doch legitimerweise auch bedenken, daß Entwicklungshilfepolitik und Entwicklungszusammenarbeit auch aus eigenem Interesse heraus notwendig sind. Ist doch mehr denn je das menschliche Zusammenleben auf dieser Erde interdependent geworden. Und die Entwicklung weiterer entwicklungsfähiger Regionen und Volkswirtschaften auf unserer Erde ist neben der Hilfe für die dort lebenden Menschen

Von  
Bärbel Höhn

Wenn das Ziel von Entwicklungspolitik war, die Kluft zwischen armen und reichen Ländern zu verringern, dann muß sie als gescheitert bezeichnet werden. Entwicklungspolitik auf Bundesebene hat auf Großprojekte gesetzt und dadurch langfristig nicht die Situation in den betroffenen Ländern verbessert. Die wirtschaftliche Abhängigkeit der Länder des Südens von denen des Nordens ist vergrößert worden. Von daher gibt es keinen Zweifel, daß Entwicklungspolitik neu definiert werden muß. Dazu gehört auch, sie zu dezentralisieren.

Die Länder des Südens leisten Jahr für Jahr eine Finanzhilfe von 50 Milliarden Dollar an die reichen Industrieländer des Nordens, weil Zinsen und Tilgung um eben diese Summe höher sind als die Kredite und Zuschüsse, die sie erhalten. Darüber hinaus basiert aber der Reichtum der Industrieländer darauf, daß sie die Gewinne eines rücksichtslosen Wirtschaftens vereinnahmen, die daraus folgenden Kosten für die Umweltverschmutzung aber allen aufgebürdet werden. 80 Prozent der Energie wird in den Industrieländern verbraucht. Die Umweltverschmutzung bedroht mittlerweile nicht nur Regionen, sondern zunehmend die eine gemeinsame Welt.

### SPD: Land muß Impulse geben und ergänzend eingreifen

gensatz zur Bundesebene unter Einbeziehung der kommunalen Verantwortung und Zuständigkeit unter besonderer Berücksichtigung der entwicklungsbezogenen arbeiten, engagierten Basisgruppen lokal und regional zu vernetzen und auszubauen.

Der gemeinsame, am 20. Januar 1994 beschlossene Antrag von CDU, F.D.P. und SPD „Ausbau und Koordinierung der Entwicklungszusammenarbeit“ gibt weiterführende Impulse und setzt Akzente.

Die Landesregierung hat mit den Leitlinien der Entwicklungspolitik richtungsweisende Akzente aufzeigt.

Sie hat Perspektiven für eine Querschnittsaufgabe aller Ressorts im Sinne eines Politikprinzips Entwicklung und der Entwicklungszusammenarbeit vorgegeben, die mit wesentlichen Inhalten gefüllt und weiterentwickelt werden müssen.

Der vom Ministerpräsidenten am 11. März 1992 berufene Nord-Süd-Beauftragte berät und unterstützt alle am entwicklungspolitischen Dialog beteiligten gesellschaftlichen Gruppen im Sinne des Grundsatzes „Global denken und lokal handeln“.

### CDU: Konzentration auf Hilfe zur Selbsthilfe

Kommunen, der Kirchen, der Verbände — und jedes einzelnen. Spätestens die Umweltkonferenz von Rio 1992 hat deutlich gemacht, daß diese „Eine Welt“ nur gemeinsam überleben kann. Deshalb müssen Taten folgen, mit denen die globalen Fehlentwicklungen aufgehalten werden können. Politisches Ziel ist es daher auch, im Lande Nordrhein-Westfalen zu einem umweltverträglichen und wirtschaftlich verantwortungsvollen Denken und Verhalten zu kommen.

Die CDU-Fraktion fordert jedoch, daß die Landesregierung ihre Politik der Entwicklungszusammenarbeit zwischen den einzelnen Ressorts intensiver abstimmt und effizienter gestaltet. Um Hilfe dahin zu bringen, wo sie am nötigsten gebraucht wird, müssen entwicklungspolitische Maßnahmen mit den übrigen Bundesländern, der Bundesregierung und der Europäischen Union besser koordiniert werden. Dabei sollte auch über die Konzentration auf die Hilfe zur Selbsthilfe für die Ärmsten der Armen dieser Welt nachgedacht werden.

### F.D.P.: Hilfe letztlich auch in unserem Interesse

letztlich auch in unserem Interesse.

Allerdings benötigt eine sinnvolle und erfolgreiche Entwicklungshilfepolitik Strukturen und Zielsetzungen. Deshalb ist es notwendig, sowohl zwischen Bund und Ländern, aber auch zwischen den Bundesländern die Vielzahl der entwicklungshilfepolitischen Maßnahmen zu koordinieren und arbeitsteilig wahrzunehmen. Es gilt aber auch, Prioritäten zu setzen, d. h. regionale, fachliche und projektorientierte Schwerpunkte in der Entwicklungshilfe zu setzen, und es nicht einfach dem Zufall zu überlassen, welche Projekte wann begonnen und gefördert werden. Nur so kann es uns gelingen, ein entwicklungspolitisches Konzept zu erstellen, das durch seinen Erfolg und durch seine Wirkung Attraktivität bewirkt und Nachfolgeaktivitäten von privaten und gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen anregt und einbezieht.

### GRÜNE: Global denken — lokal handeln

Die angeblich „entwickelten Staaten“ müssen die Weichen neu stellen — hin zu einer nachhaltig wirtschaftenden Gesellschaft, die den Bedürfnissen der heute lebenden Menschen gerecht wird, ohne die Möglichkeiten und Chancen der kommenden Generation — etwa durch ökologischen Raubbau — zu schmälern. Das ist der wichtigste Beitrag zur Sicherung der Zukunft, besonders für die „unterentwickelten Länder“. Nur ein radikales Umdenken und eine enorme Kraftanstrengung wird dazu führen, daß dieser Umbau eingeleitet wird. Statt dessen wird weiter auf Straßenbau und Autovekehr gesetzt und versucht, mit militärischer Aufrüstung den Reichtum des Nordens zu verteidigen. Das Geld, das dafür verwendet wird, fehlt aber bei dem notwendigen Umbau. Für eine ökologische und dauerhafte Entwicklung für alle muß — wie immer — der Druck von unten kommen. Deshalb ist es sinnvoll, das Klimaschutzbündnis der Städte, kommunale Partnerschaftsprojekte, Schulprojekte, Initiativenarbeit von Kirchen- und Eine-Welt-Gruppen vor Ort zu fördern. Hier in den Kommunen müssen wir Entwicklungspolitik betreiben und auch finanziell besser ausstatten.

# Aktuelle Stunde zu neuem Bonner Förder- und Belegungsmodell

## Heftige Kritik der SPD an Wohnungsbauabsichten des Bundes

**Volkmar Schultz** (SPD) sagte, der Gesetzentwurf der Bonner Regierungsfractionen berühre in hohem Maße Interessen der Länder und Gemeinden, vor allem aber der Mieter. Die Bundesfinanzhilfen würden bis 1995 um 30 Prozent gekürzt. Für weniger Geld wolle die Bundesbauministerin mehr Wohnungen fördern. Bezahlen würden die Mieter, da die neue Sozialmiete auf das Niveau der Vergleichsmiete angehoben werden solle. Für eine Zusatzförderung garantiere der Bund nicht. Sämtliche sozialen und fiskalischen Risiken würden Ländern, Gemeinden und Mietern überlassen. NRW zeige erfolgreich eine zielgerechte verfeinerte Förderung, wozu die Bonner Regierung nicht mehr fähig sei.

**Siegfried Zellnig** (CDU) bezweifelte den Sinn der Aktuelle Stunde zu Bonner Gesetzesberatungen im Anfangsstadium. Dem SPD-Redner gehe es um Wahlkampf und um ein Signal, das besser über die Parteizentrale verkündet werde. Das Thema sei zu ernst für Propagandamühlen. 1987 habe es eine Million Wohnungen zuviel gegeben, das passe der SPD nicht ins Konzept. Gegen erste Wohnungsnot sollten alle gemeinsam sich für ein Mehr mit dem vorhandenen Geld einsetzen. Das Bonner Reformgesetz werde wegen größerer sozialer Treffsicherheit und ökonomischer Effizienz sogar von einem hochanerkannten SPD-Wohnungswirtschaftler gelobt.

**Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.) warf der SPD vor, sie vergesse ihre alte Forderung, die Einkommensgrenzen anzuheben. Wenn es nach der SPD ginge, hätten 50 Prozent der Bevölkerung Anspruch auf eine Sozialwohnung, das sei illusorisch. Dagegen beschreibe der Bonner Entwurf den richtigen Weg. Modernisierung und Energiesparen würden in die Wohnungsbauförderung einbezogen. Zur Einkommensermittlung würden Vorschriften angepaßt, vereinheitlicht und auf Wohngeld ausgedehnt. Fehlbelegungen im Kommunal-, Werks- und Genossenschaftswohnungsbau sollten verhindert werden. Schlechterstellung von Erwerbsgegenüber Sozialeinkommen werde abgebaut. Insgesamt würden Mietenverzerrungen und Marktsplaltungen vermieden.

**Gisela Nacken** (GRÜNE) hielt das Thema einer öffentlichen Auseinandersetzung für wert. Auch die Grünen sähen Probleme im traditionellen sozialen Wohnungsbau. Der erste Förderweg sei zu teuer. Mehr Wohnungen mit weniger oder gleichen Mitteln zu bauen, bedeute Vorteile für Investoren. Kürzere Bindungsfristen und höhere Mieten seien ein Deckmantel für völlige Liberalisierung des Wohnungsmarkts. Die Zusatzförderung werde an Ländern und Kommunen hängen bleiben. Der Aufwand für Einkommensüberprüfungen verursache den Kommunen hohe Personalkosten. Höhere Einkommensgrenzen verschärften nur die Konkurrenz bei den unteren. Das Bonner Gesetz trage die eiskalte Handschrift der F.D.P. und verschärfe die Schieflage auf dem Wohnungsmarkt.

**Ilse Brusis** (SPD), Ministerin für Bauen und Wohnen, hielt die Auswärtsentwicklung beim NRW-Wohnungsbau für erfreulich.

*Auf hohem fachlichen Niveau debattierte der Landtag am 2. Februar in der von der SPD beantragten Aktuelle Stunde über das Thema „Neuorientierung des Bundes beim sozialen Wohnungsbau — Einkommensorientierte Wohnungsbauförderung und Miete belasten Länder und Gemeinden“. Landesregierung und SPD räumten Wohnungsnot ein, befürchteten aber neue Schieflagen durch die von der Bonner Koalition geplanten Änderungen.*

1993 seien Fertigstellungen wie seit elf Jahren nicht mehr erreicht worden. Durch höhere Einkommensgrenzen könnten wieder klassische Arbeitnehmerhaushalte mit Wohnungen versorgt werden. Durch Verzicht auf Ausstattungsstandards sei der öffentlich geförderte Wohnungsbau preiswerter geworden. Im Bestand könnten zusätzliche Belegungsrechte erworben werden. Das Vertrauen der Investoren sei ein sensibles Gut und müsse auch in den nächsten Jahren erhalten werden. Vor wohnungspolitischem Aktionismus sei zu warnen. Für mehr Bürokratie habe sie kein Verständnis. Die Zuschüsse für die höheren Sozialmieten könnten auch vom Land nicht garantiert werden. Alle Fragen sollten ohne Parteitaktiken miteinander diskutiert und möglichst einmütig gelöst werden.

**Wolfgang Jaeger** (CDU) meinte, in NRW müßten jährlich weit mehr als 100 000 Wohnungen gebaut werden, tatsächlich seien es

Wohnung. Die SPD wolle auf jeden Fall langfristige Bindungen erhalten. Mit dem dritten Förderweg gehe die Abschaffung des ersten einher. Wenn die Zusatzförderung nicht geleistet werde, würden Investoren auf zu teuren Wohnungen sitzenbleiben.

**Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.) verdeutlichte, der soziale Wohnungsbau sei nicht mehr finanzierbar. Bei öffentlichen Kosten von 200 000 Mark sei es für den Staat preiswerter, die Wohnung dem Mieter zu schenken. Wer derzeit eine Sozialwohnung erhalte, habe etwas wie sechs Richtige im Lotto. Das System führe auch zu überhöhten Baukosten, weil kostenbewußtes Bauen nicht belohnt werde. Häuser in den Niederlanden hielten genau so lange wie bei uns und würden mit viel weniger Mitteln erstellt. Bürokratie durch Einkommensermittlung führe NRW auch beim Kindergartenplatz ein. Unzumutbar und unsozial sei auch die vom Land verursachte kommunale Gebührenpolitik.



*Hohe Wellen im Düsseldorfer Landtag schlug ein Gesetzentwurf aus Bonn zur Wohnungsbauförderung, v.l.: Volkmar Schultz (SPD), Siegfried Zellnig (CDU), Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.), Gisela Nacken (GRÜNE), Ministerin Ilse Brusis (SPD).*

*Fotos: Hertgen*

im Schnitt nur 75 000 gewesen. Heute müsse mit zeitgemäßen Fördermodellen mehr geleistet werden. Es gebe veränderte Ansprüche. Zusätzlicher Wohnungsbau sei auch für die Konjunktur gut. Der Bonner Entwurf zeige einen neuen Weg auf. Bei den Bindungsfristen werde es einen Kompromiß geben müssen. Die SPD solle sich mit der Sache befassen, anstatt Mieter zu verunsichern.

**Gisela Meyer-Schiffer** (SPD) warf dagegen der CDU vor, die Bürgerinnen und Bürger zu täuschen. Fehlbelegung mit Hilfe der einkommensorientierten Förderung abzuschieben, sei Propaganda. In NRW sei deren Anteil konstant geblieben, und mit dem Aufkommen aus der Fehlbelegungsabgabe seien über 110 000 Wohnungen neu geschaffen worden. Auch nach dem neuen Fördersystem aus Bonn bleibe der Fehlbeleger in der geförderten Wohnung. Umfangreiche Freistellungen reduzierten Chancen der unteren Einkommen auf eine preiswerte

**Gisela Nacken** (GRÜNE) erwähnte eine Fachkommission, die laut Bonner Entwurf alle Förderinstrumente prüfen solle und deren Ergebnis nicht abgewartet werde. Es gehe vor allem um Steuergeschenke.

**Siegfried Zellnig** (CDU) korrigierte die SPD-Rednerin, er sei nicht „nervös“, sondern „ärgerlich“ aufgeregt, weil in Sachen Wohnungsbau mit Parteipropaganda nicht weiterzukommen sei. Seit 1990 verlange die CDU, mehr Wohnungen mit weniger Mitteln zu bauen. Der SPD gehe es nur um mehr Geld aus Bonn. Sie stelle das Fördersystem über alles.

**Wilfried Kramps** (SPD) hielt das Ziel von 100 000 Wohnungen nach neuen Zahlen für erreichbar. Einkommensabhängige Mieten seien nach dem NRW-System besser geregelt. Daß der Bonner Entwurf schon direkt zur Wahl Gesetz werden solle, mache zusätzlich stutzig. Der Bonner Entwurf solle vom Tisch, ehe er wirklich Schaden anrichte.

*Zu einer Kontroverse kam es am vergangenen Mittwoch im Landtag bei der Aussprache über den dringlichen Antrag der CDU-Fraktion mit dem Wortlaut: „Feststellungen in der Fernsehsendung ‚Kontraste‘ am 31. Januar 1994 über die Ergebnisse der vertraulichen Verhandlungen zwischen den Führungen von SPD und SED während des Bundestagswahlkampfes im Herbst 1986 in Verbindung mit den Antworten des Ministerpräsidenten in der Fragestunde am 13. November 1991 zu der Mündlichen Anfrage Nr. 222.“ Die CDU-Opposition hielt Rau vor, er habe damals jede „Wahlkampfhilfe“ der SED geleugnet. Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) wies mit Entschiedenheit den Vorwurf zurück, er habe 1986 als Kanzlerkandidat von der DDR-Staatsführung in „Geheimverhandlungen“ Wahlkampfhilfe erhalten. Von Seiten der SPD wurde die Warnung davor laut, sich gegenseitig das Grundvertrauen abzusprechen. Auch F.D.P. und Grüne verteidigten Rau energisch gegen die CDU-Vorwürfe.*

**Dr. Helmut Linssen** (CDU), Fraktionsvorsitzender, warf dem Ministerpräsidenten vor, in einer Fragestunde des Landtags im Jahre 1991 jeden Zusammenhang zwischen dem von der damaligen DDR verhängten Flüchtlingsstopp – seinerzeit seien etwa 5000 Flüchtlinge monatlich über den Flughafen Schönefeld in die Bundesrepublik eingeschleust worden – und Zusagen der SPD, nach einem Wahlsieg die Staatsbürgerschaft der DDR zu respektieren, geleugnet zu haben. Es sei ganz klar – und so sei es auch von der DDR gesehen worden, anhand der Dokumente nachzuweisen –, daß dies der Schritt auf die Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR gewesen und damit klagewesen sei, daß die Deutsche Einheit abgeschlossen worden sei. Rau habe den moralischen Anspruch verloren, hier Ministerpräsident sein zu können.

**Ministerpräsident Johannes Rau** (SPD) zitierte aus dem im Oktober 1986 auf dem Wahlparteitag in Offenburg beschlossenen Regierungsprogramm der SPD, mit dem er sich für die Kanzlerschaft beworben hat: „Wir werden die Staatsangehörigkeit der DDR im Rahmen des Grundgesetzes respektieren. Unsere Staatsbürgerschaft bleibt unverändert für jeden Deutschen, der es in freier Entscheidung wahrnehmen kann und will.“ Das sei die Haltung der SPD des Jahres 1986 zur Frage der Staatsbürgerschaft gewesen. Daran habe er auch rückblickend kein Jota zu ändern. Die Respektierung hätten schon Adenauer und Erhard vorgenommen. Es sei nämlich um Respektierung, nicht Anerkennung gegangen. Der CDU hielt Rau vor, weil es hier um Wahrheit gehe, „würde ich nicht so inflationär mit dem Vorwurf der Unwahrhaftigkeit, der Lüge und des Gelogenhabens umgehen“.

**Dr. Achim Rohde** (F.D.P.), Fraktionsvorsitzender, kritisierte ebenfalls die Union: „Wissen Sie, Kollegen von der CDU: Geschichtsschreibung zu betreiben, indem man auf das Urteil von Witwen setzt, die das Leben ihrer Männer neu beschreiben, oder auf geheime Protokolle aus SED-Archiven setzt – Stasi-protokolle sind nicht geeignet, das Leben von Menschen zu beschreiben.“ Wer das tue, der ziehe die deutsche Geschichte in

## Dringlicher Antrag

# Bei Kontroverse erging auch die Warnung vor Verletzung des Grundvertrauens in der Politik

einer Art in den Wahlkampf, die nur dazu geeignet sei, den Wahlkampf zu vergiften, und völlig ungeeignet sei, deutsche Geschichte aufzuarbeiten. Rohde erinnerte daran, damals sei das Rechtsinstitut gefunden worden: Respektierung der Staatsbürgerschaft der DDR, nicht etwa Anerkennung auf völkerrechtlicher Grundlage. Das sei doch das gewesen, dem alle Parteien zugestimmt hätten.

**Professor Dr. Friedhelm Farthmann** (SPD) bekräftigte, die Zeit um die Jahreswende 1989/90 habe dem deutschen Volk einen unglaublichen historischen Glücksfall zugeführt. „Dieser unglaubliche Glücksfall der Geschichte ist jetzt Anlaß dafür, daß wir nichts anderes zu tun haben, als uns gegenseitig zu besudeln in Verdächtigungen, in Vorwürfen und in Schuldzuweisungen darüber, wer denn wohl irgend etwas daran behindert oder verraten haben könnte.“ Er habe dafür kein Verständnis. Er könne nur sagen, wenn man anfangs, einseitig aus Verhandlungen zu zitieren, „dann sind wir am Ende, dann sind wir nicht mehr demokratiefähig!“ Wenn man ferner anfangs, sich sozusagen das Grundvertrauen abzusprechen, daß jeder, der verhandelt habe, der Sache habe dienen wollen, dann entziehe man sich gegenseitig die Grundlage für demokratische Auseinandersetzungen.

**Bärbel Höhn** (GRÜNE), Fraktionssprecherin, sagte: „Am 23. Mai ist Bundespräsidentenwahl, und was wir heute hier erlebt ha-

ben, ist der Beginn der Schlamm Schlacht der CDU in diesem Landtag.“ Sie denke, die Argumente, die die CDU hier gebracht habe, zeigten etwas über den Zustand der CDU auf Bundesebene. Kohl sei am Ende. Sie halte eine Politik, die nur noch darauf abgestimmt sei, Personen zu demontieren, die also nichts anderes als destruktiv sei, in einer Situation, wo die Leute verdammt viele Probleme hätten, für unmöglich.

**Herbert Reul** (CDU), stellvertretender Fraktionsvorsitzender, meinte, es gehe nicht um den Streit, wer wann wie welche Politik für die Deutsche Einheit gemacht habe. Es gehe auch überhaupt nicht um die Frage, ob das Ergebnis der damaligen Verhandlungen positiv oder nicht positiv gewesen sei. „Wir wollen hier auch keine Schlamm Schlacht, sondern wir wollen schlicht und einfach Aufklärung und Wahrheitsfindung.“

**Staatskanzleiminister Wolfgang Clement** (SPD) erklärte, er wisse, daß es der CDU nicht gelingen werde, dem Ministerpräsidenten irgendeinen Fehltritt im Verhältnis zu irgendeinem damaligen Führer der DDR oder der SED nachzuweisen. Was die Respektierung angehe: Tatsache sei, daß alle Bundesregierungen seit Entstehen der DDR die Staatsbürgerschaft der DDR respektiert hätten. Das sei die nackte Wahrheit. Jetzt behaupte die CDU, das sei eine Gegenleistung, die Rau oder Egon Bahr für Rau in Geheimverhandlungen gemacht habe. „Das ist doch eine Absurdität sondergleichen“, schloß der Minister.

**Dr. Helmut Linssen** (CDU) kritisierte das SPD-Regierungslager: „Mich widert es an, daß jedes Mal, wenn wir Sie auf einer ganz klaren Aktenlage attackieren, Sie dann erzählen, der Bürger wende sich angewidert ab.“

**Ministerpräsident Johannes Rau** (SPD) merkte an, die CDU habe eine sehr einseitige Auslegung und Zitierung dessen, was Egon Bahr in mehreren Gesprächen gesagt habe. Er verwahrte sich noch einmal dagegen, der Lüge geziehen zu werden.



Gespannte Aufmerksamkeit, Blickrichtung Opposition: v. r. Ministerpräsident Johannes Rau, Staatskanzleiminister Wolfgang Clement und Innenminister Dr. Herbert Schnoor (alle SPD). Foto: Hertgen

# Öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist zu Reformen aufgerufen

## Nur bei Sparkurs Gebührenerhöhung nach 1996

Welchen Strukturreformen muß sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk unterziehen, welcher Stellenwert kann ihm über das Jahr 2000 hinaus zukommen, oder ist es besser zu privatisieren? Mit diesen und anderen Fragen befaßte sich der Landtag bei der Debatte über den CDU-Antrag „Neustrukturierung der öffentlich-rechtlichen Rundfunklandschaft in den westdeutschen Bundesländern“ sowie den SPD-Antrag „Finanzausstattung und Programmauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“ (Drs. 11/2337 und 5154) am vergangenen Mittwoch.

**Jürgen Büssow** (SPD) erklärte, der SPD gehe es vor allem um die gesicherte Finanzausstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. „Wir möchten mit unserem Antrag zeigen, daß der Landtag Nordrhein-Westfalen mit großer Aufmerksamkeit die Sparbemühungen von ARD und ZDF — in unserem Land die des WDR — verfolgt“, sagte der medienpolitische Sprecher der SPD. Man wolle auch deutlich machen, erst wenn die Wirtschaftlichkeit, Spar- und Rationalisierungsmaßnahmen der ARD erfolgreich seien, könne nach 1996 an Gebührenerhöhungen gedacht werden. Büssow betonte ferner, die generelle Aufhebung der 20-Uhr-Werbegrenze für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten werde von der SPD nur als Ultima ratio angesehen. Damit der öffentlich-rechtliche Rundfunk das neue Medienzeitalter intakt erreiche, müsse er in den nächsten Jahren seine Organisationsform reformieren.

**Ruth Hieronymi** (CDU), stellvertretende Fraktionsvorsitzende, betonte, in den Unionsparteien sei das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem auch in der Zukunft nicht umstritten. Zur Frage, welche grundlegenden Strukturreformen notwendig seien, erklärte Frau Hieronymi, seit Jahren fordere die CDU mehr Wirtschaftlichkeit und ein klares Programmprofil für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Seit Jahren fordere man Programmkonzentration statt Programmausweitung und nicht Sparen um des Sparens willen, sondern um die Ressourcen für den Erhalt der Grundversorgung zu haben. Das Gegenteil sei geschehen, es habe eine Programmexplosion stattgefunden. Wo die SPD-Vorschläge nicht falsch seien, würden sie von der CDU unterstützt. Das gelte z.B. für die geforderte größere Kooperation von



Fragen nach der Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks: v.l. Jürgen Büssow (SPD), Ruth Hieronymi (CDU), Dr. Achim Rohde (F.D.P.), Bärbel Höhn (GRÜNE) und Minister Wolfgang Clement (SPD). Fotos: Hertgen

ZDF und ARD sowie der dritten Fernsehprogramme.

**Dr. Achim Rohde** (F.D.P.), Fraktionsvorsitzender, sagte in „Streitgemeinschaft mit Wolfgang Schäuble“, notwendig sei die Privatisierung der Rundfunkanstalten. Rohde bezeichnete als größte Barriere für die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Medienbereich das deutsche Rechtssystem. Dennoch müsse man liberalisieren und privatisieren. Die Zeit des Grundversorgungsauftrags sei zusammengebrochen. „Und so, wie wir keine öffentlich-rechtlichen Zeitungen brauchen, keine öffentlich-rechtlichen Filme, keine öffentlich-rechtlichen Bücher brauchen, brauchen wir auch keine öffentlich-rechtlichen Anstalten mehr. Wir brauchen nicht mehr auf den Pfad der Tugend geführt zu werden. Wir brauchen keine Erziehungsanstalten mehr“, schloß Rohde.

**Bärbel Höhn** (GRÜNE), Fraktionssprecherin, betonte, seit Jahren versuchten Teile der CDU und F.D.P. den öffentlich-rechtlichen Rundfunk kaputtzureden. Aber gerade die Debatte um die zunehmende Gewaltdarstellung im Fernsehen habe deutlich gemacht, daß auch ganz erhebliche negative Tendenzen verbunden gewesen seien mit dem dualen System und mit der großen Anzahl von privaten Fernsehprogrammen, die auch in einer gewissen Art und Weise Konkurrenz gemacht und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in seiner Programmgestaltung beeinflusst hätten. Frau Höhn bezeichnete eine

Dezentralisierung und eine entsprechende Entscheidungsverlagerung innerhalb der öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten als sinnvoll und notwendig im Konkurrenzkampf mit den Privaten.

**Staatskanzleiminister Wolfgang Clement** (SPD), wies die Behauptung der F.D.P., das heutige Recht in der Bundesrepublik verhindere ausländische Investoren mit der Möglichkeit der Schaffung von Arbeitsplätzen, als „schlicht falsch“ zurück. Man habe ausländische Investoren auch im Medienbereich. Mit der CDU stimme man in der Tendenz überein, daß die überproportionale Belastung des Westdeutschen Rundfunks im ARD-Finanzausgleich abgebaut werden müsse. Ferner brauche man dringend eine medienpolitische Debatte über die Frage, welchen Stellenwert der öffentlich-rechtliche Rundfunk in der deutschen Medienlandschaft der 90er Jahre und über das Jahr 2000 hinaus haben solle.

### Schlachtbetriebe

In Nordrhein-Westfalen gibt es 234 Schlachtbetriebe. Davon sind 64 größere, 50 mittlere und 119 kleinere Betriebe nach dem Stand gegen Ende 1993. Im Jahr 1992 wurden im Land 981500 Rinder, 11,064 Millionen Schweine, 177980 Kälber und 203385 Schafe gewerblich geschlachtet. Das geht aus der Antwort des Landwirtschaftsministeriums auf eine Kleine Anfrage des Grünen-Abgeordneten Siegfried Martsch hervor.

## Mit Vorschaltgesetz beginnt Reform der Kommunalverfassung

Mit der gemeinsamen Verabschiedung des Vorschaltgesetzes am 2. Februar hat der Landtag die erste Entscheidung zu einer grundlegenden Reform der Kommunalverfassung getroffen. Das Gesetz zur vorübergehenden Regelung der Stellung von Gemeinde- und Oberkreisdirektoren im gemeinsamen Entwurf der vier im Parlament vertretenen Fraktionen (Drs. 11/6627), das sofort in Kraft trat, sieht vor, daß die Gemeinden frei werdende Stellen von Hauptverwal-

tungsbeamten nicht mehr besetzen dürfen. Der SPD-Abgeordnete **Reinhard Wilmbusse** sagte, das Vorschaltgesetz gebe den Städten und Gemeinden genügend Möglichkeiten, bis zum Zusammentritt der neuen Räte die Verwaltung neu zu strukturieren.

Der CDU-Abgeordnete **Albert Leifert** betonte bei der zweiten Lesung, die Reform bringe mehr direkte Rechte für Bürgerinnen und Bürger in Städten und Gemeinden. Der

F.D.P.-Abgeordnete **Michael Ruppert** meinte, die Fälle, in denen das Vorschaltgesetz unterlaufen worden sei, müßten in Kauf genommen werden. GRÜNE-Fraktionssprecherin **Bärbel Höhn** wertete die Fälle schneller Stellenbesetzung als Versuch, alte Pfründe beizubehalten. Innenminister **Dr. Herbert Schnoor** versicherte, daß „heute noch“ jeder Hauptverwaltungsbeamte über die Entscheidung des Landtags in Kenntnis gesetzt werde.

## Grüne sehen in Chemie-Tarifabschluß „Generalangriff auf Sozialstaat“

### Übrige Fraktionen bekunden Respekt und werten Übertragbarkeit unterschiedlich

Im Rahmen einer Aktuellen Stunde hat der Landtag am 21. Januar auf Antrag der F.D.P.-Fraktion zum Thema „Respekt und Anerkennung für den Tarifabschluß in der Chemischen Industrie — seine Auswirkungen auf andere Tarifverträge einschließlich der Gestaltung von Arbeitsverhältnissen im öffentlichen Dienst“ debattiert.

**Hagen Tschoeltsch** (F.D.P.) nannte den Chemie-Abschluß wie andere Verhandlungsergebnisse im Steinkohlenbergbau und bei VW erwähnenswert, weil sie von einem neuen Leitbild ausgingen, das heiße: Lohnverzicht, um Entlassungen zu vermeiden oder: Lieber weniger Lohn als arbeitslos. Neu an dem Abschluß der Chemie sei die Vereinbarung von Einstellungsbezügen für neu eingestellte Arbeitnehmer. Dabei gehe es nicht um untertarifliche Bezahlung, meinte der Redner, sondern darum, mit Hilfe neuartiger Einstellungsbezüge die Beschäftigung und die praktische Eingliederung von Arbeitnehmern zu fördern. Er habe Hochachtung vor den Verhandlungspartnern, weil dieser Tarifabschluß nicht ausschließlich die Interessen der Beschäftigten berücksichtige, sondern Rücksicht auf die Arbeitslosen nehme. Ein anderes Element sei die Neueuerung einer differenzierten Arbeitszeit mit

die Tarifpartner ihrer Verantwortung bewußt seien. In anderen Tarifgebieten und Branchen müsse auf der Grundlage anderer Gegebenheiten verhandelt werden. Die Tendenz bei den Liberalen gehe dahin, „einen Großteil der wirtschaftlichen Misere den vermeintlich hohen Löhnen zuzuschreiben“. Es sei schon lange nachgewiesen, daß das nicht stimme. Die SPD werde nicht mitmachen, daß die Tarifpolitik im Parlament einer politischen Wertung unterzogen werde, betonte er und machte darauf aufmerksam, daß vieles im öffentlichen Dienst auf gesetzlichen Voraussetzungen beruhe, über die in normalen Tarifverhandlungen nicht zu reden sei; für die Gesamtreform in diesem Bereich trügen die staatlichen Stellen die Verantwortung. Strukturprobleme dürfe man nicht mit tariflichen Auseinandersetzungen vermischen.

**Laurenz Meyer** (CDU) lobte den Mut, den Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei diesem Tarifabschluß an den Tag gelegt hätten. Denn es sei Althergebrachtes in Frage gestellt worden: Flächendeckende Geltung und starre Arbeitszeit. Deswegen sei hier ebenfalls ein Zeichen gesetzt worden, diesen Mut auch in anderen Bereichen aufzubringen und nicht den Staat aufzufordern,

chernden Maßnahmen als „Seifenblasen“ entpuppten. Flexibilisierungsmöglichkeiten habe schon der alte Manteltarifvertrag geboten, und daß im Anhang sogar Kurzarbeit empfohlen werde, „zeigt, wie sehr die Tarifpolitik auf den Hund gekommen ist“. Was die Möglichkeit zur reduzierten Bezahlung bei Neueinstellungen angehe, so werde damit der bewährte Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ausgehebelt. Der Tarifvertrag löse keines der aktuellen Probleme, er sei ein „Signal, das ohne Echo bleibt“.

**Hartmut Schauerte** (CDU) unterstrich die Notwendigkeit einer Nullrunde bei den Löhnen und Gehältern im öffentlichen Dienst, wobei seine Partei für durchaus denkbar halte, daß dies nach den Lohngruppen differenziert geschehe. Aber auch in den niedrigsten Lohngruppen müsse man unterhalb der Teuerungsrate bleiben. Jedes Prozent mehr Lohn und Gehalt im öffentlichen Dienst koste NRW mehr als 200 Millionen Mark im Jahr. Er hoffe auf Verständnis bei den Beschäftigten, daß in dieser Zeit kein Spielraum für Gehaltserhöhungen sei.

**Daniel Kreutz** (GRÜNE) stellte einen „Umbau des Zeitgeistes“ fest: Wer heute ernsthaft die Sicherung des Realeinkommens auch für untere und mittlere Lohngruppen verlange, „der setzt sich schon dem Verdacht aus, ein linksradikaler Spinner zu sein“. Angesichts des Generalangriffs auf Tarifstandards und Sozialstaat bliesen die Gewerkschaften zum Rückzug, anstatt machtvoll die Interessen der Beschäftigten zu vertreten. Dabei warnten durchaus ernstzunehmende Stimmen vor Lohnsenkungen, da sie die Rezession vertieften.

**Wirtschaftsminister Günther Einert** (SPD) bekundete seinen Respekt vor den Tarifpartnern der Chemischen Industrie, daß sie von alten Ritualen Abstand gewonnen hätten; der Abschluß werde auch auf andere Bereiche Signalwirkung haben. Denn es hätten nicht Inflationsausgleich, Produktivität und die Verschiebung der Anteile zu Lasten der Kapitaleseite im Vordergrund gestanden, sondern zentraler Punkt sei diesmal der solidarische Ausgleich innerhalb der eigenen Belegschaft des Unternehmens und zu denen gewesen, die bereits draußen seien. Trotz der unbestrittenen Signalwirkung sei die Vereinbarung nicht automatisch auf andere Branchen zu übertragen, betonte der Minister.

**Hagen Tschoeltsch** (F.D.P.) fand es bedauerlich, daß sich die SPD nicht zu den angeschnittenen Fragen äußern wolle.

**Professor Dr. Friedhelm Farthmann**, SPD-Fraktionsvorsitzender, stellte klar, die SPD wolle keine Belehrungen erteilen. Es sei absurd zu glauben, man könne das „Jahundertwerk des Manteltarifs BAT auf die kurze Schnelle hopsgehen lassen“.

**Loke Mernizka** (SPD) erinnerte daran, kein Parlament habe es bisher fertiggebracht, die wirklichen Strukturfragen des öffentlichen Dienstes zu lösen. Die Opposition habe versucht, unter der Überschrift eine Wirtschaftsdebatte zu führen. Seine Fraktion halte daran fest: „Eine Beeinflussung von Tarifaussensetzungen durch die Politik lehnen wir ab.“



Welches Signal geht vom Tarifabschluß in der Chemischen Industrie auf andere Bereiche aus? Darüber waren geteilter Meinung (v.l.): Hagen Tschoeltsch (F.D.P.), Loke Mernizka (SPD), Laurenz Meyer (CDU), Marianne Hürten (GRÜNE) und Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD). Fotos: Hertgen

einem Arbeitszeitkorridor von 35 bis 40 Stunden. Diese neuen kreativen Elemente könnten Anregung für andere Bereiche, hier vor allem für den öffentlichen Dienst, sein. So sei schwer nachzuvollziehen, daß hier die Bezahlung mit dem Lebensalter steige und nicht mit der Leistung. Diese im öffentlichen Dienst übliche Regel sei absurd; es wäre viel besser, die Dienstalterszulagen durch Leistungszulagen abzulösen. Auch die Erweiterung des Arbeitszeitkorridors sei für den öffentlichen Dienst interessant, dem des weiteren eine Steigerung des Anteils von Teilzeitarbeit wohl anstünde.

**Loke Mernizka** (SPD) empfahl, die grundgesetzlich verankerte Tarifhoheit nicht dadurch zu stören, daß „einseitig kommentierend“ eingegriffen werde. Der Tarifabschluß in der Chemischen Industrie zeige, daß sich

Lösungen vorzulegen. In den Aufsichtsgremien hätten sich Aktionärsvertreter und Arbeitnehmervertreter zu fragen, wie sie dazu beitragen können, das Problem aus eigener Kraft anzugehen. Wichtig seien an der Chemie auch die Anstöße zur Einstellung junger Leute nach Abschluß ihrer Ausbildung; etwa über Teilzeitverträge in den Beruf zu kommen. In ein paar Jahren könne man dort keine brachliegenden Kapazitäten gebrauchen.

**Marianne Hürten** (GRÜNE) sah keine Notwendigkeit für diese Aktuelle Stunde; die F.D.P. wolle wohl die Gelegenheit nutzen, erneut das hohe Lied von Lohnverzicht und Flexibilisierung zu singen. Der Tarifabschluß in der Chemie bringe den Unternehmern praktisch den Lohnstopp, während sich für die Arbeitnehmer die beschäftigungssi-

## Kein Beschluß zur Lehrerarbeitszeit

Was Schülerinnen und Schüler brauchten, seien Lehrer, die auf sie eingingen, nicht solche, die überfordert, gestreßt und genervt nur noch phantasielos Unterricht nach Vorschrift erteilen könnten. Man fordere die SPD mit diesem Antrag auf, jetzt und hier Farbe zu bekennen: „Sagen Sie den Lehrerinnen und Lehrern im Land, wohin die Reise gehen soll.“ Das erklärte die Grünen-Abgeordnete **Brigitte Schumann** bei der Debatte über den Antrag ihrer Fraktion „Keine Arbeitszeitverlängerung für Lehrerinnen und Lehrer!“, der in direkter Abstimmung mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. abgelehnt wurde. Der SPD-Abgeordnete **Herbert Heidmann** unterstrich, er glaube nicht, daß man mit Veränderung des Parameters Lehrerarbeitszeit „die auf uns zukommenden Probleme“ allein wird lösen können und dürfen. Sozialdemokraten seien sich bei allen Engpässen, in die man hineingedrängt werden möge, der Verantwortung gegenüber den hart und unter erschwerten Bedingungen arbeitenden Lehrerinnen und Lehrern durchaus voll bewußt. Die CDU-Abgeordnete **Beatrix Philipp** zitierte, im Schulausschuß habe der Staatssekretär erklärt, daß es „weder einen Beschluß der Ministerpräsidentenkonferenz zur Lehrerarbeitszeit gibt noch einen entsprechenden Antrag an die KMK“. Damit wäre eigentlich der Antrag der Grünen erledigt. Der F.D.P.-Abgeordnete **Rudolf Wickel** sagte, wenn man wisse, was im öffentlichen Dienst mit den Staatshaushalten auf einen zukomme, sei keine einzelne Gruppe mehr herauszunehmen und in eine Sonderstellung zu bringen. Die Forderung sei doch klar, im gesamten öffentlichen Dienst die 40-Stunden-Woche einzuführen — allein schon, um 11000 Stellen weniger streichen zu müssen, als man es sonst tun müßte. **Kultusminister Hans Schwier** (SPD) betonte, der Anlaß, auf den die Grünen sich bezogen, habe überhaupt nicht stattgefunden. Er wiederhole: Es gebe keinen Beschluß der Ministerpräsidentenkonferenz zur Lehrerarbeitszeit. Es gebe auch keinen entsprechenden Prüfantrag an die Kultusministerkonferenz (Drs. 11/6586).

## Sport und Gesundheit

Die CDU-Fraktion hat in einem Antrag die Landesregierung aufgefordert, Forschungsvorhaben, die sich dem Zusammenhang von Sport und Gesundheit widmen, stärker zu fördern. Die CDU-Abgeordnete **Anne-Hanne Siepenkoth** erklärte, es müsse eine bessere Zusammenarbeit zwischen Ärzten, Krankenkassen und Sporteinrichtungen z. B. den Vereinen geben. Der SPD-Abgeordnete **Bodo Champignon** bat um Beachtung, daß die Zivilisationskrankheiten einerseits durch das Verhalten oder Fehlverhalten der Menschen, andererseits aber auch durch Bedingungen im Arbeitsfeld, im Wohnungsbau und in der Umwelt generell entstünden. Der Sport dürfe nicht alleine oder nicht vorrangig seine Aufgabe in der Gesundheitsvorsorge finden dürfen. Der F.D.P.-Abgeordnete **Michael Ruppert** kritisierte die CDU mit den Worten: „Wir könnten doch als Oppositionsfaktionen nicht bei Trost sein, wenn wir wirklich wollten, daß die Landesregierung die von Ihnen geforderte gesundheitspolitische Offensive startet, in der Sport als aktive Gesundheitsbildung herausgestellt wird.“ Man wisse doch, wie solche Offensiven aussähen. Der Grünen-Abgeordnete **Gerd Mai** hielt den CDU-Antrag für unausgegoren und zum großen Teil auch für eine Wiederholung von vielem, was man schon gehört habe. Der CDU-Abgeordnete **Leonhard Kuckart** betonte, wenn diese Landesregierung ihrer Aufgabe gerecht würde und durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit eine Menge dafür tun würde, die Möglichkeiten des Sports für die Gesundheit aufzuzeigen, dann würde er sie loben. Er möchte den Einfluß der Landesregierung auf die Medien im Interesse der Gesundheit der Bürger gern nutzen. **Kultusminister Hans Schwier** (SPD) sagte zum Sport als gesundheitsförderndes Element, seit 15 Jahren sei man auf diesem Feld aktiv: Sport in Herzgruppen — 900 Gruppen gebe es zwischenzeitlich —, Sport bei Diabetes, Sport in der Krebsnachsorge, Herz-Kreislauf-Präventivsportgruppen, Sport mit herzkranken Kindern, Sport- und Gesundheitswochen (Drs. 11/6534).

## Oberschlesien

„Förderung der deutsch-osteuropäischen Zusammenarbeit durch Partnerschaft mit der Region Oberschlesien“ hieß ein Antrag der CDU-Fraktion, den der Landtag an den Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales überwiesen hat (Drs. 11/6583).

**Rüdiger Goldmann** (CDU) erklärte, der Region Oberschlesien zwischen Oppeln und Kattowitz könne nur durch eine Partnerschaft mit dem Westen geholfen werden. Er wies darauf hin, daß die massive Abwanderung der deutschen Minderheit seit der Demokratisierung und dem neuen Kriegsfolgenbereinigungsgesetz der Bundesregierung weitgehend zum Stillstand gekommen sei. Gerade deshalb müsse Oberschlesien und auch den Schlesiern deutscher Abstammung, die dort verblieben seien, jetzt verstärkt geholfen werden. Die Bundesregierung habe Mittel vorgesehen. Es blieben aber trotzdem große Lücken. In diese Lücke könne NRW springen.

**Hans Kern** (SPD) sagte, die Landesregierung sei längst tätig. Sie leiste mit Projekten in Polen Vorbildliches. Zum Beispiel werde in Kattowitz eine soziale Begegnungsstätte gebaut und aus Kattowitz und Oppeln kämen Praktikanten für den Bereich Wirtschaftsförderung nach NRW. Ferner habe die Landesregierung bereits im Februar 1964 die Patenschaft über die Landsmannschaft der Oberschlesier übernommen. Die Unterstützung reiche von der Förderung der Landsmannschaft und ihrer Untergliederungen hin bis zur Förderung der Stiftung „Haus Oberschlesien“ in Ratingen-Hösel.

**Heinz Lanfermann** (F.D.P.) meinte, es sei richtig, daß das, was früher einmal getan worden sei und heute mit dem Wort „Patenschaft“ einen eher nicht mehr ganz so modernen Klang habe, umgeformt werden sollte in das Verständnis zwischen denen, die hier aufgewachsen seien und deren Verfahren, denen, die früher in dem Gebiet des heutigen Polen gelebt hätten oder deren Eltern dort gelebt hätten und die jetzt hier integriert seien, und denen, die dort noch lebten, sei es als Mehrheit, sei es auch als deutsche Minderheit. Das seien neue Aufgaben unter neuen Vorzeichen.

**Daniel Kreutz** (GRÜNE) äußerte, man habe den nachhaltigen Eindruck, daß hier auf Samtpfoten der Versuch gemacht werde, in der Gestaltung internationaler Zusammenarbeit alte völkische Kriterien wieder salonfähig zu machen. Der Antrag wecke auch den Verdacht, daß es in den Reihen der CDU-Fraktion immer noch Leute gebe, die es noch nicht ganz verarbeitet hätten, daß Oberschlesien, das ehemalige Oberschlesien, längst integraler Bestandteil der Republik Polen sei, und die versuchten, diesen Umstand in der einen oder anderen Weise sozusagen zurückzudrängen, in Vergessenheit zu bringen oder wie auch immer.

**Arbeitsminister Franz Müntefering** (SPD) betonte, die Landesregierung sehe im Rahmen ihrer internationalen Zusammenarbeit keine Möglichkeit, die Patenschaft für die Oberschlesier auf der Grundlage des Deutsch-Polnischen Nachbarschaftsvertrags fortzusetzen (Fortsetzung Seite 12).

## Rektor in Münster

Professor Dr. Gustav Dieckheuer wird neuer Rektor der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Der Konvent der Universität wählte den 53jährigen Wirtschaftswissenschaftler am 25. Januar 1994 auf Vorschlag des Senates bereits im ersten Wahlgang mit großer Mehrheit. Professor Dieckheuer, der



einzigster Kandidat war, tritt am 1. Oktober die Nachfolge von Rektorin Professor Dr. Maria Wasna an, die nach vierjähriger Amtszeit für eine Wiederwahl nicht zur Verfügung stand. Der designierte neue Rektor ist seit 1989 Direktor des Instituts für industriewirtschaftliche Forschung und der Forschungsstelle für allgemeine und textile Marktwirtschaft an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität.

## Fach Chinesisch

Das Fach Chinesisch wird zur Zeit an acht Gymnasien im Land NRW als Arbeitsgemeinschaft von jeweils einer Lehrkraft angeboten. Von diesen Gymnasien wird der Bedarf für die Einrichtung eines Grundkurses ab dem Schuljahr 1994/95 ermittelt. Das teilt das Kultusministerium in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage der SPD-Abgeordneten **Brigitte Heemann** und **Karl-Heinz Brülle** mit (Drs. 11/6621).

## Große Anfrage der CDU zum Wassersparen Trotz Reichtum Gewässerschutz in NRW

Über die von der CDU eingebrachte Große Anfrage „Sparsamer Wasserverbrauch als ökologische Herausforderung“ und die Antwort der Landesregierung (Drs. 11/6190) debattierte der Landtag am 21. Januar.

**Dr. Annemarie Schräps** (CDU) stellte fest: „Trinkwasser ist das wichtigste Lebensmittel und kann durch nichts ersetzt werden.“ Anlaß der Großen Anfrage sei die anhaltende Trockenheit in den Sommern 1991 und 1992 gewesen. Leider entspreche die Antwort nicht der Bedeutung des Themas. Die Belastung des Grundwassers mit Schadstoffen nehme zu: Nitrate, Chloride, Pestizide, Altlasten, Verkehr, Transport. Auch durch Metalle und toxische Substanzen steige die Belastung. Sparpotential würde Kanalnetze und Kläranlagen entlasten, den Aufwand für Wasseraufbereitung verringern. Im Braunkohlengebiet würden Millionen von Kubikmetern als überschüssiges Sumpfwasser verloren. Die EG-Trinkwasserrichtlinien dürften nicht hinter deutsche Normen zurückfallen. Vollzugsdefizite gebe es bei der Ausweisung von Schutzzonen. Kanalsysteme seien undicht und würden bei steigendem Grundwasser belastet. Die Exfiltration von Abwasser habe schon zur Schließung von Brunnen geführt. Diese Grundwasserverunreinigungen würden nicht genug beachtet.

**Hans Klaps** (SPD) erwiderte, die Wasserversorgung für 17 Millionen Menschen in NRW sei gesichert. Lokale Mängel seien aufgedeckt. Wasserversorgung sei eine Selbstverwaltungsaufgabe der Gemeinden. Einige verließen sich auf die Unteren Wasserbehörden. Das Land beobachte den Naturhaushalt. Kein Glied in dieser Kette dürfe brechen. Das Wassermanagement in öffentlichen und privaten Verbänden und Behörden locke zunehmend Experten aus aller Welt nach NRW, da es Voraussetzung für den Export sei. Sparsamer Wasserverbrauch sei nicht zwingend, aber mit dem

würde. Die Abwasserreinigung werde Gemeinden und Bürger noch stark belasten. Allerdings bringe der Anlagenbau auch Aufträge und Arbeitsplätze. Die Abwasserabgabe habe sich als ökonomisches Lenkungssystem bewährt.

**Friedel Meyer** (F.D.P.) stimmte der Notwendigkeit sparsamen Wasserverbrauchs zu, das habe auch der Minister mit seinem Dusch-Appell bestätigt. Einsparpotentiale gebe es beim Einsatz von wassersparenden Armaturen und im industriell-gewerblichen Bereich durch Mehrfachnutzung. Wassersparende Produktionsverfahren könnten Vorteile auf dem Weltmarkt für Umwelttechnologien bringen, der auf 600 bis 800 Milliarden Mark geschätzt werde. Das dürfe sich die Wirtschaft nicht entgehen lassen. 72 Talsperren in NRW dienten der Trinkwasserversorgung und dem Hochwasserschutz. Bei vielen gebe es noch keine Sanierung, auch lasse die Ausweisung von Schutzgebieten zu wünschen übrig. Beim Wasser könnten Einsparziele zeitlich gestaffelt vorgegeben werden. Ökonomische Anreize sparten nicht nur Wasser, sondern auch Verwaltung. Private Waldbesitzer sollten von Verbandsbeiträgen befreit werden.

**Gerd Mai** (GRÜNE) wies auf Wassernotstände im Rhein-Main-Gebiet hin. In NRW tauschten täglich 30 bis 50 Liter Trinkwasser pro Person durch die Toilette. Wegen anhaltender, durch Zwischenrufe ausgelöster Heiterkeit unterbrach der Redner seinen Beitrag.

**Dr. Andreas Lorenz** (CDU) meinte, programmatische Aussagen der Regierung und die Praxis im Lande klappten oft weit auseinander.

werde aber der Schwarze Peter hin- und hergeschoben. Der Leiter der Abwasseranstalt habe als betroffener Bürger eine Eingabe an den Beschwerdeausschuß der Stadt gerichtet, ein eigenartiger Vorgang. Der Antrag auf Schutzzonen an Eifeltalsperren datiere von 1962, der Regierungspräsident habe noch keine Verordnung erlassen und den Antrag für die Rohwasserleitung von der Olf-Talsperre zum Ruhrwasserverbund verschleppt. Der Minister sei persönlich gefordert.

**Gerd Mai** (GRÜNE) setzte seinen Beitrag fort mit der Empfehlung, zum Wäschewaschen, zur Autowäsche, für Garten und Toilette sei Trinkwasser zu kostbar. Regenwasser sei vielfach geeignet, das sei Stand der Diskussion in der Umweltbewegung. In anderen Bundesländern würden Einnahmen aus der Grundwasserabgabe gezielt in ökologische Projekte gesteckt. Zehn Prozent des Trinkwassers hätten einen zu hohen Nitratgehalt. Auch Pestizide hätten nichts im Lebensmittel Nummer eins zu suchen. Die Industrie solle mehr mit Oberflächenwasser wirtschaften und das höherwertige Grundwasser für die Versorgung schonen. Sparsamer Wasserverbrauch entlaste, anders als in der Regierungsantwort gesehen, die Kanalisation und die Reinigung. Die CDU-Anfrage gehe nur mangelhaft auf Wasserprobleme im Braunkohlengebiet ein.

**Umweltminister Klaus Matthiesen** (SPD) erklärte, Wasserpolitik dürfe nicht als wasserwirtschaftlich technisches Problem verstanden werden, das über Vorratshaltung, Talsperrenbau, Aufbereitung und Abwasserbehandlung Mengen verfügbar mache, sondern die Wasserwirtschaft müsse dazu angehalten werden, ihre Technik in den Naturhaushalt einzubringen. Im gut mit Wasser versorgten Land NRW würden 40 Prozent des Bedarfs aus echtem Grundwasser gedeckt. Über Versickerungsanlagen würden Vorräte angereichert, der Rest aus Talsperren und Uferfiltrat gewonnen. NRW habe kein Mengenproblem und eine sichere Versorgung. Der Verbrauch sei rückläufig. 95 Prozent seien an vollbiologische Kläranlagen angeschlossen. Die Übertragung der EG-Trinkwasserrichtlinie auf das Oberflächenwasser würde der deutschen Landwirtschaft und dem deutschen Gartenbau die Existenz kosten. Die Kooperation zwischen Land- und Wasserwirtschaft in NRW finde breite Anerkennung auch außerhalb.



Gemeinsames Anliegen: die Sorge um unser täglich Wasser, „das Lebensmittel Nummer eins“, v.l.: Dr. Annemarie Schräps (CDU), Hans Klaps (SPD), Friedel Meyer (F.D.P.), Gerd Mai (GRÜNE). Fotos: Schüler

Grundwasser müsse schonend umgegangen werden. Unausgewogen sei die von vielen Seiten geforderte Streckung der Elimination von Stickstoff und Phosphor. Die dritte Reinigungsstufe für Kläranlagen für mehr als 10 000 Einwohner könnte entfallen, wenn die Gesamtbelastung aus allen kommunalen Anlagen bis 1998 um 75 Prozent verringert

ander. Aus den Talsperren der Eifel werde der Aachener Raum versorgt. Alle seien über dort aufgetretene Kolibakterien sehr erschrocken. Mit erheblicher Überchlorierung seien unmittelbare Gesundheitsgefahren abgewehrt worden. Inzwischen seien Fäkalien als Ursache ausgemacht und sofortiger Handlungsbedarf festgestellt worden. Zuvor

## Kraft-Wärme-Kopplung

Der CDU-Antrag „Rationelle Energienutzung durch Kraft-Wärme-Kopplung“ (Drs. 11/5638) wurde mit einer im Wirtschaftsausschuß beschlossenen Änderung (Landtag intern Nr. 22/1993) mit den Stimmen der SPD, CDU und F.D.P. angenommen. Bernd Poulheim (SPD) hob Chancen verschiedener Branchen für neue Marktpotentiale hervor. Hans-Karl von Unger (CDU) sprach die hohen Energieverluste im Haushaltsbereich an, die in Strom verwandelt werden können. Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) wies auf beachtliche öffentliche Mittel für Fernwärme seit 1977 hin und forderte mehr Stromversorgung durch Dritte in NRW. Dr. Manfred Busch (GRÜNE) lehnte den Antrag wegen ärgerlicher Lückenhaftigkeit ab. Minister Einert merkte an, Dritterzeuger könnten EVU-Strom verdrängen.

# Antwort auf die Große Anfrage gibt Aufschluß über Frauenkultur in NRW

## Künstlerinnen verbrauchen mehr Energie für Zeit, Geld und Raum

**Brigitte Speth** (SPD) bezeichnete es als Aufgabe der Politik, die Benachteiligung der Frauen im Kulturbereich zu verringern. Die Antwort auf die Große Anfrage liefere das erste umfassende Datenmaterial und habe bundesweite Bedeutung bekommen. Künstlerinnen stellten kaum aus, auch ihre Teilhabe an Verbänden sei kaum zu messen. In zwei Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern gebe es vier Dezernentinnen für Kultur, in 218 Kulturämtern 70 Amtsleiterinnen. Insgesamt seien Frauen bei einem Drittel vertreten, relativ gut bei Interpretation, Kostümbild, Modedesign, literarische Übersetzung, sehr gering dagegen bei Komposition, Dirigieren, Kamera und Rock. In NRW werde mehr getan als anderswo, das Land habe als einziges ein Frauenkulturbüro. Bei der Frauenmesse habe der Wirtschaftsminister das hervorragende Frauendesign finanziert. Durch eine höhere Altersgrenze für Stipendiatinnen könnten frauentypische Lebensläufe besser berücksichtigt werden.

**Hildegard Matthäus** (CDU) erinnerte daran, daß vor genau 75 Jahren erstmals Frauen in die Nationalversammlung gewählt worden seien. Mit Kulturangeboten könne man nicht früh genug anfangen. Immer noch und zunehmend wieder gäben auch selbstbewußte Frauen ihren eigenen Weg zugunsten des Mannes auf. Die Statistik weise 156 weibliche und 323 männliche Autoren, 29 weibliche und 90 männliche Filmemacher, sechs weibliche und 170 männliche Komponisten, 256 weibliche und 591 männliche Schulumusiker aus. In den neuen Bundesländern hätten Kulturamtsleiterinnen mit viel Wissen, Einfühlungsvermögen und Einfallsreichtum für die Erhaltung der Kultur gesorgt. Jetzt verlören sie bei der Zusammenlegung von Kreisen und Ämtern ihre Position an Männer. Nur gemeinsam könne geholfen werden. Männer und Frauen seien nicht gleich, aber gleichberechtigt. Beiden solle zu ihrem Weg auch in für ihr Geschlecht ungewohnten Berufen verholfen werden.

**Ruth Witteler-Koch** (F.D.P.) begrüßte die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage und zitierte, Frauenkultur sei die Kunst einzelner Frauen, und staatliche Förderung verpflichte auch bei Frauen zur freien Entfaltung ohne ästhetische oder inhaltliche Beeinflussung. Frauenkultur könne nicht verordnet werden. Die Regierung habe sich nicht auf eine überzogene Frauenpolitik ziehen lassen, für das Zusammentragen all dieser Daten gebühre ihr Dank. Bei Urteilen und Bewertungen sei Vorsicht geboten. In den Kunstfächern gebe es mehr als 50 Prozent Studentinnen, auch beim Musikstudium. Bei Festivals seien Frauen sehr aktiv. Beim privaten Sponsoring könnten Frauen stärker berücksichtigt werden. Insgesamt handele es sich um eine gesellschaftspolitische Aufgabe.

**Brigitte Schumann** (GRÜNE) nahm das Stichwort von Bewußtseinsdefiziten auf und widersprach der Vorrednerin, vor Frauenförderung in der Kunst sei zu warnen. Der Bundesbildungsminister habe 1992 die Unterrepräsentanz der Frauen deutlicher als alarmierend bezeichnet. Ein Bewußtsein für

*In der Aussprache im Plenum lobten Rednerinnen aller Fraktionen am 21. Januar die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der SPD „Frauenkultur in NRW“ (Drs. 11/6095) als wichtige Datengrundlage für Überlegungen zur Förderung der Kunst von Frauen. Sie zeige Benachteiligungen in männlich dominierten Sparten und bei höher dotierten Stellen auf. Das Frauenkulturbüro in Krefeld und das Frauenmuseum in Bonn wurden als vorbildlich bezeichnet. Der Kultusminister berichtete von der Anstoßwirkung der Anfrage auf Bundesebene.*

strukturelle Benachteiligung sei bei der Landesregierung nicht vorhanden, das Kultusministerium erweise sich als immobil und strukturkonservativ. Wenig Kreatives zur Verbesserung der Situation bei Künstlerinnen sei ihm eingefallen. Strategien gegen die Männerbünde im Parlament und im Kunst- und Kulturbetrieb müßten entwickelt werden. In NRW würden Künstlerinnen immer noch als Exoten behandelt. In Gremien dominierten Männer und verteilten die Preise untereinander. Die Summen für Frauen seien geringer. In jeder Jury solle die Quote durchgesetzt werden, ebenso bei Professuren. Ganz vorbildlich gehe es 1994 beim Gabriele-Münter-Preis zu: die Ausstellung trage den Titel „Endlich 40!“ und trage der Lebensbiographie von Familienfrauen Rechnung. Über 200 Künstlerinnen hätten sich für den Preis interessiert.

**Jarka Pazdziora-Merk** (SPD) sah erfreuliche Tendenzen im Datenmaterial, von Exotismus könne keine Rede sein. Bis weit in dieses Jahrhundert hinein seien Frauen auf kulturelle Nischen wie Sticken, Weben, Schmücken, Musizieren, Dekorieren festgelegt worden. Dort seien sie für Männer keine ernsthafte Konkurrenz. Bedingungen für kreative Entfaltung, nämlich Zeit, Geld, Raum zum Alleinsein und ein gewisses Maß an Egozentrik, seien den Anforderungen des Alltags an Frauen konträr. Bereits auf dem Weg zur künstlerischen Betätigung gehe sehr viel Energie verloren. In den Sparten Musik und Bibliotheken zeige sich der ge-

ringe Frauenanteil, je attraktiver die Stellenbewertung sei. In mittlere und höhere Einkommen rückten Frauen selbst bei gleicher Qualifikation selten vor. Künstlerin zu sein bedeute oft eine Außenseiterrolle, das Bejahen von Armut und Isolation, auch Verzicht auf Familie. Frauenkultur sei in NRW durch vorbildliches Engagement der Gemeinden erheblich vorangekommen. Über eine Frauenstiftung sei nachzudenken.

**Kultusminister Hans Schwier** (SPD) nannte die Große Anfrage verdienstvoll, da Frauenkultur weder wissenschaftlich noch administrativ angemessen aufbereitet sei. Für die Unterstützung bei der Datensammlung sei den Beteiligten zu danken. Das Kultusministerium habe einen regelmäßigen bundesweiten Erfahrungsaustausch auf Referentenebene angestoßen. Im Herbst 1993 habe das erste Schriftstellerinnentreffen stattgefunden. Überrascht habe ihn die Aussage des Bundesbildungsministeriums, daß von einer Mark individueller Künstlerförderung 85 Pfennige für Künstler und 15 Pfennige für Künstlerinnen ausgegeben würden. Beim Land sehe das etwas günstiger aus: 74 zu 26. Bei den Auswahlgremien stellten Frauen in NRW ein Drittel. Für die schwierige Sparte Komposition und Dirigieren werde das Ministerium eine Werkstatt anbieten. Das Frauenkulturbüro veranstalte ein Hearing zum Thema „Frauen und Musik“. Das einzige Büro dieser Art leiste trotz personeller Minimalbesetzung viel Gutes und erhalte 1994 einen erhöhten Etat.



*Im Frauenmuseum, das seit Jahren einen festen Platz im Kulturleben von Bonn einnimmt und weit über die Stadt- und Landesgrenze hinaus bekannt ist, stellen zur Zeit Düsseldorfer Künstlerinnen ihre Werke zum Thema „Generationen“ aus.*  
Foto: Reni Hansen

## Liberalen wollen Schulen des Landes aus „Regelungskäfig“ befreien

*Nach dem Willen der F.D.P. soll den Schulen des Landes Methoden- und Gestaltungsfreiheit gegeben werden. Zahlenmäßig begrenzt soll die freie und selbstbestimmte Schule erprobt werden. Das steht in dem Antrag „Für freie selbstbestimmte Schulen – mehr Freiheit für eigenverantwortliche Entscheidungen“ (Drs. 11/6580), den der Landtag nach Erörterung am 21. Januar an den Schulausschuß überwiesen hat.*

**Andreas Reichel** (F.D.P.) sah die nordrhein-westfälischen Schulen derzeit in einen „Regelungskäfig von 1200 Seiten amtlicher Schulvorschriften gesperrt“ – das sei eine der größten Kapitalverschwendungen, die sich das Land leiste. Schulen seien heute das Gegenteil eines eigenverantwortlichen Betriebes, als nachgeordnete Behörden der öffentlichen Verwaltung müßten sie auf das Kommando vorgesetzter Behörden hören. Die Liberalen wollten die Hinwendung zu einem Verständnis von Schule als modernes Dienstleistungsunternehmen mit entsprechender Verfassung. Sie sollten einen Globalhaushalt erhalten und eigene Personalpolitik machen dürfen.

**Brigitte Speth** (SPD) sah zur Politik ihrer Fraktion ein großes Stück Gemeinsamkeit.

So werde von der F.D.P. mit anderen Worten das SPD-Programm Gestaltung des Schullebens und Öffnung von Schule wiederholt. Man habe guten Grund, dieses Programm weiterzuentwickeln. Aber bei allem begrüßenswerten Bestreben nach mehr Freiraum für die Schule sei es Aufgabe des Staates, die Rahmenbedingungen zu erlassen. Und die Lehrerinnen und Lehrer müßten die Freiräume nutzen, die sie haben.

**Heinrich Meyers** (CDU) diagnostizierte zu viel Staat in den Schulen, eine beklemmende Regelungsichte und überbordende Verrechtlichung. Hier liege der Ansatz, um mit einer schlankeren Schulgesetzgebung den Schulen wieder Luft zum Atmen zu geben, „damit pädagogische Kreativität wieder einziehen kann, Lernende und Lehrende sich mit ihrer Schule identifizieren können, die Schule wieder ein Gesicht bekommt, das auch nach außen hin in der Öffentlichkeit erkennbar wird“. Aber das alles dürfe nicht nur aus ökonomischen Gründen erfolgen.

**Brigitte Schumann** (GRÜNE) hielt der F.D.P. vor, ihr Modell sei „ambivalent“, es schüre Ängste, „daß nämlich in Zeiten knapper Kassen dieses Autonomiemodell als

Sparbüchse genutzt werden kann“. So werde das Modell von vornherein „anrüchig“. Autonomie gehe von pädagogischen Freiräumen aus und sei keine Privatisierung von Schule, denn der Staat ziehe sich aus seiner Verantwortung für ein gleichwertiges Bildungsangebot nicht zurück. „Was wir aufheben wollen, ist die absolut lähmende Gleichförmigkeit des Lernens in unseren Schulen“, betonte sie und räumte rechtlich normierten Vorgaben lediglich den Charakter von Mindestvorgaben ein, die die inneren Handlungsspielräume für neues pädagogisches Handeln absteckten.

**Kultusminister Hans Schwier** (SPD) sah die Mitwirkung in der Schule im Lande rechtlich und faktisch gut ausgebaut. Ein wichtiger Teil der Verantwortung für das Schulwesen liege dezentral bei den Schulträgern. Auch in der konkreten pädagogischen Arbeit würden die Schulen nicht gegängelt. Nur eine möglichst selbständige und eigenverantwortliche Schule könne die schwierige Aufgabe einer umfassenden Erziehung leisten. „Wer Eigenverantwortlichkeit der Schule aus reinen Effizienzgesichtspunkten fordert, der greift zu kurz, denn die Schule ist keine Firma.“

## Übergreifende Bildungsfraktion hat sich formiert

*Der Landtag hat sich am 20. Januar mit der Lehrerversorgung der Schulen befaßt und im Ergebnis einen gemeinsamen Antrag (Drs. 11/6625) von SPD, CDU und F.D.P. bei Stimmhaltung der Grünen gebilligt, die einen eigenen Entschließungsantrag (Drs. 11/5578 neu) vorgelegt hatten.*

**Jarka Pazdziora-Merk** (SPD) bezeichnete den gemeinsamen Antrag der drei Fraktionen als „kleine Sensation“ und gute Grundlage für die Landesregierung, „sowohl die Lehrerbildung als auch die Personalplanung im Schulbereich neu zu organisieren und damit effektiver zu gestalten“. Der Antrag rücke die allgemeine berufliche Qualifikation im Lehrerstudium wieder weiter in den Blickpunkt und rege an, das Referendariat zu verkürzen, indem Zusatzqualifikationen durch Fortbildung erworben werden sollen.

**Manfred Kuhmichel** (CDU) konstatierte: „Die SPD hat sich erfreulicherweise bewegt.“ Es stehe fest, daß die bisherige Personalentwicklung nicht angemessen gewesen sei, darum die Forderung seiner Fraktion nach einem Konzept der Landesregierung. Im Sieben-Punkte-Katalog des gemeinsamen Antrags sehe sich die CDU voll bestätigt. Ein Mehr an schulpolitischen Gemeinsamkeiten wäre letztendlich zum Nutzen der Schülerinnen und Schüler.

**Andreas Reichel** (F.D.P.) meinte, die dramatische Ausgangslage an den Schulen rechtfertige eine solche Bildungsfraktion. Aber ändern werde sich letzten Endes nur

dann etwas, wenn die Rahmenbedingungen sich wandelten und endlich Bildung in den Haushalten von Bund und Land eine zentralere Rolle spiele als bisher.

**Brigitte Schumann** (GRÜNE) wandte ein, mit dem gemeinsamen Antrag werde wieder einmal nur ein Stück Krisenmanagement im Rahmen einer kostenneutralen Einstellungspolitik betrieben. Ihre Fraktion verlange, daß Berufsabgänge und Pensionierungen durch Neueinstellungen voll ersetzt würden, „denn sonst wirtschaften sie das

Bildungssystem in Nordrhein-Westfalen, also die Schulen in NRW, völlig ab“.

**Kultusminister Hans Schwier** (SPD) hielt den Grünen vor, bei ihnen spielten die Finanzen keine Rolle. Der gemeinsame Antrag sei ein vernünftiger Beschluß, den könne der Kultusminister „gern“ mittragen. Er zweifle aber, ob die Debatte um die Verkürzung des Referendariats nützlich sei und habe Bedenken gegen „mehr Professionalität“ im Lehrerberuf durch andere Qualifikationen: „Zwei Fächer studieren – das reicht.“

## Wohnungslose dürfen bei Sozialhilfe nicht pauschal benachteiligt werden

*Wohnungslose sollten bei der Gewährung von Sozialhilfe nicht diskriminiert werden – das forderte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in einem Antrag (Drs. 11/6585 neu), der am 20. Januar in direkter Abstimmung abgelehnt wurde.*

**Daniel Kreutz** (GRÜNE) kritisierte, daß Wohnsitzlosen regelmäßig die Hilfen zum Lebensunterhalt gekürzt würden oder daß nur Sachleistungen gewährt würden. Das sei ein Bruch des bestehenden Rechts, zu dem noch „Vertreibungspraktiken“ hinzuträfen. Dem müsse die Landesregierung entschieden Einhalt gebieten und nicht länger die rechtswidrigen Praktiken örtlicher Sozialämter decken. Abhilfe schufen Empfehlungen zur Gewährungspraxis sowie eine regelmäßige Untersuchung der Sozialhilfepraxis.

**Horst Vöge** (SPD) teilte nicht die Meinung, daß seitens der Landesregierung unverzüglich Maßnahmen einzuleiten seien; das habe sie bereits unmittelbar nach Bekanntwerden der Mißstände getan. Die SPD lehne ferner die regelmäßige Berichterstattung zur Sozialhilfepraxis ab.

**Georg Gregull** (CDU) machte deutlich, wohnungslose Sozialhilfeempfänger seien, dem Bundessozialhilfegesetz entsprechend, wie alle anderen Sozialhilfeempfänger zu behandeln. Ob aber Stromkosten oder Kosten für die Wohnungsreinigung eingerechnet werden müssen, dürfe gefragt werden. Eine zusätzliche Sozialberichterstattung würde den bürokratischen Aufwand erhöhen.

**Heinz Lanfermann** (F.D.P.) wies den Antrag ebenfalls zurück: Es handelte sich um einen „Schauantrag, der uns in der Sache nicht weiterbringt“. Auch er gehe davon aus, daß die Sachbearbeiter vor Ort ordnungsgemäß handelten. Lanfermann sah ebenfalls keine Notwendigkeit zur regelmäßigen Berichterstattung.

**Sozialminister Franz Müntefering** (SPD) verdeutlichte die Vorschrift, daß pauschale Kürzungen der Sozialhilfe bei wohnungslosen Personen nicht zulässig seien. Wenn so etwas bekanntwerde, gehe man aufsichtsrechtlich dagegen vor. Er werde darauf achten, daß sich die Sozialhilfeträger gesetzeskonform verhalten „und Obdachlose und Nichtseßhafte nicht willkürlich bestrafen“.

## Fraktionen nicht einig, ob Diskriminierungsverbot in Verfassungen soll

# Behinderte werden immer noch benachteiligt

*Der Landtag hat gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und Grünen einen Antrag der SPD mit Mehrheit angenommen, wonach ein Diskriminierungsverbot zugunsten Behinderter in die neue Bundesverfassung aufgenommen werden sollte. Ein Antrag der Grünen, der zum Ziel hatte, die Gleichstellung von Behinderten, Lesben und Schwulen in die Landesverfassung zu verankern, wurde mit den Stimmen der übrigen Fraktionen abgelehnt (Drs. 11/6519 und Drs. 11/6624).*

**Wolfram Kuschke** (SPD) betonte, man bedauere über alle Fraktionsgrenzen hinweg, daß in den beiden letzten Jahren in unserem Land Anzeichen von Behindertenfeindlichkeiten sich mehrten, die keineswegs nur als Missetaten weniger fehlgeleiteter Jugendlicher abgetan werden dürften. Auch auf der Ebene der Gesetzgebung und der Verwaltung seien von behinderten Menschen und von Fachleuten Benachteiligungen im Bereich des Zivilrechts, des Arbeits- und Sozialrechts und des Verfahrensrechts benannt worden. Angesichts dieser Fakten käme der Aufnahme eines Verbots der Benachteiligung behinderter Menschen eine wichtige, in die Zukunft weisende Signalwirkung zu, ebenso wie dessen Verweigerung als Zurückweisung einer ganzen gesellschaftlichen Gruppe durch die sogenannte nichtbehinderte Mehrheit verstanden würde. Kuschke vertrat die Ansicht, der Landtag müsse sich in die Verfassungsdiskussion auf Bundesebene erneut einmischen. Bundestag und Bundesrat seien aufgefordert, das Verbot, Behinderte zu benachteiligen, noch in dieser Legislaturperiode in die neue Bundesverfassung aufzunehmen.

**Daniel Kreutz** (GRÜNE) meinte, man halte

es im Unterschied zum SPD-Antrag für unerläßlich, die bestehenden Defizite sowohl für Menschen mit Behinderungen als auch für schwule und lesbische Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen zu behandeln. In einer Resolution des Landtags im letzten Jahr sei die gemeinsame Aufforderung an die Landesregierung ergangen, sich verstärkt für die Gleichberechtigung von Lesben und Schwulen einzusetzen. „Warum um alles in der Welt kommen jetzt Schwule bei Ihnen nicht mehr vor?“, wollte Kreutz wissen. Er forderte für den Fall, daß man beim Grundgesetz endgültig scheitere, es zu einem klaren Ja zum Diskriminierungsverbot in der Landesverfassung kommen müsse. So könne es doch nicht weitergehen. Die Betroffenen seien diese endlose Kette von folgenlosen schönen Worten und Versprechungen satt. Jetzt müsse doch endlich einmal etwas Handfestes kommen. Das gelte sowohl für Behinderte als auch für Homosexuelle.

**Hermann-Josef Arentz** (CDU) sagte: „Wir haben in den beiden Anträgen von SPD und Grünen im Kern drei Anliegen.“ Die SPD möchte ins Grundgesetz als Reformpunkt das plebiszitäre Element der unmittelbaren Bürgerbeteiligung hinein haben. Die SPD möchte ein Diskriminierungsverbot von Behinderten in der Bundesverfassung. Und die Grünen möchten ein Gleichstellungsgebot für Behinderte, Lesben und Schwule in der Landesverfassung. Die CDU werde alle diese Forderungen ablehnen, und zwar sowohl im Hinblick auf das Grundgesetz als auch im Hinblick auf die Landesverfassung. Arentz vertrat auch die Auffassung, wenn man dieses jetzt ins Grundgesetz hineinschreibe, nachdem eigentlich alles Notwendige dort stehe, „dann machen wir es uns vielleicht auch ein Stück zu einfach, indem wir uns trösten und sagen: Nun haben wir das Problem gelöst.“

**Heinz Lanfermann** (F.D.P.) erläuterte, die Verfassung sei nicht dazu da, um Parteiprogramme umzuschreiben oder hochzustilisieren, die dann eine bestimmte politische Richtung gegen eine andere durchsetzen sollten, die gerade einmal in der Minderheit sei. Deswegen müßten auch die Landesregierungen, die dort über den Bundesrat agiert hätten, und auch die Fraktionen aus dem Bundestag, die in dieser Verfassungskommission gewesen seien, natürlich damit leben, daß man nur die Dinge neu in eine Verfassung schreiben könne, bei denen auch großer Konsens bestehe, und zwar Konsens nicht nur in dem Ziel oder in der Grundhaltung zu einem bestimmten Feld des Lebens, der Gesellschaft oder Politik, sondern auch Einigkeit über den Weg. Diese Einigkeit sei in der Tat nicht gegeben. Sie sei in der Verfassungsschutzkommission nicht gegeben, und deswegen komme dieser Antrag, wenn man es nüchtern betrachte, zu spät.

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) teilte die Auffassung, die von CDU und F.D.P. vorgetragen werde: Verfassungsänderungen gingen nur mit Zweidrittelmehrheit. Dennoch dürfe man sich bemühen, Mehrheiten zu bekommen und um Mehrheiten zu ringen und vielleicht bessere Einsichten zu erreichen. Der Minister stellte dann die Frage, ob man in der gegenwärtigen Situation ein besonderes politisches Signal brauche? Müsse man nicht darüber besorgt sein, daß im Verhältnis der Menschen bei uns sich das Menschenbild unserer Verfassung nach dem gesunden sportlichen Jugendlichen richte, wenngleich doch hinter Artikel 3 zur Würde des Menschen das Menschenbild stehe: Alles was Menschenantlitz trage, präge die Würde des Menschen — der Kranke, ob er körperlich oder psychisch krank sei, der Alte, der Leidende? „Das muß herausgestellt werden“, unterstrich Schnoor.



Eine Delegation des schwedischen Provinz-Landtags-Verbandes mit neun Politikern und drei Beamten, die sich auf Einladung des Landkreistages in NRW aufgehalten hat, besuchte den Düsseldorfer Landtag und dessen Kommunalausschuß. Es fanden Gespräche über die NRW-Kommunalverfassung, über das Verhältnis von Bund zu Ländern sowie die Finanzausstattung der Länder in der Bundesrepublik statt. Gastgeber war Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (im linken Bild links). — Eine Konferenz haben die Präsidentinnen und Präsidenten der Rechnungshöfe einschließlich des Bundesrechnungshofs im Landtag abgehalten. Sie wurden von Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (im rechten Bild Mitte) empfangen. Die Gäste eingeführt hatte der Präsident des NRW-Landesrechnungshofs, Professor Dr. Eberhard Munzert (rechts).

Fotos: Hertgen



Sport in der Schule hält die Kinder bei Laune und gesund: v.l. Beatrix Philipp (CDU), Hans Alt-Küpers (SPD), Michael Ruppert (F.D.P.), Gerd Mai (GRÜNE), Leonhard Kuckart (CDU), Uwe Herder (SPD) und Kultusminister Hans Schwier (SPD).  
Fotos: Hertgen

## Bewegungspausen zwischen Unterrichtsstunden zur Vorbeugung gegen frühe Haltungsschäden

In der Schule sollte mehr Sport betrieben werden. Darin waren sich die Fraktionen bei der Aussprache über den CDU-Antrag, Bewegungserziehung und fachgerechten Sportunterricht zu garantieren, einig. So könnten nach Ansicht der Union Bewegungspausen zwischen Unterrichtsstunden und wöchentlich mindestens drei Sportunterrichtsstunden bereits dem Bewegungsmangel und damit vieler Folgeerscheinungen, wie Haltungs- und Gesundheitsschäden, vorbeugen helfen. Kultusminister Hans Schwier (SPD) faßte den CDU-Antrag als Bestätigung der schulsportlichen Aktivitäten der Landesregierung auf. Der Antrag wurde an den Schul- sowie an den Sportausschuß überwiesen (Drs. 11/6582).

**Beatrix Philipp** (CDU) erklärte, es gehe darum zu erreichen, daß sich die Bedingungen verbesserten. Das fange damit an, daß man in den Schulen nicht körpergerechte, häufig zu große oder zu kleine Stühle für die Kinder habe. Darüber hinaus müsse man zu einem Sportunterricht kommen, der etwas weniger kollektive Ansätze habe als heute und dem einzelnen Kind mehr gerecht werde. „Wir bezwecken mit unserem Antrag eine grundsätzliche Bewußtseinsänderung“, meinte die Abgeordnete.

**Hans Alt-Küpers** (SPD) sagte, zwischen dem hohen Stellenwert, den die Bewegung im Prozeß einer gesunden Entwicklung von Kindern und Jugendlichen einnehme, und den tatsächlichen Gegebenheiten, vielfältige Bewegungserfahrungen sammeln zu können, bestehe allerdings ein deutlicher Widerspruch. Kinder und Jugendliche lebten in einer Welt, die durch zunehmende Restriktionen von Bewegungsräumen bestimmt sei. Straßen fielen als Spielräume weg. Freiflächen in den Ballungszentren verschwänden. Stadtgestaltung orientiere sich immer noch an den Bedürfnissen der Erwachsenen.

**Michael Ruppert** (F.D.P.) betonte, er habe immer ein bißchen Bedenken, wenn er bei einem Thema wie Sport lese, es gehe darum, hohe volkswirtschaftliche Schäden zu vermeiden. Da werde ja auch sofort mit dem kollektiven Interesse gewunken. Vor vielen Jahrzehnten habe man als Begründung für den Sport schon mal den Wert der militärischen Ertüchtigung genannt. Ihm sei der Sport so oder so lieb. Da frage er nicht erst danach, ob er zur militärischen Ertüchtigung oder zum volkswirtschaftlichen Nutzen führe. Er habe eben einen Wert für Psyche und Physis der Menschen.

**Gerd Mai** (GRÜNE) vertrat die Auffassung, daß man mit starren, oft immer noch leistungsorientierten Sportrichtlinien jede Menge sportenttäuschter, sportfrustrierter Schülerinnen und Schüler produziere, die sich dem Sportunterricht wegen permanent erlebter Mißerfolge und fehlenden Spaßes verweigerten und entzögen, einfach nicht mehr hingingen. „Eine unserer Aufgaben besteht darin, daß wir uns diesen Kindern und Jugendlichen zuwenden, die vom Sport enttäuscht und frustriert sind.“ Das seien nämlich im Prinzip auch die Problemkinder, die nachher mit Haltungsschäden und gesundheitlichen Beeinträchtigungen auffielen.

**Leonhard Kuckart** (CDU) erwähnte zwei weitere Zielrichtungen des Antrages. Zum ersten sei die fachgerechte Erteilung des Sportunterrichts in allen Schulförmen in dem gesetzlich geregelten Umfang von drei Wochenstunden zu gewährleisten. Die zweite Forderung laute, eine Erhöhung der Anzahl der Sportstunden sei unbedingt anzustreben. Der Abgeordnete brach auch eine Lanze für den Mannschaftssport. Die CDU halte den Mannschaftssport für pädagogisch dringend notwendig. Dort werde soziales Verhalten eingeübt. Dort gebe es Teamgeist, das gemeinsame Ziel, Fair play.

**Uwe Herder** (SPD) begrüßte den Antrag der CDU, der auch eine andere sprachliche Qualität habe, als es normalerweise bei einer Opposition der Fall sei.

**Kultusminister Hans Schwier** (SPD) vermerkte, die Opposition schließe sich seiner immer wieder in diesem Hause dargelegten Auffassung an, daß der Schulsport — nicht zuletzt wegen seines Beitrages zur Gesundheitserziehung — einen wesentlichen, ja un-

ersetzlichen Beitrag zur Bildung und Erziehung in der Schule leiste. Die Opposition bestätige ferner die bereits in den seit 1980 geltenden Richtlinien und Lehrplänen für den Schulsport enthaltenen Vorgaben für eine stärkere pädagogische Ausrichtung des Schulsports. Der Minister wertete darüber hinaus den CDU-Antrag als Bestätigung der schulsportlichen Aktivitäten der Landesregierung.

### Beitragspraxis

Die Beitragspraxis des Ruhrverbandes sei rechtlich nicht zu beanstanden. Ihre Vereinbarkeit mit dem Verfassungsrecht und dem einfachen Gesetzesrecht sei auch durch das Verwaltungsgericht Arnsberg in einem Urteil vom April 1993 rechtskräftig bestätigt worden. Darauf verweist das Umweltministerium in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage der CDU-Abgeordneten Karl Knipschild und Günter Langen.

### Oberschlesien...

Fortsetzung von Seite 7

ges in eine Partnerschaft mit Oberschlesien umzuwandeln. Die Region Oberschlesien sei durch Verwaltungsgrenzen auf mehrere Wojewodschaften aufgeteilt, so daß auf polnischer Seite kein Partner zur Verfügung stehe, der die gesamte Region präsentieren könnte. Die polnische Seite würde es im Sinne einer vertrauensvollen Zusammenarbeit auch kaum verstehen und hinnehmen können, wenn das Land NRW seine Zusammenarbeit ausschließlich auf die Siedlungsgebiete der deutschen Minderheit in Oberschlesien ausrichtete.

# Innenausschuß-Anhörung zum CDU-Antrag Bürgerwehr gegen Kriminalität

## Polizeigewerkschaft lehnt Amateurschutz ab

Klaus Steffenhagen (Gewerkschaft der Polizei NRW) lehnte freiwillige Sicherheitswachen grundsätzlich ab. Sie erhöhten nur scheinbar die innere Sicherheit, schürten Emotionen und seien für alle Beteiligten gefährlich. Die Anhebung aller Schutzpolizeibereiche in den gehobenen Dienst zeige die Bedeutung der Aufgaben, die man nicht einer Laienspielschar überlassen könne. Die Polizei müsse verstärkt und von Aufgaben entlastet werden, die auch von anderen wahrgenommen werden könnten.

### Gegen Laienspieler

Harald Thiemann (Deutsche Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund, DPG) bestätigte sowohl objektive Gefahren für die innere Sicherheit als auch Verluste des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bürger. Dennoch lehnte die DPG eine Freiwilligen-Polizei ab. Der Polizeialltag stelle höchste Anforderungen, die eine mehrjährige Ausbildung erforderten: komplizierte Rechtsmaterien, Technik- und Waffenkunde, Selbstverteidigung, hohe Fähigkeiten zur Kommunikation und Konfliktbewältigung. Dem Berufsbild professioneller Kompetenz werde ein Bärendienst erwiesen. Statt dessen solle der Objektschutz neu organisiert werden, durch den Tausende hochqualifizierte Beamte dauernd unterwertig beschäftigt seien. Dadurch könne ein Teil des Personalmehrbedarfs gedeckt werden.

### Privater Sicherungsdienst

Senator Michael Kniesel (Inneres und Sport Bremen) bejahte den Wert von Hilfspolizisten, die ähnlich wie der Außendienst des Bezirksbeamten eingesetzt werden könnten. Prävention sei sehr wichtig, da Strafverfolgung und Strafvollzug an Grenzen angelangt seien. Die eingeübte konfliktmindernde Arbeit der Polizei sei kein Feierabendjob. Zur Entlastung der Berufspolizei könnten Bereiche privatisiert und ein Teil des Innendienstes von Angestellten übernommen werden. Bei Großveranstaltungen könnten die Verursacher stärker herangezogen werden. Die Aufnahme von Verkehrsunfällen sei der Job der Versicherungen.

### Parkwächter

Dr. Alfred Stümper (Polizeipräsident a.D. Baden-Württemberg) berichtete von positiven Erfahrungen mit dem Freiwilligen Polizeidienst (FPD), der uniformiert und bewaffnet die Polizei unterstütze. Bei friedlichen Großereignissen wie Demonstrationen oder zur Verkehrsregelung an verkaufsoffenen Samstagen erspare der FPD den Einsatz „teurer“ aktiver Beamter. Die Freiwilligen seien in der Regel bis 50 Jahre alt, gesund und müßten einen guten Ruf haben. Sie erhielten 6,85 Mark pro Stunde, einen Pflegegeldzuschuß und Fahrkostenersatz. Durchschnittlich seien pro Jahr und Freiwilligen 2600 Mark ausgegeben worden. Dienstfeier und Einsatzfreude würden überwiegen. Unter den 1500 Freiwilligen seien in Baden-Württemberg 1992 37 Frauen gewe-

*In der von Egbert Reinhard (SPD) geleiteten Anhörung des Ausschusses für Innere Verwaltung zum CDU-Antrag „Sicherheit durch Einbindung der Bürger in die Kriminalitätsbekämpfung“ äußerten sich am 27. Januar Experten der Polizei überwiegend negativ zum Vorschlag einer Bürgerwehr zur Unterstützung der Polizei in NRW. Von positiven Erfahrungen mit freiwilligen Polizeireservisten wurde aus Berlin und Bayern berichtet.*

sen. Die Zusammenarbeit sei sehr gut. Mehr polizeiliche Präsenz wirke kriminalitätshemmend.

Staatssekretär Dr. Armin Jäger (Innensenator Berlin) sagte, in Berlin werde nach zeitweise kritischer Beurteilung in der rot-grünen Koalition heute mehr Personal für die 1961 gegründete Freiwillige Polizei-Reserve (FPR) gefordert. Neben Aufgaben des Objektschutzes übernehmen die 2000 Leute Aufgaben im Straßenverkehr, Streifendienst in Parks und Anlagen, auf Friedhöfen, bei öffentlichen Veranstaltungen und im Transport. Für die Ausbildung und den Einsatz seien bisher 21 Stellen erforderlich sowie Entschädigungen und Erstattungen in Höhe von 3,2 Millionen Mark jährlich. Durch Anbindung an die Direktionen sollten Stellen ein-

nach Ostern ein Pilotprojekt „Sicherheitswacht“ in drei Städten an. Dabei würden sich streng ausgewählte Bürger (Durchschnittsalter 38 Jahre) nach 40 Stunden Ausbildung unbewaffnet und mit einem Handfunkgerät ausgerüstet in größeren Wohnsiedlungen, in Parks und Anlagen, an Haltestellen und bei Ausländerunterkünften für mehr Sicherheit engagieren. Allgemein sollte durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit ein Umdenken zu mehr Mitmenschlichkeit und Übernahme von Teilverantwortung in Gang kommen. In Sicherheitsbeiräten sollten Polizei, Bürger und Kommunen zusammenarbeiten. Fritz Schwindt (Düsseldorf) berichtete aus England und USA, wo die ehrenamtliche Beteiligung der Bürger an der Polizeiarbeit seit langem üblich sei. Sie finde als Wohnbe-



Pro und kontra Bürgerwehr als Hilfe für die Polizei bei der Kriminalitätsbekämpfung: der Innenausschuß bei der Expertenanhörung unter Leitung seines Vorsitzenden Egbert Reinhard (SPD), daneben Klaus Stallmann, Heinz Paus, Karin Hussing (alle CDU) und weitere Mitglieder des Ausschusses. Foto: Hertgen

gespart werden. Die FPR würden in zwei Lehrgängen ausgebildet. Schwerpunkte seien das Eingriffsrecht sowie Dienst- und Waffenkunde. 1993 hätten sie rund 47 000 Einsatzstunden geleistet. Das neue Gesetz, das Dr. Jäger den Ausschußmitgliedern zur Kenntnis gab, ermögliche 2737 Streifen mit zusammen 140 565 Einsatzstunden für den mobilen Objektschutz. Schwerpunkte der Überwachung seien Ausländerunterkünfte und Asylbewerberheime. Ein großer Vorteil sei der FPR-Einsatz bei Fußballspielen und Großveranstaltungen.

### Sicherheitsbeiräte

Polizeidirektor Karl-Heinz Spörl (Bayerisches Innenministerium) hielt den Einsatz von Hilfspolizisten für nur beschränkt möglich und wies auf 150 Vorschläge zum Abbau polizeifremder Aufgaben hin. In Bayern laufe

zirkswache, als zivile Teilzeitmitarbeit und als uniformierte Polizei statt. In 43 Polizeibehörden von England gebe es 126 000 professionelle Polizisten und 18 000 ehrenamtliche. Außer einem Diktat und einem Interview gebe es keine besondere Qualifikation. Die „Specials“ seien Polizisten mit allen Rechten und Pflichten, würden auf die Krone vereidigt und erhielten nur einen Verpflegungsgeldzuschuß, Fahrgeld und Schuhzulage. Ihr Einsatz werde als wertvoll beurteilt. Für Deutschland komme das Modell kaum in Frage.

Nach den Fragen der Abgeordneten Heinz Paus (CDU) aus Detmold, Jürgen Jentsch (SPD) aus Gütersloh, Roland Appel (GRÜNE) aus Bonn, Karin Hussing (SPD) aus Herne und Brigitta Heemann (SPD) aus Soest bekräftigten die Sachverständigen ihre Aussagen, die Ausschußvorsitzender Egbert Reinhard bei den weiteren Beratungen zu berücksichtigen versprach.

## Experten zur Reform der Finanzkontrolle: Staatliche Prüfungsämter empfohlen und vor Regierungsnähe eindringlich gewarnt

Zum Thema „Effizienz und Unabhängigkeit der Finanzkontrolle“ hörte der Ausschuß für Haushaltskontrolle unter Leitung von Walter Neuhaus (CDU) am 25. Januar den Vizepräsidenten des Bundesrechnungshofs, die Präsidenten der Landesrechnungshöfe von Bayern und NRW sowie den Vorstandsvorsitzenden des Bundes der Steuerzahler.

Ein wachsendes Interesse an Sparsamkeit bei öffentlichen Ausgaben und weniger Schulden hätten, berichtete Ausschußvorsitzender Walter Neuhaus (CDU) einleitend, bereits 1992 die Fraktionen der CDU und der F.D.P. zu Reformgesetzen veranlaßt, die jedoch keine Mehrheiten gefunden hätten. Auf der Grundlage eines externen Gutachtens zur Neuordnung der Vorprüfung liege jetzt ein Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 11/6167) vor, ferner ein Änderungsgesetzentwurf der SPD-Fraktion (Drs. 11/6029) zur inneren Organisation des Landesrechnungshofs (LRH). Bei der ersten Lesung war dieser von allen drei Oppositionsfraktionen kritisiert worden (vgl. „Landtag intern“ Nr. 16/1993).

Vizepräsident Ernst Heuer (Bundesrechnungshof) stellte vor seine Empfehlungen zu einzelnen Vorschriften die Bemerkung, von modernen Rechnungshöfen werde auch Politikberatung erwartet. Rechnungsprüfungsämter seien besser, schlagkräftiger und personell ergiebiger als Vorprüfungsstellen. In den neuen Bundesländern seien durchweg Ämter eingerichtet worden. Leider habe der Bund diesen Schritt nicht getan. Kleine Kollegien seien sinnvoll. Eine Erweiterung

könne zweckmäßig sein und in der Geschäftsordnung geregelt werden. Nur bei wirklich unausräumbaren Meinungsverschiedenheiten und über herausgehobene Berichte solle das Große Kollegium entscheiden. Dabei sollten alle Abteilungen vertreten sein. Jedoch solle das Gremium nicht mehr als sieben Mitglieder haben.

Dr. Walter Spaeth (Präsident des Bayerischen Obersten Rechnungshofs) hatte in gedruckter Zuschrift dem NRW-Ausschuß die sechs Rechnungsprüfungsämter im Freistaat bereits vorgestellt und hielt die Neuordnung, die in Bayern bereits 1952 durchgeführt wurde, für kostensparend, effizienter und durchschaubar. Es habe keine Stellenausweitung gegeben, die erheblichen Ausweitungen der Verwaltung späterer Jahre hätten die Rechnungsprüfer nicht mitgemacht, obwohl sich die Prüfungsaufgaben bedeutend ausgeweitet hätten. Das Personal werde durch Ausschreibungen und freiwillige Bewerbungen gewonnen. Ressortübergreifender Erfahrungsaustausch erhöhe die Qualität der Prüfungen. Die Ämter unterstützen ausschließlich dem Rechnungshof, so daß Ergebnisse weniger beeinflusst werden könnten.

Zum SPD-Entwurf äußerte Dr. Spaeth, die Unabhängigkeit des LRH werde nicht gestärkt, wenn er als eine Art parlamentarischer Hilfsdienst in Entscheidungen eingebunden würde. Das wäre ein Zurück gegenüber dem bundesweiten Standard. Mitglieder des LRH sollten außer der Befähigung für den höheren Dienst auch über Verwaltungserfahrung und juristischen Sachverstand verfügen. Mindestens die Hälfte sollte zum Richteramt befähigt sein. Ein Verdacht solle gar nicht erst aufkommen, daß die Innenausstattung geändert werden solle. Bei Beschlüssen von besonderer Bedeutung komme nur durch die Gesamtheit aller Kollegialmitglieder das Optimum an Ausgewogenheit und profilierter Aussage zustande. Der Umfang von 17 Mitgliedern in Bayern, die in 1993 13mal zusammengekommen seien, stehe einem effizienten Geschäftsgang nicht entgegen, sondern fördere den Sachverstand.

Professor Eberhard Munzert (Präsident Landesrechnungshof NRW) hielt die Neuorganisation für notwendig, ein völlig überarbeitetes Gesetz jedoch nicht. Die Entscheidung über besondere Angelegenheiten durch alle Mitglieder, wie in allen anderen 15 Ländern, verbreitere die Basis. Die Unabhängigkeit der Finanzkontrolle habe Verfassungsrang. Die Arbeit und das Verhalten der LRH-Mitglieder dürften nicht „auf die sonst in der Verwaltung zulässige Art“ beeinflusst werden. Die innere Organisation falle in die Autonomie des LRH. Die Bezeichnung „Senat“ drücke seit 45 Jahren die Nähe zu Richterämtern aus. Die „Leitung“ einer „Abteilung“ widerspreche dagegen dem kollegialen Prinzip des Ersten unter Gleichen. Rechtlich bedenklich seien die im SPD-Entwurf vorgesehene unterschiedliche Besetzung des Großen Kollegiums.

Dr. Karl Heinz Däke (Vorsitzender des Bundes der Steuerzahler) äußerte verfassungsrechtliche Bedenken noch deutlicher: Es sei zu befürchten, daß das Große Kollegium wohl nach Parteienproporz besetzt letztlich eine Filterfunktion hätte, all das nicht an die Öffentlichkeit dringen zu lassen, was der Landesregierung und der sie tragenden Landtagsmehrheit nicht genehm sei. Der Entwurf erwecke den Verdacht einer Strafaktion für die Kritik am Gleichstellungsministerium oder eines Maulkorbs. Eine Pflicht zur Unterstützung der Landesregierung sei von der Verfassung nicht gedeckt und sei mit der Funktion einer unabhängigen Prüfungsinstanz nicht vereinbar. Abgeschwächt gelte das auch für den Landtag. Insgesamt leide der Entwurf an schweren Mängeln. Eine neue Hierarchie würde Abläufe erschweren. Einer Änderung bedürfe es nicht. Die Neuorganisation in Staatlichen Prüfungsämtern werde vom Bund der Steuerzahler ausdrücklich begrüßt.

Auf Nachfragen der Abgeordneten Walter Grevener (SPD), Helmut Diegel (CDU), Reinhold Trinius (SPD), Peter Bensmann (CDU), Dr. Horst-Ludwig Riemer (F.D.P.) und Dr. Manfred Busch (GRÜNE) zu verschiedenen Einzelheiten verdeutlichte BRH-Vize Heuer, die „Unterstützung“ des Parlaments durch den LRH sei ein Fortschritt für die deutsche Finanzkontrolle, aber die Exekutive störe dabei wirklich. Politisch relevante Entscheidungen könnten der Geschäftsordnung überlassen werden, diese sei geschmeidiger als ein Gesetz. Für eine Steigerung der Effizienz bringe der Einsatz von Sachverständigen und Projektgruppen viel.



Wer entscheidet über „Angelegenheiten von besonderer Bedeutung“? Zu dieser und weiteren Fragen hörte der Ausschuß für Haushaltskontrolle hochrangige Experten aus Bund und Ländern, v.r.: Vorsitzender Walter Neuhaus (CDU), gegenüber die Abgeordneten Franz-Josef Britz, Helmut Diegel (beide CDU), Dr. Horst-Ludwig Riemer (F.D.P.), Dr. Manfred Busch (GRÜNE) mit Fraktionsreferenten, in der Mitte v.r. Ernst Heuer (Vizepräsident Bundesrechnungshof), Dr. Walter Spaeth (Präsident LRH Bayern), Professor Eberhard Munzert (Präsident LRH NRW), Dr. Karl Heinz Däke (Bund der Steuerzahler).

Foto: Hertgen

## Baumann erläuterte im Hauptausschuß den Verfassungsschutzbericht

# Nach den Anschlägen von Solingen stieg Zahl der fremdenfeindlichen Straftaten extrem an

Das Landeskriminalamt hat im ersten Halbjahr 1993 in Nordrhein-Westfalen 1448 fremdenfeindliche Straftaten registriert, während es im zweiten Halbjahr nur noch 876 waren. Mit der deutlichen Verringerung der Delikte ist auch ein Rückgang der Gewalttaten von 302 im ersten auf 185 im zweiten Halbjahr des vergangenen Jahres einhergegangen. Das teilte der Leiter der Abteilung Verfassungsschutz im nordrhein-westfälischen Innenministerium, Dr. Fritz-Achim Baumann, im Hauptausschuß des Landtags unter Leitung seines Vorsitzenden Reinhard Grätz (SPD) mit.

Nach einer Aufstellung des Verfassungsschutzes stieg die Kurve der fremdenfeindlichen Straftaten einschließlich gewalttätiger Anschläge nach den Morden von Solingen im Juni 1993 mit 668 Delikten extrem an. Baumann erläuterte zur Begründung, die Berichterstattung in den Medien habe „ganz sicher“ zu Nachahmungstaten geführt. Nachdem die Berichterstattung über die Vorfälle in Solingen nachgelassen habe, hätten auch die gegen Ausländer gerichteten Straftaten abgenommen. Trotz des Rückgangs in der zweiten Jahreshälfte liege die Gesamtzahl der fremdenfeindlichen Straftaten in Nordrhein-Westfalen im Jahr 1993 mit 2324 deutlich über den 1774 Delikten gegen Ausländer des Jahres 1992.

Im Bereich des organisierten Neonazismus habe sich im zweiten Halbjahr 1993 der staatliche Druck, insbesondere durch das drohende Verbot der FAP und die vielen Verbote von Versammlungen nach dem Aufmarsch von Fulda, verstärkt. Baumann schloß indes nicht aus, daß mit Gewalttaten aus der Szene der Skinheads jederzeit zu rechnen sei. Innerhalb des gesamten rechts-extremistischen Lagers würden Vernetzungsbestrebungen durch die Verwendung moderner Kommunikationsmittel gefördert. Die Neonazis verfügten zwar über keine zentrale Kommandostruktur, bildeten jedoch zunehmend Aktionsgemeinschaften für gemeinsame Veranstaltungen, wie zum Beispiel bei dem vereitelten Aufmarsch von Halbe am Volkstrauertag. Sie benutzten Mailboxen und Info-Telefone und bei laufenden Aktionen Funktelefone sowie Decknamen. „Eine neue politische Qualität ergibt sich hieraus nicht, denn es bleibt bei der traditionellen Zersplitterung der Szene“, sagte der oberste Verfassungsschützer des Landes.

Er führte weiter aus, Wahlerfolge seien den Neonazis versagt geblieben. Baumann sah jedoch in der Akzeptanz der Bevölkerung eine Gefahr für den demokratischen Grundkonsens. Zu Wahlabsprachen wird es unter den Rechten nach seiner Ansicht nicht kommen. So hätten die Republikaner bisher jedes Kooperationsangebot abgelehnt, da sie die Fünf-Prozent-Hürde aus eigener Kraft überspringen wollten. Nicht zuletzt spielten die finanziellen Interessen an der zu erwartenden Wahlkampfkostenerstattung eine große Rolle.



Berichteten im Hauptausschuß: v.l. der Leiter des Verfassungsschutzes, Dr. Fritz-Achim Baumann, sowie Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe. Fotos: Herten



Zum Linksterrorismus führte Baumann aus, er sei in der zweiten Jahreshälfte von drei Entwicklungen geprägt gewesen: von der Diskussion über eine Rücknahme der Eskalation nach der Festnahmeaktion von Bad Kleinen, von dem Bruch zwischen den Inhaftierten und der RAF und von der Entstehung einer neuen linksterroristischen Vereinigung. Das RAF-Umfeld habe sich bisher bemüht, eine Polarisierung zu vermeiden. Allerdings scheine sich eine Guerilla zu bilden. Von einer verschärften Sicherheits- und Gefährdungslage sei auszugehen.

## Spionageabwehr

Zum Ausländerextremismus sagte der Verfassungsschutzchef, die PKK und ihre Anhänger hätten auch nach dem Verbot in der Bundesrepublik ihre Aktivitäten fortgesetzt. Außerdem seien inzwischen konkrete Hinweise angefallen, wonach Mitglieder verbotener Vereine, wie erwartet, im Begriff seien, neue Vereine unter Aufnahme neuer Mitglieder zu bilden. Zur Spionageabwehr teilte er mit, hinsichtlich der Nachrichtendienste der ehemaligen Sowjetunion gebe es erneut Informationen, denen zufolge das erklärte und vorrangige Ziel sowohl der neugegründeten als auch der lediglich modifizierten alten Nachrichtendienste die Wirtschaftsspionage sei.

Zu Beginn der Aussprache stellte der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Lothar Hegemann fest, die große Anzahl von Taten, Beobachtungen und Trends zeige, daß der Verfassungsschutz nötiger sei denn je. Er sprach sich dafür aus, daß verstärkt V-Leute in Organisationen wie die PKK eingeschleust würden. Er nannte es einen

Skandal, daß deren Attentate in Deutschland stattfänden.

Die Fraktionssprecherin der GRÜNEN, Bärbel Höhn, beklagte, daß der Verfassungsschutz „so geringe Erkenntnisse über rechtsradikale Organisationen“ habe. Da sich Frau Höhn auf Solingen bezog, antwortete Baumann, für den Verfassungsschutz gelte der Grundsatz, sich nicht in laufende Ermittlungen und Strafverfahren einzuschalten. Interessiert zeigte sich der Parlamentarische Geschäftsführer der F.D.P., Hagen Tschoeltsch, an der Frage, ob Mitglieder verbotener Organisationen, z.B. der PKK, sich neu organisieren. Baumann bejahte dies. Ein Organisationsverbot löse Organisationen auf, aber nicht Menschen und Ideen. Auf die Frage des SPD-Abgeordneten und Kölner Oberbürgermeisters Norbert Burger, ob es Erkenntnisse über das Zusammengehen von Rechtsradikalen bei der Kommunalwahl in Köln gebe, antwortete Baumann, für Köln rechne man mit einer Beteiligung der „Deutschen Liga“. Bestrebungen, sich zu einigen, hätten noch keinen Erfolg gehabt.

Im weiteren Verlauf der Hauptausschußsitzung berichtete Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe über besondere Veranstaltungen des Landtags im vergangenen und laufenden Haushaltsjahr. In zwei Jahren seien die Mittel dafür um 40 Prozent zurückgeführt worden. Damit habe der Landtag einen Beitrag zur Sparsamkeit geleistet. Nach ihren Worten soll 1994 nur eine begrenzte Anzahl von Veranstaltungen wegen der eingeschränkten Finanzmittel sowie Wahlen durchgeführt werden. Frau Friebe nannte u.a. das Kinderparlament, das Sommerfest, Ausstellungen sowie die Gestaltung des Volkstrauertages.

Abschließend beriet der Hauptausschuß in einem weiteren Durchgang die Novellierung der Geschäftsordnung des Landesparlaments.

## Bottrop-Filmpark im Wirtschaftsausschuß

### Fernsehszenen sollen Besucher anlocken

In der von der CDU beantragten Aktuellen Viertelstunde im Wirtschaftsausschuß zum Thema *Bavaria Filmpark Bottrop* verteidigte Minister Einert am 26. Januar den Einsatz von Landesmitteln in der Förderregion mit dem Hinweis auf 900 Arbeitsplätze durch die von den neuen Besitzern geplanten Investitionen in einen „Szenenpark“.

In den nächsten zwei Jahren, erläuterte der Minister, wolle die neue Investorengruppe 362 Millionen Mark in den Filmpark investieren. Ein Teil der über 900 Arbeitsplätze seien auf Dauer und Vollzeit angelegt, andere als Teilzeit- und Saisonarbeitsplätze. Die Förderung erfolge nach den Richtlinien. Im Rahmen des Projekts sollten lange geplante Verkehrswegeanschlüsse vollzogen werden. Nach zweijährigem Umbau werde der „Szenenpark“ eine Neuheit darstellen. Negative Auswirkungen auf andere Freizeitparks seien nicht zu erwarten, wohl aber Impulse für den Emscher-Lippe-Raum.

★  
Das Thema Filmpark Bottrop war am 2. Februar auch Gegenstand der Fragestunde im Plenum. Brigitte Schumann (GRÜNE): „Was treibt die Landesregierung an, sich in Millionenhöhe für das Projekt zu engagieren?“ Wirtschaftsminister Einert räumte ein, mit dem Engagement auch die sieben Millionen-Mark-Förderung an den Vorbesitzer vor dem Verlust retten und zu einem positiven Ergebnis bringen zu wollen. Verkehrsminister Franz-Josef Kniola, von Abgeordneten der CDU auf das Gleichbehandlungsangebot angesprochen, sagte Hilfe bei Verkehrsproblemen durch Freizeitparks in anderen Kommunen zu.

Ber machte kein Hehl aus seinen Befürchtungen, bei den Steuereinnahmen könne es zu weiteren Einbrüchen kommen, auch durch Ausfälle aufgrund von steigender Arbeitslosigkeit. Eine weitere Unsicherheit seien Einnahmeverluste bei der Zinsabschlagsteuer, die bisher mit 1,136 Milliarden Mark weniger als die Hälfte der erwarteten Einnahmen erbracht habe. Auf die Frage des Ausschußvorsitzenden Leo Dautzenberg (CDU), ob das Haushaltsgebot in den Ressorts mitursächlich für die neue Haushaltssperre gewesen sei, antwortete Schleußer, die Ausgaben der Ressorts in den letzten zwei Monaten des Jahres 1993 werde er sich genau ansehen und prüfen, ob alle Ausnahmetatbestände erfüllt gewesen seien. Bis zum Mai sollten alle Ressorts wissen, daß sie vielleicht nur mit 90 Prozent ihrer Etatmittel zu rechnen hätten.

Hartmut Schauerte (CDU) bestärkte den Minister in der Vorsicht bei den Ausgaben, hielt aber die Gründe für nicht neu, sondern schon bei den Haushaltsberatungen des Landtags im Dezember für erkennbar und vorhersehbar. Durch die Lücke zwischen der Haushaltssperre zum Jahresende 1993 und im Januar 1994 habe es eine Bugwelle von Beförderungen gegeben, die kostensteigernd erledigt worden sei. Bei Gewerbe- und Körperschaftsteuer sei angesichts der schlechten Konjunktur möglicherweise auch noch mit größeren Rückzahlungen zu rechnen.

Reinhold Trinius (SPD) sagte, mit seiner Skepsis bezüglich der Konjunkturentwicklung sei der Minister gut beraten gewesen. Bei den Prognosen des Sachverständigenrats komme es zu unterschiedlichen Ergebnissen je nachdem, ob auf die konjunkturellen Rahmenbedingungen oder auf die Auslastung von Kapazitäten abgestellt werde. Rudolf Wickel (F.D.P.) wies auf die Haushaltsnot der Städte und Gemeinden hin, deren Wirtschaftspläne einige Wochen nach der Genehmigung bereits wieder zur Makulatur würden. Dr. Manfred Busch (GRÜNE) sorgte sich um die Verlässlichkeit der Zuschüsse für die Stellenbewirtschaftung der Wohlfahrtsverbände.

## Verkehrsausschuß für Planungssicherheit

### Gegen Stellenabbau der Landschaftsverbände wegen „Durststrecke“ bei Bundesfernstraßen

Im Verkehrsausschuß haben sich am 27. Januar die Fraktionen der SPD und der CDU für die Weiterführung der Planungsarbeiten für Bundesfernstraßen bei den Landschaftsverbänden ausgesprochen. Die F.D.P. nahm nicht an der Abstimmung teil, die Grünen-Vertreterin stimmte gegen den Antrag.

Ausgelöst wurde der Beschluß durch Absichtserklärungen der Landschaftsverbände, im Bereich der Straßenbauverwaltung Stellen massiv abzubauen, obwohl die Zuschüsse zu den Planungskosten aus dem Landeshaushalt 1994 trotz der Kürzungen des Bundes im Bundesfernstraßenbau nicht verringert worden sind. Die Fraktionen der SPD und der CDU im Verkehrsausschuß forderten die Landesregierung auf, die Planungsarbeiten im notwendigen Umfang weiterführen zu lassen. Damit solle sichergestellt werden, daß der Straßenbau fortgesetzt werden kann, wenn Mittel aus dem Länderausgleich durch Rückgabe aus anderen Bundesländern zugewiesen würden und wenn die

„Durststrecke“ von fünf Jahren beendet sei, die der Bund für den Fernstraßenbau vorgesehen habe.

Bereits in der Ausschußsitzung am 13. Januar hatte Karl Böse (SPD) davor gewarnt, daß Maßnahmen wie vor einigen Jahren im Bereich des Landschaftsverbands Rheinland nicht realisiert werden könnten, weil das Baurecht fehle. Heinz Hardt (CDU) hielt es im Interesse des Landes für geboten, daß die ab dem Jahr 2000 anstehenden Projekte planungs- und baureif seien, damit das Land dann die erhöhten Mittel abrufen könne. Auch Verkehrsminister Franz-Josef Kniola hatte einen Stellenabbau für völlig verkehrt gehalten.

## Wachsamer Opposition befragte Finanzminister

### Neue Haushaltssperre wegen Mindereinnahmen

In einer Sondersitzung des Haushalts- und Finanzausschusses erläuterte Finanzminister Heinz Schleußer den Abgeordneten die Gründe für die Haushalts- und Beförderungssperre bis zum 31. Mai 1994, die das Kabinett am 25. Januar überraschend verhängt hatte. Unerwartete Steuermindereinnahmen zum Ende des Jahres 1993 hätten, vor allem im Hinblick auf Aufträge und Arbeitsverträge, sofortiges Handeln erfordert.

Um 63 Millionen Mark niedriger als veranschlagt seien die Steuereinnahmen 1993, teilte Minister Heinz Schleußer zu Beginn der von der CDU beantragten Sitzung mit, die zunächst mit Überziehungen der Ausgaben um rund 500 Millionen Mark in den ersten zehn Monaten des Jahres 1993 begründet worden war. Hierzu sagte Schleußer, die um insgesamt 714 Millionen Mark gegenüber der Veranschlagung höheren Ausgaben seien vor allem auf zusätzliche Erstattungen an die Gemeinden für Bürgerkriegsflüchtlinge, Sozialhilfe an Asylbewerber und Übergangsheime zurückzuführen, ferner auf 65 Millionen Mark mehr für die Unterhaltsvor-

schußkasse und 17 Millionen Mark mehr für die Ersatzschuldfinanzierung.

Ausnahmen bei der Besetzungs- und Ausgaben-sperre vom November 1993 habe es für Qualifizierung und Ausbildung sowie für das REN-Programm mit seiner ausdrücklichen Billigung gegeben. Das Erwirtschaften der globalen Minderausgabe in der Rekordhöhe von 1,3 Milliarden Mark sei „Knochenarbeit“ gewesen.

Rein vorsorglich und um handlungsfähig zu bleiben, auch im Hinblick auf möglicherweise weitere Einnahme-Einbußen, habe das Kabinett am 25. Januar die vorläufige Haushaltssperre erlassen. Minister Schleu-



Über die Gründe für die neue Haushaltssperre bis zum 31. Mai ließen sich die Haushaltspolitiker in einer zusätzlich auf Antrag der CDU einberufenen Ausschußsitzung vom Minister eingehend unterrichten, 2. v. l. Hartmut Schauerte (CDU), r. Ausschußvorsitzender Leo Dautzenberg (CDU) neben NRW-Finanzminister Heinz Schleußer. Foto: Hertgen

*Mit einem Bericht des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft (MURL) über die zu erwartenden Auswirkungen des Gesetzes zur Änderung des Landschaftsgesetzes auf den Sport (Drs. 11/6196) setzte der Sportausschuß unter Vorsitz von Hans Rohe (SPD) seine Arbeit nach der parlamentarischen Weihnachtspause fort.*

Leitender Ministerialrat Bauer (MURL) stellte auf der Grundlage des sich in der parlamentarischen Beratung befindenden Gesetzentwurfs der Landesregierung die den Sport im wesentlichen tangierenden Veränderungen vor.

- Bei Eingriffen in die Landschaft durch Bau von Sport- und Spielplätzen ist keine Sonderregelung vorgesehen. Wie bei allen anderen Anlagen wird ein Ausgleich über die Bebauungspläne vorgenommen.
- Die Zusammensetzung der Landschafts-Beiräte soll von 15 um einen Vertreter des Sports auf 16 erhöht werden. Hier werden Probleme gesehen.
- Stadt-/Kreis sportbünde sollen künftig bei der Aufstellung der Landschaftspläne und der Landschaftsschutz-VO beteiligt werden.
- Das Wegegebot für Radfahrer und Reiter wird auf Schutzgebiete der freien Landschaft ausgedehnt.
- Um zusammenhängende Flächen für die gemeinsame Nutzung durch Wanderer und Reiter zu erreichen, soll das Reiten künftig auf bestimmten breiten Wanderwegen erlaubt sein. In diesem Zusammenhang wird die Kennzeichnungspflicht für Pferde verstärkt und „bußgeldfähig“ gemacht.
- Die Reitabgabe soll direkt an die Untere Landschaftsbehörde abgeführt werden.
- Bestimmungen zu geschützten Biotopen werden aus den bundesrechtlichen Bestimmungen in das Landschaftsgesetz übernommen.
- Die Ausübung von Kanu- und Klettersport soll verboten werden, falls eine Beeinträchtigung von Biotopen oder der Schutz von Felsenbrütern und Horstvögeln zu erwarten ist. Nist-, Wohn- und Zufluchtstätten der Tiere werden zusätzlich geschützt.

Der Sportausschuß kam nach kurzer Aussprache überein, das Thema nach Vorlage des Ergebnisses einer öffentlichen Anhörung des Umweltausschusses weiterzubearbeiten.

## Bau von Golfplätzen

Bei der erneuten Behandlung des Antrags der CDU-Fraktion Entwicklung des Breitensports zum Nulltarif? — SPD-Landesregierung entzieht sich ihrer Verantwortung (Drs. 11/3856) zeichnete sich eine Annäherung der unterschiedlichen sportpolitischen Standpunkte ab. Der Vorsitzende faßte die Meinungsbildung dahingehend zusammen, daß nach dem aktuellen Beratungsstand keine gravierenden Abweichungen zwischen dem Antrag der CDU-Fraktion und den jeweiligen Entschließungsanträgen der SPD-Fraktion und der Fraktion der F.D.P. bestünden. Mithin sei ein unüberwindliches Hindernis für einen gemeinsamen Antrag nicht erkennbar. Die Fraktionen griffen diese Anregung auf, um die Beratungen in diesem

# Wegegebot für Radfahrer und Reiter wird auf Schutzgebiete in freier Landschaft ausgedehnt

Sinne in der nächsten Sitzung des Sportausschusses abzuschließen.

Den Schwerpunkt der Beratungen bildete der Bericht des Golfverbandes Nordrhein-Westfalen e.V. zu dem vom Deutschen Golfverband aufgestellten Orientierungsrahmen für den Bau von Golfplätzen.

Wie der Präsident des Golfverbandes NRW, Rolf Grolman, erläuterte, steige die Zahl der Golfer ständig und mache die Erhöhung der Anzahl der Golfplätze erforderlich. Wachsende Bereitschaft bei den Gemeinden zur Genehmigung sei vorhanden. Lediglich die unterschiedlichen Orientierungsrichtlinien der Regierungspräsidenten würden eine einheitliche Beurteilung verhindern. Aufgrund der restriktiven Genehmigungspraxis in Nordrhein-Westfalen habe der Deutsche Golfverband deshalb einen Orientierungsrahmen erarbeitet, der allen Investoren und Behörden eine Arbeitsunterlage an die Hand gebe, aus der die Vorgaben zu ersehen seien, die für den Bau von Golfplätzen beachtet werden müßten. Sie sollen dazu beitragen, die Vorgaben in den bestehenden Richtlinien bzw. Orientierungsrahmen zu überdenken und zu überarbeiten.

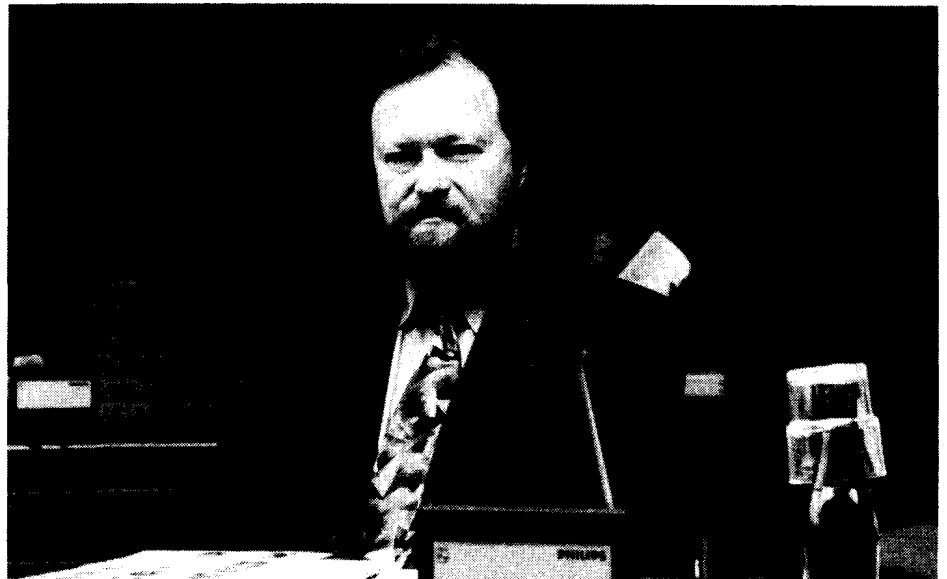
Im Verlauf der Aussprache begrüßte der Sportausschuß die Arbeit des Golfverbandes, die die Eckdaten als Entscheidungshilfe für Genehmigungsverfahren fest-

schreibe. Jedoch seien noch eine Reihe von Fragen zu klären.

Georg Adamowitsch (MURL) hob hervor, Landesregierung und Golfverband seien sich darin einig, was Landschaftsbild und Landschaftsökologie anbelange, wenn gleich unterschiedliche Beurteilungen in einigen Dingen gegeben seien. Die Landesregierung unterstütze ausdrücklich den Golf-sport in Nordrhein-Westfalen. Der Deutsche Golfverband und der Golfverband NW wurden zu Gesprächen in das Umweltministerium mit dem Ziel eingeladen, gemeinsam Orientierungshilfen für öffentlich-rechtliche Planungsträger zu erarbeiten und dem Sportausschuß das abgestimmte Ergebnis noch vor der parlamentarischen Osterpause vorzulegen.

## Flüchtlinge

Rund 22000 Flüchtlinge aus dem Kosovo in Exil-Jugoslawien leben derzeit in Nordrhein-Westfalen. Bei 4600 von ihnen ist der Asylantrag rechtskräftig abgelehnt worden. Zwölf Kosovo-Albaner sind seit dem 23. September 1993 — auch nach Makedonien — abgeschoben worden. Darauf verweist das Innenministerium in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage des Grüne-Abgeordneten Roland Appel (Drs. 11/6633).



**Die Beauftragung** der Gesellschaft für Arbeitsplatz- und Umweltanalytik mbH (GfA) in Münster zur Messung von Dioxinwerten im Bereich der Sinterbänder der Hoesch-Westfalenhütte in Dortmund ist im Spätherbst 1992 sehr schnell erfolgt. Der Geschäftsführende Gesellschafter und Leiter der Abteilung Emissionsmeßtechnik der GfA, Dr. Werner Funcke (Bild), berichtete am 28. Januar vor dem II. Parlamentarischen Untersuchungsausschuß unter der Leitung von Maria-Theresia Opladen (CDU), am 22. September 1992 habe er erstmalig von dem Projekt erfahren, daß Messungen der Emissionen von Dioxin bei Hoesch durchgeführt werden sollten, am 1. Oktober seien die Meßstellen bei einem Ortstermin besichtigt worden. Eine Woche später habe man mit den Messungen begonnen. Der schriftliche Auftrag sei durch das Umweltministerium (MURL) über die Landesanstalt für Immissionsschutz in Essen erfolgt. Funcke bejahte die Frage, daß eine Weitergabe der ermittelten Meßdaten an Dritte vertraglich ausgeschlossen gewesen sei. Die Informationen, die man an der Anlage gewonnen habe, seien auch dem Betreiber nicht weitergegeben worden. Die Messungen von Dioxin an einer Sinteranlage seien für die GfA neu gewesen. Die Ergebnisse seien am 10. Dezember 1992 an die Essener Landesanstalt übersandt worden. Die Kosten des Gesamtauftrages von drei Meßprogrammen bezifferte Funcke mit rund 274 000 Mark. Auf Nachfrage bestätigte er, daß die Meßwerte unerwartet hoch gewesen seien. Man habe mit einer Zehnerpotenz weniger gerechnet. Das Ergebnis habe die GfA zur Bewertung bei der Landesanstalt in allerbesten Händen gesehen. Funcke verneinte entschieden, Daten an das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt in Dortmund weitergegeben zu haben. Nach Funcke wurde dessen GfA-Kollege Dr. Christian Philipp, Projektleiter der Dioxin-Messungen am Sinterband 4 der Westfalenhütte, einvernommen.

Foto: Schüler

## Verwaltungsreformausschuß beendete Bestandsaufnahme und setzte Projektgruppe ein

### Gewerkschaften für Teamarbeit, Leistungsanreize, Erfahrungsaustausch

*Der Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform hat am 26. Januar die erste Phase seiner Arbeit im wesentlichen abgeschlossen. Sie diente der Bestandsaufnahme und Situationsanalyse. In der jetzt beginnenden zweiten Phase wird es darauf ankommen, das angefallene Material auszuwerten, politisch zu bewerten und Schlüsse daraus zu ziehen. Hierbei wird der Ausschuß durch eine in der letzten Sitzung ins Leben gerufene Projektgruppe unterstützt.*

Ihr gehören LMR Hans Hermann Bucker (Landesrechnungshof), LMR Gerhard Vogt (Landesrechnungshof), Prof. Dr. Klaus Dreyhaupt (Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NW), ORR Wolfgang Fröhlecke und ORR Rolf Kemmper (Assistent des Ausschusses für Verwaltungsstrukturreform) als ständige Mitglieder an. Nach Bedarf können weitere externe Fachleute hinzugezogen werden. Die Projektgruppe wird zunächst ein inhaltlich und zeitlich strukturiertes Arbeitsprogramm entwickeln. Mit der Projektgruppe hat sich der Ausschuß ein Instrument geschaffen, das es ihm erlaubt, zielgerichtet und auf der Basis profunder externer Beratung zu ersten (Zwischen-)Ergebnissen und Empfehlungen zu kommen. Dies soll bis Herbst 1994 der Fall sein.

Neben der Einsetzung der Projektgruppe konnte der Ausschuß sein umfangreiches Anhörungsprogramm vorläufig abschließen. Nach den Vertretern unterschiedlicher Verwaltungsebenen, renommierten Unternehmensberatern, der Verwaltungswissenschaft sowie den „Verwaltungskunden“ hatte der Ausschuß jetzt auch Gelegenheit, mit den Gewerkschaften zu diskutieren. Der Einladung waren für die ÖTV Herr Swiderski, für die DAG Frau Klein und für den DBB die Herren Ritter und Reinertz sowie von der Komba-Gesellschaft Herr Eisenhöfer gefolgt.

Die Notwendigkeit zur Verwaltungsstrukturreform leitete Herr Swiderski (ÖTV) aus vier krisenhaften Entwicklungen ab. Er diagnostizierte eine Finanzkrise, eine Funktionskrise, eine Akzeptanzkrise und eine Personalkrise. Zur „Finanzkrise“ verwies er insbesondere auf dramatisch steigende Zinsbelastungen sowohl im Landeshaushalt als auch in den Kommunalhaushalten. Diese Entwicklung verschärfe sich noch durch die wachsende Zahl der Ruheständler. Unter dem Stichwort „Funktionskrise“ identifizierte die ÖTV eine abnehmende Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit des Staates. Die Verwaltung reagiere auf komplexer werdende gesellschaftliche Verhältnisse mit ständig fortschreitender Verrechtlichung und wachsender Bürokratisierung. Dies habe zu immer steileren Hierarchien und zentralistischen Entscheidungsstrukturen geführt. Aus Sicht der ÖTV seien deshalb Landesregierung und die Landespolitik dazu aufgefordert, die ca. 420 Landesgesetze umgehend zu entrümpeln.

Schwere Defizite in der Führungskultur und riesige Probleme im Personalmanagement diagnostizierte die ÖTV unter dem Stichwort „Personalkrise“. Fast 80 Prozent der Vorgesetzten werde von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die fachliche und menschliche Qualifikation abgesprochen, Führungsaufgaben zu übernehmen.

Zur Bewältigung der Krisen erwarte die ÖTV einen Umbau der Landesbehörden für den Zeitraum 1995 bis 1998. Leitlinien sollten mehr Bürgernähe und Bürgerbeteiligung, mitarbeiterfreundliche Umgangsweisen in

den Behörden und ein effizientes Zeit- und Kostenmanagement sein. Der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechniken müsse verbessert werden.

Nach Einschätzung von Frau Klein (DAG) ist die derzeitige Organisations- und Personalstruktur des öffentlichen Dienstes nicht geeignet, die Erfordernisse einer modernen Leistungsverwaltung angemessen zu erfüllen. Bei der Verwaltungsstrukturreform sei zu beachten, daß die Ausgestaltung des Leistungsangebots nicht in das freie Ermessen der Verwaltung gestellt sei. Vielmehr verpflichte das Sozialstaatsgebot des Artikel 20 GG Bund, Länder und Gemeinden soziale Gerechtigkeit zu garantieren. Es sei auch davon auszugehen, daß der Bedarf nach staatlichen Dienstleistungen und damit auch nach ausreichenden und qualifiziertem Personal in den Bereichen Umweltschutz, Gesundheit, Soziales, Bildung und Freizeit in den nächsten Jahrzehnten eher noch wachsen werde. Durch eine Aufgabenkritik müsse politisch entschieden werden, welche Aufgaben weiterhin von der öffentlichen Verwaltung durchgeführt werden könnten und welche Aufgaben zukünftig wegfallen oder von Dritten wahrgenommen werden sollten. Die vordergründige Optimierung von Arbeitsabläufen auf dem jetzigen Niveau unzureichender Personalausstattung könne nicht die Lösung sein. Aus der Sicht der Beschäftigten wurde von der DAG angemerkt, daß Teamarbeit, Delegation von Aufgaben und Verantwortung, leistungsorientierte Bezahlung und Abbau von Leistungshemmnissen im Tarif- und Besoldungsbereich, das Einbeziehen der Erfahrungen der Beschäftigten in die Planungen der Arbeiterledigung wichtige Elemente seien. Besitzstandswahrung, Arbeitsplatzsicherung und Beteiligung der Personalvertretungen durch frühzeitige Information müßten sichergestellt sein.

### Mehr Bürgernähe

Ähnlich wie die beiden anderen Organisationen wies auch der DBB darauf hin, daß Aufgabenkritik der erste Schritt in einer Kette von Politikentscheidungen sei. Die Reihenfolge dürfe nicht verändert werden, weil sonst mit immer geringeren Personalausstattungsstandards der gleiche Aufgabenbestand weiter gefahren werde. Eine solche Verfahrensweise destabilisiere den öffentlichen Dienst und führe zu einer Minderung der Effektivität der Verwaltung. Privatisierungen seien im Einzelfall jedoch dann möglich, wenn weder der Steuerzahler noch der betroffene Bürger mit höheren Kosten belastet werde, die Grundversorgung der Bevölkerung auch ohne Einschalten der öffentlichen Hand auf Dauer gewährleistet sei und ein wirklicher Wettbewerb mit mehreren Anbietern stattfinde. Die Kontrolle der auf Private übertragenen Aufgaben durch die Par-

lamente in Bund, Ländern und Gemeinden müsse sichergestellt bleiben.

Auf Nachfrage von Abgeordneten Paus (CDU), wie aus Sicht der Mitarbeiter der Stand der Einführung von neuen Informations- und Kommunikationstechnologien bewertet werde, wiesen alle drei Organisationen übereinstimmend darauf hin, daß der derzeitige Ausstattungsstand und das Einführungstempo unzureichend seien. Insbesondere die jüngeren Angehörigen drängten massiv auf die Einführung. Herr Swiderski (ÖTV) wies darauf hin, daß nach allen Erfahrungen wegen des Aus- und Fortbildungsbedarfs der Personalbestand zunächst um 10 bis 15 Prozent ansteigen würde. Dies veranlaßte Frau Dr. Grüber (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zu der Frage, ob der Aus- und Fortbildungsbedarf insgesamt aus Sicht der Gewerkschaften konkretisiert werden könne. Die Frage wurde dahingehend beantwortet, daß eine kontinuierliche Fortbildung auf allen Ebenen erforderlich sei und man nach Erfahrungen in der Privatwirtschaft mit ca. 3 Prozent der Personalausgaben rechnen müsse. Das vorgesehene Mittelvolumen sei jedoch bedeutend geringer. Der Abgeordnete Pflug (SPD) fragte nach der Bewertung neuer Steuerungsmodelle und bat um eine Einschätzung, ob unter dem Gesichtspunkt „größere Bürgernähe und Kundenorientierung“ die Zusammenfassung von Dienstleistungen (Meldewesen, Wohngeld etc.) unabhängig von der Kompetenzverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen in einer Art von Service-Stationen denkbar sei. Generell zeigten sich die Gewerkschaften gegenüber der Einführung neuer Steuerungsmodelle aufgeschlossen. Wesentlicher Bestandteil neuer Steuerungsmodelle sei ein verbessertes Berichts- und Kontrollsystem, vor allem auch eine verbesserte Kostenkontrolle. Es sei dann eine politische Entscheidung, ob diese Kosten auch unter Berücksichtigung des Sozialstaatsgebots im Preis an den Bürger weitergegeben würden.

Der Abgeordnete Lindlar (CDU) bat um eine ergänzende Stellungnahme dazu, ob für die Gewerkschaften ein Verwaltungsstrukturreformgesetz akzeptabel sei, bei dem durch verbesserte Arbeitsstrukturen und Arbeitsmöglichkeiten ein mittelfristiger Personalabbau realisiert werde. Die Gewerkschaften haben hierauf übereinstimmend die Auffassung vertreten, daß ein solches Vorgehen für sie ohne eine vorhergehende aufgabenkritische Überprüfung des Aufgabenbestandes der öffentlichen Verwaltung nicht akzeptabel sei.

Auf die Frage des Abgeordneten Dr. Rohde (F.D.P.), wie die Gewerkschaften eine Flexibilisierung des Haushaltsrechts und die Nutzung betriebswirtschaftlicher Instrumentarien beurteilen würden, antworteten die Vertreter von ÖTV, DAG und DBB, daß sie eine solche Entwicklung für erforderlich hielten und daher begrüßen würden.

Insgesamt ist deutlich geworden, daß auch die Gewerkschaften mit hohen Erwartungen auf die weitere Arbeit des Verwaltungsstrukturreformausschusses blicken, der nun, nach den Worten des Ausschußvorsitzenden Ulrich Schmidt (SPD), in die zweite Arbeitsphase der Auswertung und anschließenden politischen Bewertung eintritt.

# Beheizte Container und kältesichere Schlafsäcke können Obdachlose vor dem Erfrieren bewahren

*Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge befaßte sich in seiner Sitzung am 19. Januar unter der Leitung des Vorsitzenden Bodo Champignon (SPD) u.a. mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Kältetod von Obdachlosen verhindern — öffentliche Gebäude öffnen“.*

Der Ausschuß hatte in seiner Sitzung am 1. Dezember 1993 die Empfehlung des Ältestenrates abgelehnt, die von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragte und vom Ältestenrat abgelehnte Aktuelle Stunde zum Thema „Kältetod von Obdachlosen verhindern — öffentliche Gebäude öffnen“ in einer öffentlichen Sitzung des Ausschusses vor einer der drei Plenartage am 8., 9. oder 10. Dezember 1993 durchzuführen.

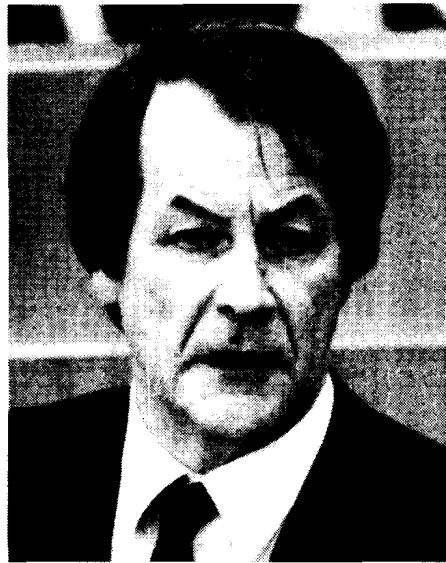
Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge hatte aber die Landesregierung gebeten, auf die kommunalen Spitzenverbände und die Wohlfahrtsverbände Einfluß zu nehmen, damit in den Kommunen die notwendigen Hilfen zur Verfügung gestellt würden.

Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Franz Müntefering (SPD), führte in der Sitzung am 19. Januar zunächst aus, daß die schockierenden Todesfälle durch Erfrieren während der Kälteperiode das Problem Obdachlosigkeit drastisch unterstrichen hätten. Es müsse verhindert werden, daß Obdachlose in Todesgefahr gerieten. Nach Auskunft der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe in Bielefeld seien in der letzten Kälteperiode (Stand: 22. November 1993) in der gesamten Bundesrepublik zehn Obdachlose umgekommen. In Nordrhein-Westfalen seien vier Todesfälle zu beklagen. Oft kämen diese Menschen um, obwohl sie wüßten, wo Übernachtungsmöglichkeiten für sie bestünden. Sie zögen trotz der Kälte die Straße vor, da häufig die angebotenen Einrichtungen aufgrund von Überbelegungen sehr eng seien und sie Angst vor Diebstahl und körperlicher Gewalt hätten. Aber auch diese Obdachlosen müßten geschützt werden. Es müßten für sie kurzfristige Unterbringungsmöglichkeiten eröffnet werden, die sie akzeptierten. Hier sei ein engagiertes und flexibles Handeln vor Ort gefragt.

Der Minister nannte einige Beispiele: In der Stadt Bielefeld wurden frühzeitig Wohnwagen in kleinen Gruppen (rund acht bis zehn) dezentral in den verschiedenen Stadtgebieten aufgestellt, die gut aufgenommen wurden.

In der Stadt Köln wurden in Zusammenarbeit mit Selbsthilfegruppen zusätzliche Schlafstellen in Tiefgaragen und in einem Bauwagen für diejenigen zur Verfügung gestellt, die die üblichen Notübernachtungseinrichtungen nicht nutzen wollten. Daneben wurden in den bestehenden Unterkünften 100 Notbetten zusätzlich aufgestellt. Zwecks Vermittlung entsprechender Übernachtungsmöglichkeiten wurde ein rund um die Uhr besetzter Telefondienst eingerichtet.

Denkbar ist darüber hinaus nach den Angaben des Ministers aber auch die Aufstellung beheizter Container oder, im äußersten Notfall — wenn die Wohnungslosen die bestehenden Angebote nicht wahrnehmen wollen



Hilfsangebote für Obdachlose: Sozialminister Franz Müntefering (SPD).

—, die Verteilung kältesicherer Schlafsäcke. Gleichzeitig ist auch eine Öffnung von Gemeindehäusern der Kirchen, von Universitäten, Geländen der Bundesbahn oder der U-Bahnhöfe sinnvoll. Vor allem engagierte Organisationen und Institutionen und die Kommunen sind gefragt, ihr Gewicht in die Waagschale zu werfen, um zu erreichen, daß Bahnhöfe der Bundesbahn, öffentliche Haltestellen von U-Bahnen oder Universitäten geöffnet werden.

## Spezifische Lebensweisen

Nach den Erkenntnissen des Ministers sind sich die Kommunen dieser Verpflichtung auch bewußt und bieten entsprechende Unterstützung an. Gleichzeitig sollte aber auch die Tatsache, daß Obdachlose die bestehenden Übernachtungsmöglichkeiten nicht annehmen, zum Ausgangspunkt für Überlegungen genommen werden, wie Notunterkünfte beschaffen sein müssen, damit Obdachlose mit ihren spezifischen Lebensweisen sie auch annehmen, hieß es.

Die Landesregierung hat sich an die kommunalen Spitzenverbände mit der Bitte gewandt, alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, und alle erdenklichen Räume als provisorische Notunterkünfte für Obdachlose zur Verfügung zu stellen, damit zukünftig in Kälteperioden Opfer verhindert werden.

Wie der Deutsche Städtetag dem Minister mitteilte, sind Notunterkünfte in den Kommunen jedoch in so großer Zahl vorhanden, daß niemand wegen des Fehlens eines solchen Platzes im Freien übernachten muß. Ein Problem allerdings ist, daß Obdachlose diese Übernachtungsmöglichkeiten nicht immer in Anspruch nehmen. Vielfach sind Obdachlose, die unter Alkoholeinfluß stehen, nicht mehr in der Lage, ein Notquartier aufzusuchen. Den Sozialverwaltungen wie auch den Wohlfahrtsverbänden ist es jedoch nicht möglich, nachts Straßen, Parks und von Obdachlosen selbst gesuchte Unter-

schlupfe nach hilfebedürftigen Obdachlosen abzusuchen.

Für die in allen Städten bekannte Gruppe von Obdachlosen, die nicht bereit ist, normale Übernachtungsangebote zu nutzen, hat sich in einigen Städten gezeigt, daß besonders niederschwellige Angebote eher angenommen werden — also Angebote, die vom Anforderungsniveau her den Betroffenen den Zugang zum Hilfesystem erleichtern.

Münsterfering betonte indessen, daß es sich um absolute Notlösungen gegen die Kälte handle und nicht um längerfristige Lösungsversuche zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit. Diese müßten auf anderen Ebenen ansetzen.

In der anschließenden Aussprache erklärte Abgeordneter Wilhelm Krömer (CDU), er sei dem Minister dankbar, daß er unterstrichen habe, die Kommunen seien sehr wohl bemüht, Angebote für Obdachlose vorzuhalten. In Minden beispielsweise gebe es eine große Nichtseßhafteneinrichtung mit Unterkunftsmöglichkeiten für Obdachlose. Dennoch habe der Obdachlose, der in Minden erfroren sei, nicht den Weg dorthin gefunden. Das in den Obdachlosenunterkünften geltende Alkoholverbot diene dem Frieden in den Häusern, sei für Obdachlose aber oft eine Hemmschwelle, diese Unterkünfte aufzusuchen.

Abgeordneter Daniel Kreutz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) wies noch darauf hin, daß die Zusammensetzung der Gruppe der Wohnungslosen sich in den letzten Jahren dramatisch verändert habe. Diejenigen, von denen man sagen könne, sie wählten diesen Lebensstil, seien deutlich in die Minderheit geraten. Deshalb könne man heute dem Problem mit den traditionellen Handlungs- und Angebotsmustern nicht mehr gerecht werden. Gerade für Frauen gebe es ein großes Defizit an Notschlafstellen. Die Fachwelt sei sich einig, daß ein sehr schneller Ausbau der spezifischen Angebote für Frauen dringend notwendig sei.

Abgeordneter Wolfram Kuschke (SPD) erklärte, nach Meinung seiner Fraktion bedürfe es einer gründlichen Analyse der Ursachen für die zunehmende Obdachlosigkeit. Er gehe davon aus, daß es auch in diesem Bereich sehr stark darauf ankomme, im Rahmen präventiver Sozialpolitik tätig zu werden, wobei insbesondere die Wohnungspolitik gefordert sei. Die Kernfrage sei, inwieweit es in den Städten und Gemeinden in Gesprächen mit Wohnungsbaugesellschaften gelinge, Obdachlosigkeit zu verhindern. Abgeordneter Heinz Lanfermann (F.D.P.) erklärte, bei der Obdachlosigkeit habe man es mit einem politischen Phänomen zu tun. Es gebe keine Gesetzeslücke, die zu schließen sei, um Obdachlosigkeit zu verhindern, sondern das Problem liege in der praktischen Umsetzung. Jede Gemeinde müsse dafür sorgen, daß auf ihrem Gebiet wenigstens die grundlegenden Angebote vorgehalten würden, bei deren Annahme durch Obdachlose gewährleistet sei, daß sie nicht erfrieren. Dazu gehöre auch die Zurverfügungstellung von Wohnraum. Allerdings müsse auch berücksichtigt werden, daß keinerlei staatliche Maßnahme greifen könne, wenn nicht der Wille zum Mitmachen bei den Betroffenen vorhanden sei.

Fortsetzung Seite 27

## In Jagd und Fischerei sollen ökologische Belange stärker berücksichtigt werden

### Jäger können bei Störungen künftig die Polizei rufen

Die Gesetze zur Änderung von Landesjagdgesetz (Drs. 11/6197) und Landesfischereigesetz (Drs. 11/6198) — beide Entwürfe von der Landesregierung vorgelegt — waren Gegenstand der weiteren Erörterungen im Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz. Unter dem Vorsitz von Heinrich Kruse (CDU) erhielten am 17. Januar Sachverständige Gelegenheit zur Stellungnahme. — Wir setzen damit die Berichterstattung über die Anhörung fort.

Der Landesjagdverband Nordrhein-Westfalen sei mit den vorgesehenen Änderungen grundsätzlich einverstanden, erklärte Heinz Ferdinand Boeckmann. So lege sein Verband besonderen Wert auf die Feststellung, daß das in Paragraph 20 Absatz 1 vorgesehene Einvernehmen mit der Oberen Jagdbehörde eine Grundvoraussetzung für die angemessene Berücksichtigung der berechtigten Belange der Jagd in Naturschutzgebieten darstelle. Nur so ließen sich landeseinheitliche Regelungen herstellen. Begrüßt werde ferner, daß künftig die Behinderung der Jagdausübung als Ordnungswidrigkeit zu ahnden sei; nach den zum Teil erheblichen absichtlich herbeigeführten Behinderungen und Störungen in der abgelauenen Jagdsaison sei die vorgesehene Regelung dringend erforderlich. So könne künftig die Polizei an Ort und Stelle eingreifen, betonte Boeckmann und fügte unter anderem als Änderungswunsch an, auf die geplante Finanzierung der Oberen Jagdbehörde durch die Jagdabgabe zu verzichten: Dies sei nicht statthaft, da mit den Grundlagen der Erhebung von Abgaben nicht vereinbar. Für den Waldbauernverband verlangte Phi-

lipp Prinz zu Salm, die Wildbestände müßten auf das Maß geführt werden, das für den Wald verträglich ist. Diesem Gesetzeswillen stimme man zu, Widerspruch melde man aber gegen die Bestimmung an, wonach für den Jagdausübungsberechtigten eine Verpflichtung eingeführt werden soll, ökologische Verhältnisse zu ermitteln: Dieser Begriff sei zu unbestimmt und könne zu Konflikten mit den Waldbesitzern führen. Es sei abzusehen, daß die Erfassungsergebnisse über die ökologischen Verhältnisse regional oder flächendeckend zusammengeführt würden, damit hätten die Grundstückseigentümer mit einer erneuten Kartierung von Biotopen aus jagdlicher Sicht zu rechnen: „Dabei sind neue Belastungen nicht auszuschießen“, stellte Salm fest und bat, auf Paragraph 50 Absatz 2 zu verzichten.

Zunächst müsse man aus der Sicht des Naturschutzes dem Vorschlag widersprechen, daß die Untere Jagdbehörde Änderungen der Abschußplanung und -festsetzung durchführen könne. Willi Kurt Erdmann von der Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt wandte ein, der Jagdbeirat sei ein reiner Jägerrat und darum nicht so sehr interessiert, ökologische Belange einzubringen; in den staatlichen Forstbereichen sei die Höhere Forstbehörde das geeignete Gremium.

Angeichts wachsender Schäden im Obst- und Gemüseanbau durch Tauben und Elstern verlangte Ludwig Pröbsting vom Provinzialverband Rheinischer Obst- und Gemüsebauern, die Schußzeiten zu verlängern oder wieder einzuführen. Eine andere Möglichkeit sei auch eine „wesentlich bessere Entschädigungsregelung“, da sonst viele Betriebe in ihrer Existenz gefährdet seien.

Für die Kommunalen Spitzenverbände regte Dr. Queitsch an, daß der Waldeigentümer — anders als dies Paragraph 22 Absatz 9 betimme — darauf verzichten könne, vom Jagdausübungsberechtigten den Nachweis zu erhalten, daß der Abschußplan eingehalten worden ist.

Dr. Fritz Bergmann begrüßte als Sprecher des Landesfischereiverbands den vorlie-

genden Entwurf zur Änderung des Landesfischereigesetzes. Mit der Präzisierung der Hegepflicht in Bezug auf Besitzmaßnahmen seien die Fälle genannt, in denen künstlicher Besitz erforderlich und sinnvoll sei. Da sich viele Gewässer noch nicht in einem naturnahen Zustand befänden, „wird man auch zukünftig Jungfische bestimmter Arten in Gewässer einbringen müssen, um einen artenreichen Fischbestand aufzubauen beziehungsweise zu erhalten“. Die eigentliche Änderung im Gesetzentwurf, das Instrument des Hegeplans, werde begrüßt, soweit es der Fließgewässerstrecken dienen solle. „Eine bürokratische Reglementierung und damit deutliche Einschränkung der aus dem Fischereirecht resultierenden Ansprüche ist nicht akzeptabel“, betonte der Sprecher und fügte als weiteren kritischen Punkt die Bestimmung an, wonach das selbständige Fischereirecht erlischt, wenn ein Gewässer sein Bett ändert. Angesichts der steigenden Zahl von Renaturierungen an Fließgewässern sei dann zu befürchten, daß ein bisheriges selbständiges Fischereirecht zerstückelt werde. Damit würden die bislang großräumig zusammenhängenden Fischereirechte in viele Kleinstrechte zerlegt.

### Umstrittener Besitz

Vor der Aufgabe grundsätzlicher Positionen und einer Schwächung des Vertrauensschutzes warnte Dieter Rosskoth von Angler- und Gewässerschutzbund. Zwar werde der Entwurf grundsätzlich begrüßt, wo er geänderte Rechtsansichten aufnehme und klarstelle, andererseits kehre die Gesetzesnovelle die bisherige Entwicklung um: Bislang hätten viele Bürgerinnen und Bürger den Fischereischein erworben, um einen Ausgleich für ihre zum Teil schwere Arbeit zu finden; sie hätten auch ihre Kraft in den ökologischen Ausbau und die Hege und Pflege der Gewässer gesteckt; dies solle nun anders werden: „Nicht mehr einer breiten Zahl Bürgern soll das Angeln ermöglicht werden, sondern nach dem natürlichen Stand der Gewässer soll sich die Zahl der Angler richten.“ Es sollte verständlich sein, daß sich der Verband dagegen wehre, ebenso wie gegen die Bestimmung, Besitz als Ausgleich für die von Anglern entnommenen Fische künftig nicht mehr zuzulassen. Besitz sollte weiterhin möglich sein, wenn er im Benehmen mit dem Fischereiberater erfolgt und wenn bis zur nächsten fischereirechtlichen Nutzung zwei Monate vergehen. Rosskoth hielt das Verbot des Wettfischens für entbehrlich, da sich ein solches Verbot schon aus dem Bundestierschutzgesetz ergebe und sprach sich dagegen aus, allein dem Fischereiverband, der Konkurrenzorganisation des Deutschen Anglerverbandes, ein Vorschlagsrecht für die sechs Mitglieder des Beirats für das Fischereiwesen beim Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft einzuräumen. Sein Fazit: Mit dem vorliegenden Entwurf werde der Zusage des Ministers nicht entsprochen, wonach die vom Gesetz betroffenen Angler und Fischer keine Beeinträchtigung ihrer Belange zu befürchten hätten. Rosskoth: „Dazu ist der vorliegende Entwurf nicht unbedingt geeignet. Helfen Sie als Parlamentarier mit, das Vertrauen der Angler in die Politik wiederherzustellen.“



Elf Damen der Bank of Tokyo Ltd., die sich zu Besuch in Nordrhein-Westfalen aufhielten, haben auch den Landtag besucht und sind von Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (5. v.r.) empfangen worden. Die Japanerinnen wurden von Frau Nakagawa begleitet, der Ehefrau des Geschäftsführers der Bank of Tokyo in Düsseldorf und Präsidenten der japanischen Industrie- und Handelskammer in der Landeshauptstadt (3. v.r.). Foto: Hertgen

## Kulturausschuß informiert sich über Lage des Films in Nordrhein-Westfalen

### Filmförderung entwickelt sich immer mehr zur Querschnittsaufgabe

*Im kommenden Jahr werden Film und Kino 100 Jahre alt. Was 1895 eher bescheiden und technisch unzulänglich mit den ersten öffentlichen Filmvorführungen der Gebrüder Skladanowsky in Berlin und Lumière in Paris begann, hat sich ästhetisch zur Kunst und mit seinen Hervorbringungen zum Gedächtnis des 20. Jahrhunderts entwickelt; der russische Revolutionär Lenin sprach sogar von „der wichtigsten aller Künste“. Für den Kulturausschuß des Landtags war das Anlaß genug, sich unter Leitung von Hildegard Matthäus (CDU) im seit einem halben Jahr eröffneten Düsseldorfer Filmmuseum zu versammeln, um „den Film in Nordrhein-Westfalen in seinem gesamten Spektrum“ — so die offizielle Tagesordnung — zu erörtern.*

Zuerst informierten sich die Ausschußmitglieder über das mit knapp elf Millionen Mark errichtete (davon die Hälfte Zuschuß des Landes) erste und einzige Filmmuseum in Nordrhein-Westfalen. Museumsleiter Hartmut Redottée und der Leiter des Filminstituts der Landeshauptstadt, Klaus Jaeger, führten die Sehenswürdigkeiten und Reliquien der Sammlung vor, zum Beispiel das Originalkostüm von Gerd Fröbe als Räuber Hotzenplotz oder eine Fahne aus Wolfgang Staudtes „Untertan“. Schattenspielfiguren aller Kulturkreise, ein funktionsfähiges Filmstudio, erste Filmkameras und -projektoren, Geschichte des Films und seiner Stars, aber auch Themenkreise wie „Film und Geld“ fesselten das Interesse der Landtagsabgeordneten.

Die widmeten sich, nachdem sie sich von den Exponaten losgerissen hatten, in einer Aktuellen Viertelstunde auf Antrag von Professor Dr. Renate Möhrmann (CDU) dem Thema Film und Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT). KM-Staatssekretär Friedrich Besch meinte dazu, es sei vorerst den Europäern gelungen, den gesamten audio-visuellen Bereich aus diesem Abkommen herauszuhalten, obwohl die Vereinigten Staaten ein starkes Interesse an einer Einbeziehung hätten. Daher sei im Moment kein Handlungsbedarf gegeben — eine Feststellung, die im Ausschuß Widerspruch fand, wo Möhrmann, Wolfram Dorn (F.D.P.) und Ernst Walsken (SPD) mit Nachdruck darauf hinwiesen, daß europäischer Film und Fernsehen allenfalls eine Atempause gewonnen hätten bis zum nächsten Versuch, den amerikanischen Produktionen noch stärker den europäischen Markt zu öffnen.

In seinem anschließenden Bericht zum Film in NRW verwies der Staatssekretär darauf, daß die erfolgreiche Sammlungstätigkeit und Präsentationspraxis des Filmmuseums französische und japanische Experten veranlaßt habe, die Konzeption des Museums auf ihre Übertragbarkeit für Paris und Tokio zu überprüfen. Dies und andere Ereignisse, etwa die Vorstellung des restaurierten Filmklassikers „Panzerkreuzer Potemkin“ in Paris, zeige, daß NRW auf gutem Wege sei,



Kein Problem, von einer Ausschußvorsitzenden wie Hildegard Matthäus (Bild) alles bis auf den Kopf verschwinden zu lassen: Die Technik des „Bluescreen“ im Düsseldorfer Filmmuseum macht's möglich. Assistent bei diesem Verwandlungstrick: Horst Sommerfeld (SPD, Mitte).

sich zu einem Medienstandort ersten Ranges zu entwickeln.

Der Staatssekretär nannte einige neue Etappen auf diesem Weg. So sei die Bestandsaufnahme des im Lande bei Kommunen, Landschaftsverbänden und Wirtschaftsbetrieben vorhandenen Filmmaterials ein gutes Stück vorangekommen. Das Düsseldorfer Filmarchiv, das auch den Landesbesitz beherbergt, werde in einem Bunker im Düsseldorfer Stadtteil Wersten unterkommen. Und schließlich seien Drehbücher und Unterlagen von Michael Lentz sowie die Filme der Oase-Film-Produktion Essen angekauft worden. Besch ging dann noch auf den Streifen „Beruf: Neonazi“ ein und stellte dabei fest, daß die Förderung dieses Films durch vier Bundesländer (NRW war nicht darunter) die Frage nach einer Änderung der Förderungsrichtlinien aufwerfe. Das Land sei der Auffassung, daß dieser Film nicht ohne kritische Begleitung gezeigt werden dürfe. Dabei müsse man den Eindruck von Überreaktion und Zensur vermeiden.

Dieter Bopp von der Staatskanzlei des Landes machte auf den Umstand aufmerksam, daß Filmförderung immer stärker ressortübergreifend stattfinde. Es handle sich inzwischen um eine Querschnittsaufgabe, die Bereiche der Kultur-, Rundfunk-, Wirtschafts- und Bildungspolitik umfasse. Die Filmstiftung NRW, zu der sich das Land und der Westdeutsche Rundfunk zusammengefunden haben, sei ein gutes Beispiel für den Zusammenhang zwischen Kultur- und Wirtschaftspolitik: „Ohne filmkulturelle Förderung fehlen der Filmwirtschaft die kreativen Ressourcen, von denen sie lebt.“

Diese Entwicklung habe folgerichtig zu einer geänderten „Förderphilosophie“ geführt. So stehe nicht mehr vor allem die Produktionsförderung im Vordergrund, sondern auch die gesamten vor- und nachgeordneten Bereiche wie Produktionsvorbereitung, Marketing, Vertrieb. Weil das Interesse zunehme, statt reaktiv zu sein initiativ zu werden, verstehe sich die Filmstiftung nicht als Verwaltungsstelle, die über Förderungsanträge befinde, sondern als privatrechtliche Einrichtung, die umfassende Dienstleistungs- und Consultingangebote unterbreite. Die Erfolge

dieser Arbeit würden sich eher langfristig bemerkbar machen, meinte Bopp.

Was die Entscheidung zwischen Kirchhellen, wo im ehemaligen Bavaria-Filmpark der amerikanische Konzern Warner Bros. und die Familie Nixdorf investieren wollen, und dem ehemaligen NATO-Flugplatz Wildenrath angehe, für den eine Nutzung gesucht werde, so habe die Landesregierung ein Gutachten in Auftrag gegeben, das untersuchen solle, ob Wildenrath profitabel betrieben werden kann. Dessen Vorlage werde Anfang März erwartet, dann werde die Regierung sich entscheiden. Bopp: „In Wildenrath gibt es jedenfalls keine Investitionsruine.“

Das Schlußwort bei dieser Sitzung des Kulturausschusses hatte Frank Hübner, der als Prokurist der Filmstiftung die Bilanz der bisherigen Arbeit zog (Gründung 1991). Die Stiftung finanziere die Drehbuch- und Projektentwicklung vor, wobei entweder Autor oder Produzent den Wohnsitz in NRW haben müssen. Bis Ende 1993 seien 92 Projekte mit 80 Millionen Mark gefördert worden, wobei Hübner mit Genugtuung und unter Nennung von Filmen wie „Manta, der Film“ und „Schtunk“ anfügte: „Unsere Filme kann man im Kino und im Fernsehen anschauen.“ Der Filmstiftung würden pro Jahr etwa 1000 Anträge vorgelegt, sie könne sich vor Anträgen aus anderen Ländern „nicht mehr retten“.

Es sei eines der wichtigsten Ziele, mit der Förderung Wirtschaftseffekte für NRW zu erreichen, so sollte mindestens das 1,5fache der Förderungssumme in NRW ausgegeben werden. Diese Quote erhöhe sich bei einzelnen Filmen auf bis zu 180 Prozent, betonte Hübner und nannte die Idealverteilung bei der Förderung: 30 Prozent für Vorbereitung, 50 für Produktion und 30 Prozent für Vertrieb, Verleih, Abspielen. Die Produzenten müßten über Eigenmittel verfügen, eine Rückzahlung der Fördermittel sei nicht erstrebenswert, da sonst das Bemühen um Erfolg darunter leide: Gewinn des Films verbleibe beim Produzenten, er muß ihn aber in einen neuen Film in NRW einbringen. So werde eine Produzentenbindung an das Land geschaffen — ein Modell, an dem sich zunehmend die fördernden Stellen in anderen Bundesländern orientierten.

## Landtagspräsidentin Friebe empfängt Lillehammers Oberbürgermeister Olympische Flamme ins Parlament getragen



Lillehammers Oberbürgermeister Audun Tron (2. v.l. mit Amtskette) hat die olympische Flamme an Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (r.) übergeben, die die Fackel an den SPD-Abgeordneten und Sportpolitiker Uwe Herder (M.) weiterreichte.

Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe zeigte sich sichtlich bewegt. Sie freute sich, weil es kein alltäglicher Vorgang sei, daß eine olympische Flamme in ein Parlament getragen werde, stellte sie am Mittwoch, 26. Januar, vor zahlreichen Gästen in der Eingangshalle des Landtags fest. Auf dem Weg von Griechenland nach Norwegen hatte die olympische Flamme im nordrhein-westfälischen Landesparlament Station gemacht. Aus den Händen des Oberbürgermeisters der Stadt Lillehammer, Audun Tron, nahm Frau Friebe die Fackel mit dem Feuer entgegen, während die olympischen Fanfaren erklangen. Tron betonte in einer kurzen Ansprache, der Besuch im Landtag solle dem Wunsch Ausdruck geben, das Verständnis für den olympischen Gedanken zu stärken. Seine Heimatstadt richtet ab 12. Februar die XVII. Olympischen Winterspiele aus.

Bei ihrer Begrüßung sagte die Landtagspräsidentin, vielleicht habe die olympische Flamme die Kraft, auch hier, im politischen Wettstreit der Parteien, das friedliche Miteinander zu fördern. Im bevorstehenden Wahlkampf wäre das kein schlechter Einfluß. Besonderen Grund zur Freude empfand Ingeborg Friebe darüber, daß die Übergabe im Landtag geschehe. „Nordrhein-Westfalen ist ein Sportland. Die Sportstätten beweisen es, die von ihrer Zahl, Art und Ausstattung her den Gedanken an Olympische Sommerspiele in unserer Region durchaus zulassen.“ Die großen und kleinen Kommunen in NRW, aber auch das Land hätten Jahrzehnte erhebliche finanzielle Mittel bereitgestellt, um diese Stadien, Arenen, Regattastrecken, Sporthallen usw. zu schaffen. Sie würden von Millionen sporttreibender Bürgerinnen und Bürgern genutzt. Zahlreiche Vereine trü-

gen dazu bei, den Sport in unserem Land zu einem Aushängeschild der Region zu machen.

Die Präsidentin fuhr fort, beim Auftakt in Winterberg und dem Fackellauf durch Dortmund, Herne, Duisburg und Düsseldorf sei zu spüren gewesen, mit welcher Freude die Menschen diesen „Hauch von Olympia“ wahrgenommen und begrüßt hätten, „der unser Land nur am Rande streift und dennoch Begeisterung auszulösen vermag“.

Frau Friebe merkte indessen kritisch an, die Olympischen Spiele seien ins Zwielicht geraten. Kaum ein Bereich der Gesellschaft sei so wie der Sport in zunehmen-

dem Maße für Politik, für Konsum und für persönliche Vorteile mißbraucht worden, gerade auch im Rahmen von Olympiaden. Es habe Olympiaboykott gegen den Willen der Aktiven, es habe den Ausschluß von Ländern gegeben. Es gebe die kritische Diskussion darüber, ob Olympische Spiele heute noch dem Ursprungsgedanken entsprechen müßten und könnten, wonach eine Athletin, ein Athlet allein dem Sport zu dienen hätten und von daher dem Amateurstatus oberste Priorität einzuräumen sei, oder ob Olympia ohne Kommerz, ohne Sponsoren, ohne Werbeverträge nicht mehr denkbar, ja nicht mehr machbar sei. Die Präsidentin stellte Worte Georg von Opels aus den 60er Jahren in den Mittelpunkt der olympischen Idee, wonach der unersetzliche Wert der Olympischen Spiele u.a. darin liege, daß sich Menschen aller Rassen, Völker und Stände vereinen könnten.

Die Landtagspräsidentin vertrat ferner die Auffassung, daß Norwegen in diesem Jahr Austragungsland der Olympischen Winterspiele sei, bedeute vielleicht eine Hoffnung und eine Chance. Eine Rückkehr zu mehr Geruhsamkeit, mehr Natürlichkeit, mehr Einfachheit in ganz positivem Sinne würde der olympischen Idee guttun, die oftmals unterzugehen drohe in allzu pompösen Eröffnungs- und Schlußfeiern, die verschüttet zu werden drohe in einem allzu aufwendigen Drum und Dran.

An ihren „Kollegen Oberbürgermeister“ gerichtet, wünschte Landtagspräsidentin Friebe, die auch Bürgermeisterin von Monheim ist, Norwegen und der Stadt Lillehammer fröhliche Olympiatage, „und daß die Menschen in aller Welt, die die Möglichkeit haben, die Spiele am Fernsehen zu verfolgen, ihr Land und ihre Stadt und ihre Sportler schätzen lernen“.

Den Festakt beendete die Darbietung einer norwegischen Folkloregruppe. e. h.



Akrobatische Einlage eines Tänzers der norwegischen Folkloregruppe.

Am 12. Februar 1994 ist es endlich soweit. Nach nur zweijähriger „olympischer Abstinenz“ werden die von der Sportwelt und den Medien mit Spannung erwarteten XVII. Olympischen Winterspiele in Lillehammer eröffnet. Norwegen ist damit zum zweiten Mal seit 1924 Gastgeberland dieses internationalen Wintersportereignisses, das erstmalig in der Geschichte der „fünf Ringe“ nicht mehr im traditionellen Olympiajahr und gemeinsam mit den Sommerspielen, sondern um zwei Jahre zeitlich versetzt im Vier-Jahres-Rhythmus stattfindet. Dadurch fallen die Winterspiele jeweils in das Jahr der Fußballweltmeisterschaften, und es werden ab 1994 alle zwei Jahre Olympische Spiele ausgetragen.

Die Gründe für diesen Traditionsbruch aus dem Jahre 1986 sind umstritten: das Internationale Olympische Komitee (IOC) erhoffte sich durch die Änderung des zeitlichen Turnus eine mediale Entzerrung seiner urheberrechtlich geschützten Großereignisse und damit eine „Aufwertung“ und

ungeteilte öffentliche Aufmerksamkeit zugunsten der bisher weniger populären Olympischen Winterspiele. Kritiker dagegen interpretieren das IOC-Votum als intelligente Vermarktungsstrategie und eindeutigen „Kniefall vor dem Kommerz“.

Um ein Haar wäre auch das olympische Feuer, das alle vier Jahre an der Stätte seiner angeblich „klassischen“ Geburt entzündet und per Fackel zum jeweiligen Austragungsort Olympischer Spiele transportiert wird, in den unaufhaltsamen Strudel des marktorientierten Zeitgeistes geraten. Hatte die „heilige“ Flamme Griechenlands die auswärtigen Fackeln bisher „rein“ und „unvermischt“ entzündet, so sollte sie dieses Mal mit einem norwegischen Feuer „jäh“ zusammentreffen und verschmelzen. Ein unglaublicher Akt in der Vorstellung der Griechen, die sich bereits ihres „Feuermopols“ enthoben glaubten. Der Streit zwischen Griechenland und dem Organisationskomitee von Lillehammer war jedoch nur von kurzer Dauer und wurde zugunsten des alten Brauchs beigelegt. So konnte das olympische Feuer am 16. Januar 1994 im heiligen Hain von Olympia mit einem Brennspiegel entzündet werden und seine Reise durch Deutschland und Skandinavien rechtzeitig antreten. Dabei machte es am 26. Januar ebenfalls Station im Landtag von Nordrhein-Westfalen, der anlässlich dieses einmaligen Ereignisses in der Zeit vom 24. Januar bis 4. Februar 1994 in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Sportmuseum Köln e.V., Herrn Peter Bischoff, der RWE-Energie AG, der Ruhrgas AG sowie der Bob- und Rodelbahn Winterberg-Hochsauerland eine Ausstellung zum Thema: „Ein Hauch von Olympia“ veranstaltete.

Im Foyer des Landtags begegneten sich anhand verschiedener Exponate und Illustrationen aus dem Bereich des Sports Vergangenheit und Gegenwart der Olympischen Spiele. Eine Vernissage ungewöhnlicher Art, mit der es jedoch in anschaulicher Weise gelungen sein dürfte, Politikern, Mitarbeitern und Gästen des Landtags historische Momente dieses internationalen Sportfestes nahezubringen und sie für die kulturhistorische und sinnstiftende Dimension des Sports zu sensibilisieren.

#### Die Olympischen Spiele der Antike und der Neuzeit

Die antiken Olympischen Spiele waren ein nationales Kultfest zu Ehren des höchsten griechischen Gottes, Zeus, und wurden vermutlich ab 776 v. Chr. alle vier Jahre in Olympia im Nordwesten der Halbinsel Peloponnes veranstaltet. Sie bestanden aus gymnischen (athletischen) und hippischen (Pferde-) Wettbewerben. Die Olympiasieger erhielten einen Olivenkranz und neben zahlreichen anderen materiellen Vergünstigungen das lebenslange Recht, im Prytaneion (Rathaus) ihrer Heimatstadt zu speisen (Diät).

Das „Fest des Zeus“ galt als magisches Ereignis innerhalb des panhellenischen Sportkalenders und wurde aus ganz Griechenland mit Wettkämpfern und offiziellen Repräsentanten besichtigt. Teilnahmeberechtigt waren jedoch nur freie griechische Männer. Sklaven und Frauen erhielten keine Starterlaubnis, verheirateten Frauen war sogar der Besuch der antiken Wett-

#### „Ein Hauch von Olympia“

### Zur Geschichte antiker und moderner Olympischer Spiele



Ein Originalfackelgriff des Jahres 1936, mit dem das olympische Feuer nach Berlin getragen wurde.

kampfstätte unter Androhung der Todesstrafe untersagt.

Die für die damalige Zeit natürliche und für uns heute ungewöhnliche Nähe von Kult und Sport erklärt den außerordentlichen und unangefochtenen Stellenwert der Agonistik in der antiken Gesellschaft. Letztlich war sie aber auch ausschlaggebend für deren Untergang, der — entgegen häufig propagierter Meinung — nicht durch zunehmenden Professionalismus und wachsende Spezialisierung heraufbeschworen wurde. Entscheidend war vielmehr die Unvereinbarkeit des heidnischen Kultes mit den Werten des sich ausbreitenden Christentums. Deswegen sah sich der römische Kaiser Theodosius I. im Jahre 393 oder 394 n. Chr. veranlaßt, die Olympischen Spiele zu verbieten, nachdem sie über einen Zeitraum von 1168 Jahren insgesamt 293mal abgehalten worden waren. Das antike Olympia, das durch Erdbeben und Plünderungen zerstört und durch Überschwemmungen der angrenzenden Flüsse unter einer meterhohen Sand- und Gesteinsschicht begraben lag, wurde erst im 18. Jahrhundert durch den Engländer Richard Chandler „wiederentdeckt“ und ab 1875 auf Initiative und unter Leitung von Ernst Curtius von den deutschen Archäologen Friedrich Adler, Adolf Furtwängler, Georg Treu, Wilhelm Dörpfeld, Emil Kunze, Hans Schliemann und Alfred Mallwitz ausgegraben. Rechtliche Grundlage für dieses in der Fachwelt weitbeachtete Unternehmen

war der 1874 geschlossene und noch heute bindende Staatsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Griechenland, der den Deutschen das Exklusivrecht für die Ausgrabungen in Olympia und den Griechen den Verbleib sämtlicher Fundstücke im eigenen Land zusicherte. Die Olympischen Spiele wurden schließlich 1894 im Rahmen eines internationalen Kongresses an der Pariser Sorbonne von dem französischen Baron und Philhellenen Pierre de Coubertin „reanimiert“. Sie standen unter der Schirmherrschaft des neugegründeten Internationalen Olympischen Komitees (IOC) und fanden in Erinnerung an ihre antike Tradition erstmals 1896 in Griechenland (Athen) statt. Ihr internationaler Charakter, wechselnder Austragungsort und Zeremoniell kennzeichnen u. a. die moderne olympische Bewegung.

#### Der olympische Fackelstaffellauf

Der Fackelstaffellauf ist ein wesentlicher Bestandteil des Zeremoniells moderner Olympischer Spiele. Er wurde von Carl Diem, dem späteren Gründer und langjährigen Rektor der Deutschen Sporthochschule Köln, konzipiert und anlässlich der XI. Olympiade 1936 in Berlin zum ersten Mal veranstaltet. Die Wegstrecke führte über Griechenland, Bulgarien, das ehemalige Jugoslawien, Ungarn, Österreich und die damalige Tschechoslowakei.

NRW-Chronisten dürfte es interessieren, daß die Fackelhalter zur Beförderung des olympischen Feuers für die Berliner Spiele von der Essener Friedrich Krupp AG gestiftet und aus rostfreiem V2A Nirosta-Stahl gefertigt wurden. Sie waren der Form eines antiken Fackelgriffs nachempfunden, den Carl Diem während einer Reise durch Griechenland auf einem Relief im Museum von Eleusis entdeckt hatte.

Die Fackelläufer von 1936 durften den stählernen „Griff“ jeweils behalten. Jahrzehnte später gelangte jedoch manches dieser Erinnerungssstücke, vor allem aus den ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten, gegen „harte“ Westdevisen zurück nach Nordrhein-Westfalen. Dort findet man sie heute im Bestand des Deutschen Sportmuseums e.V. in Köln, aber auch in einigen kleinen Privatsammlungen.

#### Olympische Symbolik

Olympisches Feuer und olympischer Fackellauf stehen im Zeichen der Völkerverständigung und des internationalen Friedens. Sie versinnbildlichen die „Verknüpfung“ der modernen Olympischen Spiele mit der antiken Kultur. Carl Diem prägte in diesem Zusammenhang den Ausspruch: „Möge die olympische Flamme durch alle Geschlechter leuchten zum Wohle einer immer höher strebenden, mutigeren und reineren Menschheit.“

Worte eines großen Idealisten und Pragmatikers, der die alltägliche Wirklichkeit des Sports niemals verkannte, aber in seinem Bemühen um die Realisierung der olympischen Idee in zeitgemäßer Form „keineswegs unfehlbar“ war. So verursachte er immer wieder ideologische Richtungskämpfe, bei denen sich „Wertkonservative“ und „Progressive“, wie es der Kölner Sporthistoriker Prof. Dr. Manfred Lämmer beschreibt, gegenseitig „Verrat“ an der ursprünglichen antiken Idee vorwarfen.

Yvonne Kempen

## Literatur

### Musterbuch für Politik und für die Schule

„Die Landtagswahlen in NRW von 1947 bis 1990“ in zeitlichen Rückblenden

Ohne auch nur an einer Stelle ins Parteiische abzugleiten oder gar polemisch abzurutschen, haben die beiden Autoren Hand in Hand mit einer erfreulich sensiblen Redaktion eine Art von Musterbuch für Landespolitik verfaßt. Es gehört nicht nur in die Hand aller Abgeordneten, sondern in alle Köpfe der Legislative und Exekutive! Aber nicht nur das: Hier ist auch ein griffiges Buch für den Schulunterricht geschrieben worden.

Geschichtsschreibung ist eine Kunst, das Urteil von Sebastian Haffner. Die meisten deutschen Geschichtsschreiber, so klagt der bewährte Publizist und Historiker, hätten die Kunst der Übersicht und des Weglassens nicht aufgenommen. So entstünden kiloschwere „überdokumentierte Werke, unlesbare Wälzer“. Offensichtlich haben dies Hans Zinnkann (Redaktion) und die Autoren Horst Becker sowie Walter Ruhland vermieden. Ihre überaus umfangreiche Materialverarbeitung ist gegliedert, Extrakte, Fakten und Resultate sind auf knapp 200 Seiten zusammengefaßt, und dies in wohlthuender Sprache, knapp und treffend.

Ganz bewußt hätten die Autoren auf eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Forschung verzichtet, heißt es im Vor-

wort der Redaktion. Gott sei Dank — möchte man beglückt hinzufügen, denn so mancher landesgeschichtliche Beitrag aus neuzeitlichen Seminaren oder auch angestaubten Hochschul-Archiven sollte gestrost im Papierlager verschwinden. Was da so mancher aufgeschrieben hat, ist blutleeres Geschwafel, es kann insofern entschuldigt werden: Die Leutchen haben es nicht erlebt, folglich zunächst nichts gewußt und auch nicht verstanden. Sie schöpften oft aus Quellen der Ideologien und Zweck-Thesen; Belege kamen oft nur aus dem Zettelkasten.

#### Bürger und Parteien

Die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen ab 1947 sind in diesem neuen Buch nicht den Statistikern anheimgefallen, so wichtig auch alle Ziffern und Zahlen aufgereiht wurden. Die farbigen Graphiken, die schwarzweißen Tafeln wurden sozusagen eingerahmt von Wahlplakaten der einzelnen Parteien und Foto-Dokumenten. Auch Sitzungsprotokolle finden sich in diesem Buch, geschickt ausgewählt, um parlamentarische Prozesse zwischen den Wahlen zu verdeutlichen.

Die Landesgeschichte ist nicht arm, sie ist auch nicht langweilig. Von Konrad Adenauer bis Heinrich Köppler und Helmut Linssen, von Carl Severing bis Heinz Kühn und Johannes Rau, von Walter Scheel bis Willy Weyer und Achim Rohde spannt sich der personale Bogen. Es wird freilich deutlich, was und wen die Landespolitik im Laufe der Zeit verloren hat, wie wichtig nun Politiker à la Friedhelm Farthmann oder auch Michael Vesper geworden sind, um die Repräsentanz eines sich mühsam langsam erneuernden Parlaments zu erhalten oder zu stärken.

Das Verhältnis zwischen Bürgern und Parteien braucht „eine neue Grundlage“ stellt selbstkritisch Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe in einem Kapitel ausdrücklich fest. — Das Verständnis dafür kann auch mit zeitgeschichtlichen Rückblenden gefördert werden, quer durch alle Generationen. Dieses Buch ohne Pathos und ohne Schmonzes ist dafür ein unübersehbarer Beleg.

Horst-Werner Hartelt

(Horst Becker und Walter Ruhland: *Die Landtagswahlen in NRW von 1947 bis 1990, Schriften des Landtags, Band 6. Das Buch kann über das Referat Öffentlichkeitsarbeit beim Landtag bezogen werden.*)

### Willi-Weyer-Preis 1994 für Umweltschutz

#### Wassersportvereine aus Nordrhein-Westfalen für Jugendarbeit und Uferschutz ausgezeichnet

Zum fünften Mal wurde anlässlich der Düsseldorfer „boot“ der Willi-Weyer-Preis für Wassersportvereine verliehen, die sich besonders um den Umweltschutz und Breitensport verdient gemacht haben. Zwei Vereine aus NRW, der Crefelder Yachtclub und der

Düsseldorfer Yachtclub, erhielten unter 49 Bewerbungen einen mit 3000 Mark dotierten Preis, mit dem auch die Arbeit des früheren Präsidenten des Deutschen Sportbunds und F.D.P.-Landtagsabgeordneten Willi Weyer gewürdigt werden soll.



Unter den Preisträgern des Willi-Weyer-Preises für Umweltschutz im Wassersport befanden sich in diesem Jahr auch zwei Vereine aus NRW, der Crefelder und der Düsseldorfer Yachtclub.

Foto: Düsseldorfer Messegesellschaft

Der Crefelder Yachtclub ist vor allem auf dem Gebiet des Umweltschutzes aktiv. Umfangreiche Rekultivierungsmaßnahmen des Hafengeländes beinhalten u. a. Maßnahmen des Uferschutzes, zum Schutz von Biotopen, die Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern. Der Crefelder Yachtclub ist in diesem Jahr auch Ausrichter der „Rheinwoche“, die als Regatta in fünf Etappen auf dem Rhein mit mehr als hundert Segelbooten zu Pfingsten von Hitdorf bis Emmerich stattfindet.

Insbesondere die Förderung von Kindern und Jugendlichen steht im Mittelpunkt der Aktivitäten des Düsseldorfer Yachtclubs. So ist das Training ab sechs Jahren auf Optimisten bis zur Erlangung des „Jüngsten-Scheines“ ein wichtiges Element. Auch die Ausbildung von Jugendlichen wird nicht aus rein leistungssportlichen Gesichtspunkten betrachtet, sondern als wichtige Unterstützung in einer sensiblen Lebensphase.

Für sein besonderes Engagement auf dem Gebiet des Umweltschutzes wurde der Fernersleber Sportverein Madgeburg ausgezeichnet: Anpflanzungen, die Anlage von Biotopen, die Beteiligung an Veranstaltungen zur Umwelterziehung innerhalb des Vereins.

Ebenfalls für besondere Leistungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes erhielt die Tauchsportgruppe Polizeitaucher Berlin einen Preis für Maßnahmen zur Erhaltung des Plötzensees. Durch den Einsatz der Taucher werden spezielle Untersuchungen zur Bestimmung der Gewässerqualität ermöglicht, als Grundlage zur Entschlammung.

Für seinen Einsatz zur Förderung des Breitensports wurde der Bamberger Faltbootclub ausgezeichnet. Der Club führte Kanukurse für behinderte Erwachsene durch.

## Landesregierung beantwortet Große Anfrage der SPD zu Stadt als Lebensraum

# Zukunft der Kommunen beruht auf Ehrlichkeit

*Die nordrhein-westfälischen Städte stünden Mitte der 90er Jahre wie sämtliche deutschen und tendenziell alle west- und mitteleuropäischen Städte vor der größten Herausforderung seit dem kriegsbedingten Wiederaufbau. Vieles spreche dafür, daß sich die Rahmenbedingungen der künftigen Stadtentwicklung in den letzten Jahren so gravierend geändert hätten und im Begriff seien, sich weiter zu ändern, daß eine ein halbes Jahrhundert währende Phase der Entwicklung der Städte zu Ende zu gehen scheine. Mit dieser Feststellung beginnt die Landesregierung ihre Antwort auf die Große Anfrage 26 der SPD-Fraktion, die die Überschrift „Die Stadt als Lebensraum — Städtebauförderung als Instrument für eine behutsame, ökologisch, sozial und wirtschaftlich verträgliche Stadtentwicklung in NRW“ trägt. An der Antwort sind allein zehn Ministerien unter Federführung des Ministeriums für Stadtentwicklung und Verkehr sowie der Chef der Staatskanzlei beteiligt (Drs. 11/6380).*

Seit etwa fünf Jahren erlebe Deutschland so einschneidende Veränderungen, daß zahlreiche Erwartungen und Planungen für die Zukunft ihre Grundlage verloren hätten. Auch Stadtentwicklungspolitik könne nicht einfach fortgeschrieben werden. Sie müsse grundsätzlich neu überdacht werden, heißt es in der Antwort der Landesregierung.

## Staat und Wirtschaft

Auf der einen Seite beschleunige sich der Umstrukturierungsprozeß der Wirtschaft, auch außerhalb der traditionell von Kohle und Stahl geprägten Gebiete. Die Zahl der Arbeitslosen sei so hoch wie nie zuvor. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen steige. Das soziale Netz werde neu gewoben. Mit der Verkleinerung der Haushalte und der Veränderung der Altersschichtung würden immer mehr alleinstehende, ältere Personen abhängig von Unterstützungsleistungen sein. Es fehlten Hunderttausende von Wohnungen. Die langfristigen Zuwanderungsfragen seien nicht gelöst. Kriminalität, Obdachlosigkeit und Verwahrlosung in den Großstädten würden sichtbar. Eine Polarisierung von arm und reich deute sich an. Viele ältere Arbeitnehmer, zahlreiche Arbeiterhaushalte insgesamt und Angestellte mit niedrigeren Qualifikationen gerieten am Arbeits- und Wohnungsmarkt unter erheblichen Konkurrenzdruck. Die Verkehrsprobleme in den Städten nähmen zu, die Städte schrumpften nicht, sie wüchsen an Bevölkerung und Fläche.

Auf der anderen Seite befänden sich die öffentlichen Haushalte in der größten Anpassungskrise seit 50 Jahren. Öffentliche Mittel seien deutlich knapper geworden. Es entstehe eine spezielle Form der „neuen Armut an öffentlichen Leistungen“. Dies bedeute, daß mit deutlich weniger öffentlichen Mitteln auf allen Ebenen staatlichen und kommunalen Handelns immer mehr Steuerungsleistungen zu erbringen seien, um den wirtschaftlichen Strukturwandel sozialverträglich zu gestalten, den Flächenumschlag zu organisieren, Mobilität in der Stadt



Stadterneuerungspolitik ist Zukunftsinvestition: Blick auf die Landeshauptstadt Düsseldorf mit dem alten Landtagsgebäude im Vordergrund.

zu garantieren und den Problemstau in den Wohnungsmärkten aufzulösen.

Die Landesregierung betont, es scheine angemessen, den Wandel dieser Entwicklungsvoraussetzungen nicht als einen der bisherigen periodischen Konjunkturschwünge oder Leitbildänderungen zu nehmen, sondern als einen grundlegenden Wandel der Zukunftsmöglichkeiten der Städte. Diese Zukunft könne weder auf industriellem Wachstum beruhen noch auf der Idee einer schrumpfenden Stadt, weder auf der Idee einer ausschließlichen Ökologisierung noch auf einem immer weiteren Ausbau der Infrastruktur, weder auf der Ebene der Verantwortungsverschiebung zwischen der staatlichen Ebene und gesellschaftlichen Gruppen noch mit der Möglichkeit, immer mehr Geld einzufordern. „Die Zukunft der Städte beruht auf entschiedener Ehrlichkeit und neuen mutigen Entscheidungen“, heißt es in der Analyse.

Erforderlich sei eine neue Verständigung über die Zukunft der Stadt. Benötigt werde ein Konsens über die Qualität einer wachsenden Stadt, über einen kontrollierten Suburbanisierungsprozeß, über eine qualitative Stadterweiterung für Wohnen und Arbeiten. Ausgebaut werden müsse die Übereinstimmung, daß Staat und Wirtschaft gemeinschaftlich an einer entschlossenen und zügigen Neunutzung von freiwerdenden Flächen arbeiteten. Der wirtschaftliche Strukturwandel setze immer mehr und immer schneller Flächen frei, die für Wohnen, Gewerbe, Industrie, Freizeit und Erholung benötigt würden.

Erforderlich sei ferner der breitgetragene Wille, alles zu tun, um den Wohnungsbestand zu erhalten und neue Wohnungen und Siedlungen nach qualitativen Maßstäben zu bauen. Die Verständigung müsse sich zudem beziehen auf die steuernde Funktion der Kosten für Flächen, Energie und Nutzung gesellschaftlicher Leistungen. Verkehrskollaps und Flächenfraß seien über

Preiskalküle zu verhindern. Geboten sei die Einsicht, daß Mobilität nur durch Vermeidung und Verlagerung von Verkehr gesichert werde. Nötig sei die Kraft der Gesellschaft, soziale Segregationen in der Stadt zu vermeiden. „Es darf keine Slums in Nordrhein-Westfalen geben“, wird unterstrichen. Dringlich sei außerdem die Übereinkunft, daß Deutsche und Ausländer miteinander in einer Stadt zusammen lebten.

Die Landesregierung folgere, Land und Kommunen seien bei weitem nicht in der Lage, diese neue große Herausforderung allein zu bewältigen. Die Städte und Gemeinden seien nur die Bühne, auf der gesellschaftliche Fehlentwicklungen erkennbar würden. Entscheidende Schlüssel für eine gute Zukunft der Städte in NRW lägen auf Bundesebene und bei den Institutionen der Europäischen Union (EU). Sie lägen bei den Sozialpartnern, den Systemen der sozialen Sicherung, aber nicht zuletzt auch bei Verbrauchern und Stadtbürgern.

Die Große Anfrage der SPD-Fraktion hatte 110 Fragen umfaßt. Sie reichten von der Verwendung von Geldmitteln zur Förderung der Stadtentwicklung bis zur notwendigen Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs. Die Beantwortung des gesamten Fragenkatalogs erreichte mit 209 Seiten Buchstärke.

## Kurzstreckenflüge

Die Landesregierung trete aus ökologischen und verkehrlichen Gründen konsequent dafür ein, Kurzstreckenflüge auf die Schiene zu verlagern, wenn im Schienenverkehr eine gleichwertige Alternative gegeben sei. Das erklärt das Verkehrsministerium in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Manfred Kuhmichel zur Zukunft des Flugplatzes Essen/Mülheim (Drs. 11/5498).

## SPD-Fraktion

### Kriminalitätsbekämpfung muß Sache der Polizei bleiben

Die SPD-Fraktion im Landtag ist mit der Gewerkschaft der Polizei und der Polizeigewerkschaft im deutschen Beamtenbund der Meinung, daß die Bekämpfung der Kriminalität Sache der Polizei bleiben muß. Der erklärte der innenpolitische Sprecher der SPD, Stefan Frechen. Der SPD-Sprecher unterstrich zwei Kernthesen der Polizeigewerkschaften: „Kennzeichen eines demokratischen Rechtsstaats ist unter anderem, daß der Schutz der öffentlichen Sicherheit und somit der Bürgerinnen und Bürger von Staats wegen zu garantieren ist“ (GdP) und „Die

Ausübung des anspruchsvollen Polizeiberufs kann nicht Amateuren überlassen werden“ (Beamtenbund).

Die Bürgerinnen und Bürger selber könnten im Bereich der Vorbeugung wichtige Beiträge zur Kriminalitätsbekämpfung leisten, stellte Frechen fest. Zudem werde eine stärkere Zusammenarbeit von Polizei und Bevölkerung angestrebt. „Wir wollen, daß unsere Polizeibeamten wieder mehr auf Streife gehen können“, ergänzte Frechen. Denn schon der Schutzmann an der Ecke wirke in vielen Fällen vorbeugend. Daneben müsse die Polizei von Aufgaben entlastet werden, für die sie nicht mehr oder nur am Rande zuständig sei. Es komme darauf an, die polizeilichen Kräfte effizient zu bündeln. Die stetige Verbesserung der Organisation von Polizeiarbeit bringe der Polizei Entlastung und schaffe Freiraum für die Kriminalitätsbekämpfung.

★

Die SPD-Landtagsfraktion sieht die Situation der Auszubildenden in den Stahlbetrieben als ein vordringliches Problem an. Die Landesregierung wurde gebeten, gegenüber den Stahlkonzernen darauf zu drängen, daß diesen jungen Menschen eine Perspektive gegeben werde.

„Die Fraktion teilt die Auffassung der Landesregierung, daß es Strukturhilfen nicht nur für die Montanindustrie geben darf“, erklärte Fraktionsvorsitzender Professor Dr. Friedhelm Farthmann nach der Fraktionssitzung. Die anderen Branchen dürften aber auch nicht übersehen, daß es beim Stahl eine Sondersituation gebe. Die Krise dort sei nicht marktbedingt, sondern durch politische Subventionen hervorgerufen, betonte Farthmann. Die hochmodernen Stahlhütten in Nordrhein-Westfalen könnten nicht gegen staatlich subventionierte Hütten in anderen Ländern konkurrieren.

## CDU-Fraktion

### Rückzug der Landesregierung aus dem Hochwasserschutz

„Die Reduzierung der Finanzmittel für den Hochwasserschutz kommt einem Rückzug der Landesregierung aus diesem äußerst wichtigen Aufgabenbereich gleich“, kritisierte der Vorsitzende des Landwirtschaftsausschusses, Heinrich Kruse (CDU), den Umstand, daß von den im Landeshaushalt 1994 für den Hochwasserschutz zur Verfügung gestellten Mitteln nur noch 23,75 Millionen Mark vom Land selbst bereitgestellt werden. „Damit bleibt das Land in diesem Jahr hinter den Mittelansätzen früherer Jahre zurück.“ Auch die Maßnahmen zur

Renaturierung von Flußlandschaften seien erheblich zurückgegangen, bemängelte der CDU-Agrarexperte. Von 1986 bis 1990 seien 254 Projekte vom Land gefördert worden, von 1991 bis 1993 nur noch etwa 20. „Angesichts dieser Zahlen muß es niemanden verwundern, daß die Landesregierung erst auf massiven Druck der Öffentlichkeit hin 800 000 Mark für die Beseitigung des vom Hochwasser angeschwemmten Unrats bereitgestellt hat“, fügte Kruse hinzu. Die Landesregierung müsse „endlich zur Kenntnis nehmen, daß Vorsorgemaßnahmen gegen Hochwasser in unserem Lande auch weiterhin von elementarer Bedeutung sind.“

*CDU fordert mehr Einfluß der Eltern auf Fernsehen und Rundfunk*

Mehr Einfluß der Familienverbände auf Fernsehen und Rundfunk hat die medienpolitische

Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Ruth Hieronymi, gefordert. „Die neuesten Untersuchungen über die Folgen von Gewalt im Fernsehen haben erneut deutlich gemacht, welche nachhaltigen Negativfolgen die zahllosen Mord-, Folter- und Schlägereiszenen für die Kinder und Jugendlichen haben. Und dennoch haben die Eltern über die Familienverbände weder im WDR-Rundfunkrat noch in der für Privatkund und Privatfernsehen zuständigen Rundfunkkommission das Recht auf eine eigenständige Vertretung. Dabei ist es unverzichtbar, daß die Erfahrungen und Anregungen der Eltern ständig durch eine wirksame Interessenvertretung in diesen Aufsichtsgremien berücksichtigt werden. WDR-Gesetz und Landesrundfunkgesetz müssen den Familienverbänden das Recht einräumen, eigenständig mindestens ein Mitglied in diese Aufsichtsgremien zu entsenden.“

## F.D.P.-Fraktion

### Auch in Zukunft mit dem Auto in die Stadt

Oberstes Ziel jeder Verkehrspolitik muß es sein, die Lebendigkeit und Lebensqualität unserer Städte zu erhalten. Eine wichtige Voraussetzung für die Attraktivität und Lebensfähigkeit der Innenstädte ist und bleibt die Erreichbarkeit mit dem Auto. Das ist die Quintessenz eines Antrages der F.D.P.-Landtagsfraktion „Auch in Zukunft: Mit dem Auto in die Stadt“. Viele Berufszweige, insbesondere im Dienstleistungsbereich, sind heutzutage zwingend darauf angewiesen, daß sie einen Parkplatz in unmittelbarer Nähe vorweisen können. Rechts-

anwälte, Ärzte, Krankengymnasten, Sportstudios etc., deren Klienten, Patienten oder Kunden nicht in der Nachbarschaft wohnen, sind auf schnelle und bequeme Erreichbarkeit angewiesen. Und die kann der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) längst nicht in allen Fällen garantieren.

Die Landesregierung NRW hat die Brisanz dieses Prozesses nicht erkannt. Sie agiert in einem Klima, in dem die SPD, die Grünen und weite Teile der CDU der Auffassung sind, daß das Auto „der Tod der Innenstadt“ sei. Deshalb verbindet sich die Vorrangpolitik für den ÖPNV mit einer Verdrängungspolitik gegen das Automobil. Eine wahrhaft unheilige Allianz gegen den Wirtschaftsstandort Innenstadt!

Dieser Prozeß muß nach Auffassung der F.D.P. gestoppt werden. Die Landesregierung muß erkennen, daß ihre Anti-Auto-Politik die wirt-

schaftlichen Existenzen in den Innenstädten gefährdet. Die Stadtplaner sind aufgefordert, nicht einem romantischen Ideal von Stadtkultur nachzuhängen, sondern auf die Erfordernisse der heutigen Zeit einzugehen.

Bei der Schaffung schön restaurierter Altstädte und großzügiger Parkanlagen dürfen die Mitarbeiter in den Stadtplanungsämtern, bei den Denkmalbehörden und im Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr nicht vergessen, daß sie ihr Brot nur dadurch verdienen, daß zahlreiche gesunde Betriebe, auch in den Innenstädten, genügend Steuern zahlen.

Die F.D.P.-Landtagsfraktion steht für eine ausgewogene Berücksichtigung der Interessen aller Beteiligten, also auch der innerstädtischen Wirtschafts- und Dienstleistungsbetriebe und ihrer Kunden. Deshalb erteilt sie der Politik der autofreien Stadt eine klare Absage.

## DIE GRÜNEN-Fraktion

### GRÜNE lehnen Sonderschulentwicklungsgesetz ab

Die bildungspolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion, Brigitte Schumann, hat das von der Landesregierung vorgelegte Sonderschulentwicklungsgesetz kritisiert.

Wörtlich erklärte sie: „Sozialminister Müntefering hat ein Verbot der Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen für die Landesverfassung gefordert. Der jetzt von Kultusminister Schiewer vorgelegte Entwurf für ein Sonderschulentwicklungsgesetz steht im krassen Widerspruch dazu, da er neue Formen schulischer Aussonderung institutionalisiert, die bislang im Schulrecht nicht vorgesehen waren, und

den gemeinsamen Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderungen lediglich in Abhängigkeit von den jährlichen Haushaltsentscheidungen vorsieht.“

Als neue Form der schulischen Aussonderung ist die vorgesehene Einrichtung von Förder-schulen für Lern- und Sprachbehinderte anzusehen. Ebenso ist die Errichtung von Sonderschul-klassen als Dependancen von Sonderschulen an Regelschulen sowie die Errichtung von Förderklassen zu bewerten. Die Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden damit weiter getrennt von den übrigen Kindern unterrichtet und ihre Aussonderung gefördert. Brigitte Schumann: „Wer sich von dem neuen Gesetz einen wesentlichen Beitrag für den Abbau struktureller Gewalt gegen behinderte Menschen und damit mehr Schutz für Behinderte in unserer Gesellschaft vor Gewaltübergriffen versprochen hat, wird enttäuscht. Der SPD in

NRW fehlt der politische Wille zum gemeinsamen Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderungen.“

Das ist nicht überall so, wie die Politik der SPD-Schulsenatorin in Hamburg zeigt, die Integration nicht als Luxus, sondern als Zukunftsinvestition begreift. In NRW wird das Diktat der Kostenneutralität den notwendigen Ausbau von integrativen Regelschulen in den nächsten Jahren verhindern. Der Haushaltsvorbehalt macht die Landesregierung blind für die simple Tatsache, daß fehlende Integration steigende Folgekosten auslösen. Integration wird wirtschaftlich um so teurer, je später sie erfolgt. Der Einsparzwang verhindert die Entfaltung einer integrativen Pädagogik und damit eine pädagogische Reform der Schulen.

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

## Leser schreiben ...

### Schülerzeitung

(„Landtag intern“ Nr. 1/1994, Pressefreiheit auch für Schülerzeitungen)

Bereits vor 30 Jahren hatten wir an unserem Gymnasium in Düsseldorf ein Problem mit der Zensur unserer Schülerzeitung durch die Schulleitung. Unser Ausweg damals: Wir haben betont, daß es eben keine Schul-, sondern eine Schülerzeitung sei, die wir notfalls auch nur außerhalb des Schulgeländes vertreiben würden.

Trotzdem: Wenn ich jetzt erfahre, daß unsere Landespolitiker 30 Jahre gebraucht haben, nur um das Schulverwaltungsgesetz so zu ändern, daß die demokratische Selbstverständlichkeit „Pressefreiheit auch für Schülerzeitungen“ gesetzlich realisierbar wird, wundere ich mich überhaupt nicht mehr, daß die Lösung gravierenderer Probleme noch länger dauert oder überhaupt nicht stattfindet.

(„Leserbriefe müssen nicht in jedem Fall mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen. Auswahl und Kürzungen bleiben vorbehalten.)

### Container...

Fortsetzung von Seite 19

Außerdem befaßte sich der Ausschuß mit den Gesetzentwürfen der Landesregierung bezüglich „Zweites Gesetz zur Änderung des Heilberufsgesetzes“ und „Gesetz zum Datenschutz im Gesundheitswesen — GDSG NW —“.

Die Fraktion der SPD hatte zu diesen Gesetzentwürfen einige Änderungsanträge gestellt, die mit den Stimmen der Fraktion der SPD, CDU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen wurden.

In der Schlußabstimmung wurden die Gesetzentwürfe ebenfalls mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Der Sprecher der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärte zu seinem Abstimmungsverhalten, daß seine Fraktion noch kein abschließendes Urteil über die Gesetzentwürfe gebildet hat und er sich deshalb der Stimme enthalten habe.

#### LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebel  
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,  
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),  
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (0211) 8842303,  
8842304 und 8842545, fax: 568014

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tschöetich MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (GRÜNE), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludwig (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Werner Stürmann (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten  
Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf  
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Porträt der Woche

Er stammt aus einer katholisch-konservativen Bauernfamilie, und diese Herkunft prägt auch heute noch den gebürtigen Kölner Hermann-Josef Schmitz. Nach Besuch der Volksschule und des Gymnasiums schloß er die dann folgende landwirtschaftliche Ausbildung als Landwirtschaftsmeister ab. Sein späteres Studium zum Agraringenieur ist dem Landwirt nicht nur bei der Bewirtschaftung des vierzig Hektar großen bäuerlichen Betriebes im rheinischen Willich von Nutzen, sondern auch in seiner parlamentarischen Tätigkeit im Düsseldorfer Landtag.

Das „C“ im Namen der Partei war für Hermann-Josef Schmitz auch der gewichtigste Grund, 1970 in die CDU einzutreten. Hinzu kam seine Wertschätzung der Politik von Adenauer und Erhard. Sein Engagement in der Partei schlug sich dann in der Wahl in den Willicher Stadtrat nieder, dem er bis zum Einzug in den Landtag 1990 angehörte. Dort widmete sich der Christdemokrat insbesondere der Planung und Wirtschaftsförderung.

Wenn er heute sein kommunalpolitisches Wirken bilanziert, so nennt er das 40000 Einwohner zählende Willich ein „Vorzeigobjekt“ in Nordrhein-Westfalen. „Wir hatten schon sehr früh nach Wegen gesucht, um die Wirtschaftsförderung mittelständischen Betrieben zu erleichtern.“ Ein Wirtschaftsförderungsamt wurde gegründet, und eine Grundstücksgesellschaft etablierte sich. Das Ergebnis: Inzwischen hat sich ein breitgefächertes Spektrum mittelständischer Unternehmen niedergelassen, und die Nachfrage nach Grundstücken ist nach wie vor größer als das Angebot.

Seit 1984 gehört Hermann-Josef Schmitz (Jahrgang 1936) auch dem Viersener Kreistag an, wo der Planungsbereich ebenfalls Schwerpunkt seiner Arbeit ist. Viersen sei einer der wenigen Kreise in Nordrhein-Westfalen, die inzwischen fast flächendeckend mit Landschaftsplänen ausgestattet seien, vermerkt er nicht ohne Genugtuung.

Weil ihn nach seinen Worten oft geärgert habe, welche große Probleme die Kommunen mit den Folgen landespolitischer Entscheidungen und Beschlüsse hätten, wie sie in den „Würgegriff“ des Landes genommen würden, entschloß sich der Willicher zur Landtags-Kandidatur. Über die Landesliste seiner Partei zog er in das Düsseldorfer Parlament ein. Bei der Verabschiedung von Gesetzen stellt sich für ihn deshalb zunächst die Frage, ob und wie sie sich vor Ort realisieren lassen. Arge Kopfschmerzen hat er deshalb immer dann, wenn es um Landeszuweisungen an die Kommunen geht. Seine Forderung ist: „Weg von den zweckgebundenen Mitteln und statt dessen pauschale Zuweisungen, über die die Städte und Gemeinden in eigener Verantwortung entscheiden können.“



Hermann-Josef Schmitz (CDU)

Im Landtagsausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz tritt der Christdemokrat vehement für eine Umstrukturierung der Abwasser-Förderung durch das Land ein. Nach den gegenwärtig geltenden Regelungen sei der ländliche Raum mit seiner dünnen Besiedlung und dem weitverzweigten teuren Kanalnetz gegenüber den Ballungsräumen erheblich benachteiligt. Für die Landeszuschüsse müsse ein neuer Verteilungsschlüssel mit dem Ergebnis gefunden werden, daß die Landgemeinden höhere Zuweisungen erhielten.

Als Mitglied des Ausschusses „Europapolitik“ sieht der Christdemokrat seit Öffnung der Grenzen zu Beginn des Jahres erhebliche Probleme vor allem für die grenznahen Regionen wie den Kreis Viersen. Die in den einzelnen Staaten des Binnenmarktes unterschiedlichen Gesetze und Rahmenbedingungen verfälschten erheblich den Wettbewerb. Doch als Landesparlamentarier ist sein Einfluß auf Bonn und Brüssel gering.

Neben seiner Tätigkeit als Landwirt, Stadtverordneter und Abgeordneter hat Hermann-Josef Schmitz noch eine weitere Wirkungsstätte, die bäuerliche Berufsorganisation. So ist er u.a. Vizepräsident des Rheinischen Landwirtschaftsverbandes. Wer sich politisch engagiere und ein Mandat übernehme, müsse nach seiner Einschätzung auch im sogenannten „vorpolitischen Raum“ Flagge zeigen und seinen Mann stehen.

Inzwischen zu seiner Vergangenheit zählt der Leistungssport, den der Viersener als aktiver Handballer betrieb. Und auch seine Leidenschaft, die Jagd, muß er kräftig zügeln — „leider“, wie er einräumt. Wer aber Aufgaben und Verpflichtungen übernehme, müsse sich für sie auch verantwortlich fühlen. Für den Christdemokraten ist diese Devise kein Lippenbekenntnis.

Jochen Jurettko

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

## Zur Person

### Geburtstagsliste

Vom 11. bis 26. Februar 1994

11. 2. **Reinhard Grätz** (SPD), 54 J.
13. 2. **Günter Harms** (SPD), 47 J.
15. 2. **Klaus Matthiesen** (SPD), 53 J.
15. 2. **Laurenz Meyer** (CDU), 46 J.
16. 2. **Eckhard Uhlenberg** (SPD), 46 J.
17. 2. **Adolf Retz** (SPD), 52 J.
20. 2. **Erich Heckelmann** (SPD), 59 J.
20. 2. **Marianne Hürten** (GRÜNE), 41 J.
21. 2. **Hans Schwier** (SPD), 68 J.
23. 2. **Hans Peter Lindlar** (CDU), 48 J.
24. 2. **Friedrich Hofmann** (SPD), 59 J.
25. 2. **Dr. Eugen Gerritz** (SPD), 59 J.
26. 2. **Hagen Tschöeltsch** (F.D.P.), 53 J.
26. 2. **Hans Vorpeil** (SPD), 57 J.

### Jahresinhaltsverzeichnis

*Das Jahresinhaltsverzeichnis 1993 der Parlamentszeitschrift „Landtag intern“ ist erschienen und kann beim Landtag bezogen werden.*

**Johannes Rau** (SPD), nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, hat in Wuppertal mit 700 Gästen seinen 63. Geburtstag gefeiert — bei Bier, Dicken Bohnen mit Speck und Chili con carne in einer zur Diskothek umgebauten Halle des Bahnhofs Barmen. Ehefrau **Christina** überraschte den Ministerpräsidenten mit dem Kabarettisten **Thomas Freytag** als Stargast. Es gratulierten SPD-Vorsitzender **Rudolf Scharping**, die Ministerpräsidenten **Oskar Lafontaine** (Saarland), **Manfred Stolpe** (Brandenburg), **Henning Voscherau** (Hamburg), der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, **Hans-Ulrich Klose**, und andere.

★

**Dr. Manfred Dammeyer** (SPD), Landtagsabgeordneter, ist vom Senat der Universität-Gesamthochschule Duisburg zum Honorarprofessor ernannt worden. Der Oberhausener Politiker, stellvertretender Vorsitzender und bildungspolitischer Sprecher seiner Fraktion im Landtag, ist seit 1978 Lehrbeauftragter für politische Wissenschaften an der Universität-Gesamthochschule Duisburg. Er vertritt die Stadt Oberhausen im Kuratorium der Universität. Die Studien der Sozial- und Erziehungswissenschaften hat Dammeyer 1963 in Göttingen mit dem Examen als Dipl.-Sozialwirt und 1978 in Bonn mit der Promotion zum Dr. paed. abgeschlossen. Die Urkunde wird ihm in einer akademischen Feierstunde am 8. Februar von Rektor **Professor Dr. Gernot Born** überreicht werden. Die Laudatio wird der frühere hessische Kultusminister **Professor Dr. Ludwig von Friedeburg**, Direktor des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt, halten.

★

**Reinhard Voß** (Frankfurter Rundschau) ist von der Landespressekonferenz bei der Wahl ihres neuen Vorstandes zum Vorsitzenden gewählt worden. Neu im Vorstand der LPK ist **Ralph Durchleuchter** (Westdeutscher Rundfunk). Als Vorstandsmitglieder bestätigt wurden **Wilfried Goebels** (Westfalenpost Hagen), **Jürgen Zurheide** (Hannoversche Allgemeine Zeitung) und **Dr. Karl-Martin Obermeier** (Radio NRW).

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



## Ausländer im Schmelztiegel Ruhrgebiet

„Ausländer im deutschen Bergbau — für Zusammenarbeit gegen Haß“ heißt eine Sonderausstellung des Deutschen Bergbau-Museums Bochum, die in diesen Tagen auch als Wanderausstellung in verschiedenen Städten Nordrhein-Westfalens sowie darüber hinaus in Borken in Hessen, Mansfeld in Thüringen und Ravensburg in Württemberg zu sehen sein wird. Arbeitskräfte, technisches Know-how und Kapital waren die wesentlichen Faktoren für die Entwicklung des deutschen Bergbaus. An seinem wirtschaftlichen und technischen Aufschwung seit der Mitte des 19. Jahrhunderts waren in vielfältiger Weise Ausländer beteiligt. Sie kamen als Finanziere, Unternehmer, Ingenieure oder Bergarbeiter. Im Ruhrgebiet zählte schon mit William Thomas Mulvany (1806 bis 1885) ein eingewandertes Ire zur den Wirtschaftspionieren. Später hätte das Arbeitskräftepotential den Aufschwung des Steinkohlenbergbaus allein nicht bewältigen können. Durch die Zuwanderung von Abertausenden aus dem Osten entwickelte sich das Ruhrgebiet schon vor 100 Jahren zum Schmelztiegel für auswärtige und ausländische Bevölkerungsgruppen. Der zwangsweise Einsatz von ausländischen Arbeitskräften im Bergbau in den beiden Weltkriegen gehörte dann zu den schmerzlichen Kapiteln deutscher Geschichte. Seit den 50er Jahren haben Bergleute als Gastarbeiter aus der Türkei, Spanien, Portugal und aus anderen Ländern einen wesentlichen Anteil an der Entwicklung des „Wirtschaftswunders“. In einer eindrucksvollen Sonderausstellung zeichnet das Deutsche Bergbau-Museum jetzt die wichtigsten Stationen dieser Entwicklung nach. Die gezeigten Bilder, so auch das hier wiedergegebene Motiv, und Dokumente machen deutlich, daß nur Zusammenarbeit das für alle erfolgreiche Rezept war und ist. Gerade auch in wirtschaftlich schweren Zeiten liegt die Integration von Ausländern in die Gesellschaft in aller Interesse.

Foto: Bergbau-Museum

**Leo Dautzenberg**, CDU-Abgeordneter aus Heinsberg (Kreis Aachen) und Vorsitzender des Haushaltsausschusses, bedankte sich vor der letzten Sitzung auch im Namen seiner Frau für zahlreiche Glückwünsche zur Geburt ihres vierten Kindes; Mutter und Kind seien wohl auf.

★

**Dr. Burkhard Sprenger**, langjähriger Vorsitzender des nordrhein-westfälischen Philologenverbandes und dessen Sprecher bei vielen Anhörungen zu schulpolitischen Themen im Landtag, lebt nicht mehr. Nach Mitteilungen des Verbandes ist der 61jährige Pädagoge überraschend bei einer Klassenfahrt in Österreich gestorben.

**Günter Samtlebe**, Oberbürgermeister der Stadt Dortmund, ist zum „Ehrenbürger der Universität Dortmund“ ernannt worden. Die Universität vergab diese Ehrung erst zum zweiten Mal in ihrer Geschichte. Samtlebe ist seit 1981 Vorsitzender des Kuratoriums und hat eine bislang mit 400 000 Mark ausgestattete Stiftung ins Leben gerufen. Ebenfalls Ehrenbürger werden die Kunstsammler **Irene** und **Peter Ludwig** in ihrer Heimatstadt Aachen. Der Rat würdigte damit ihre Förderung von Künstlern und Museen. Die Ludwigs haben eine der bedeutendsten Sammlungen der Welt aufgebaut. Erstmals wird in Aachen einem Ehepaar die Ehrenbürgerwürde verliehen.